

8 Dringlichkeitsanträge

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Damit sind wir mit der ordentlichen Tagesordnung der öffentlichen Sitzung fertig und kommen zu den dringlichen Anträgen. Der erste dringliche Antrag ist der der KPÖ zur Resolution zur Aufnahme des Rechts auf Abtreibung, die EU-Charta der Grundrechte, Berichtsteratterin ist Frau Manecke.

8.1 Resolution zur Aufnahme des Rechts auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte (GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Maïke Manecke, KPÖ)

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Manecke**:

Sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen. Jedes Jahr am 28. September findet der internationale Safe Abortion Day statt. Seinen Ursprung hat er in den 90iger-Jahren in Lateinamerika und seit 2011 wird weltweit für das Recht auf sicheren und legalen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen gekämpft.

Während ein sicherer Abbruch von qualifiziertem Gesundheitspersonal durch eine von der WHO empfohlenen Methode durchgeführt wird, ist dies beim unsicheren nicht der Fall.

Unsichere Abbrüche bedeuten keine Beratung für die Betroffene, Durchführung von einer untrainierten Person, unhygienische Bedingungen außerhalb von offiziellen Gesundheitseinrichtungen, Verwendung von gefährlichen Methoden, wie z.B. Einführung eines Fremdkörpers oder durch die Betroffene selbst. Laut der WHO finden jährlich rund 45 %, das heißt ca. 25 Mio., unsichere, potentiell lebensgefährlicher Abbrüche statt. Jedes Jahr sterben rund 39.000 Frauen an den Folgen, während 7 Mio. Frauen aufgrund eines unsachgemäß durchgeführten Abbruchs in Krankenhäuser eingeliefert werden. Neben finanziellen Aspekten und fehlendem Angebot ist die vorherrschende Gesetzeslage ein massiver Faktor für die Durchführung von unsicheren Abbrüchen. In rund 20 Ländern gibt es Gesetze, welche Abtreibung verbieten, so unter

anderem auch in Malta. In Polen und Ungarn wurden die Hürden massiv angehoben. Restriktive Gesetze oder Traditionen führen aber nicht dazu, dass weniger Schwangerschaftsabbrüche vorgenommen werden, sie resultieren lediglich in einer höheren Zahl unsicher vorgenommener Abbrüche mit den fatalen physischen und psychischen Folgen für die Frauen. Auch in Österreich gibt es kein sogenanntes Recht auf Abtreibung. Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Österreich nicht legal, er wird allerdings innerhalb einer dreimonatigen Frist nicht strafrechtlich verfolgt. Um den Schwangerschaftsabbruch endgültig zu entkriminalisieren, ist es aber notwendig, ihn außerhalb des Strafrechtes zu stellen. Ein Abbruch ist mit hohen Kosten verbunden und wird auch nicht in allen Bundesländern bzw. auch nicht in allen öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt. Im Juni diesen Jahres hat das oberste Gericht der USA das Recht auf Abtreibung gekippt. Anlässlich dieser Entscheidung haben die Abgeordneten zum Europäischen Parlament eine Resolution beschlossen, dass das Recht auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte aufgenommen werden soll. Diese beinhaltet unter anderem, dass EU-Länder den Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten garantieren müssen, dass Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden und dass Aktivist:innen, die für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte eintreten, in diesem Bereich politische Unterstützung erhalten sollen. Als Menschenrechtsstadt muss Graz diese Resolution unterstützen und auch die Bundesregierung auf den Handlungsbedarf in Österreich aufmerksam machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionswege aufgefordert, im Sinne der EU-Resolution den niederschweligen Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten flächendeckend zu ermöglichen sowie

Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der bestehenden Fristenlösung zu entkriminalisieren. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Am 28. September hat der International Safe Abortion Day stattgefunden. Gegründet 1990 in Lateinamerika, wird er seit 2011 auf der ganzen Welt als jährlicher Aktionstag zur Unterstützung des Rechts auf sichere Abtreibung begangen. Heuer wurde weltweit auf die unsicheren Zeiten für Frauen und deren Selbstbestimmung über Ihren eigenen Körper hingewiesen.

Auch in Österreich gibt es kein „Recht auf Abtreibung“, jedoch ist seit 1975 ein sicherer und professioneller Schwangerschaftsabbruch bis zur 12. Schwangerschaftswoche möglich. Ein Schwangerschaftsabbruch ist in Österreich nicht legal, er wird allerdings innerhalb dieser dreimonatigen Frist nicht strafrechtlich verfolgt. Um den Schwangerschaftsabbruch endgültig zu entkriminalisieren ist es notwendig, ihn außerhalb des Strafrechts zu stellen. Eine Abtreibung ist mit hohen Kosten verbunden und wird auch nicht in allen Bundesländern bzw. auch nicht in allen öffentlichen Krankenhäusern durchgeführt.

Während in Österreich eine Abtreibung zumindest möglich ist, sieht es international ganz anders aus. In den letzten Jahren wurden die Hürden für sichere Schwangerschaftsabbrüche in Polen oder Ungarn massiv erhöht, in Malta ist ein Schwangerschaftsabbruch gänzlich verboten. Untersuchungen zeigen, dass Abtreibungsverbote oder -einschränkungen nicht die Zahl der Eingriffe reduzieren. Vielmehr bringen sie mehr Frauen dazu, sich zweifelhaften oder gefährlichen Prozeduren zu unterziehen.

Nach Definition der WHO sollte eine Abtreibung ein einfacher medizinischer Eingriff sein, der in Begleitung von Gesundheitspersonal mit Medikamenten oder einem

chirurgischen Eingriff effektiv gehandhabt werden kann. Dies erfordert, dass die Frau Zugang zu genauen Informationen, hochwertigen Medikamenten und Unterstützung durch eine ausgebildete Gesundheitsfachkraft hat. In vielen Ländern ist aber genau das nicht der Fall. Unsichere Abtreibungen sind eine der führenden Ursachen für Müttersterblichkeit. Weltweit werden lt. WHO rund 45 % der Abtreibungen unter unprofessionellen und unsicheren Bedingungen durchgeführt, wodurch etwa 39.000 Frauen im Jahr sterben. Der Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten kann weltweit das Leben vieler Frauen retten.

Im Juni dieses Jahres hat das Oberste Gericht der USA das Recht auf Abtreibung gekippt. Anlässlich dieser Entscheidung, haben die Abgeordneten zum Europäischen Parlament eine Resolution beschlossen, dass das Recht auf Abtreibung in die EU-Charta der Grundrechte aufgenommen werden soll. Diese beinhaltet unter anderem, dass EU-Länder den Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten garantieren müssen, das Verhütungsmittel kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollen und dass Aktivist:innen, die für die sexuelle und reproduktive Gesundheit und die damit verbundenen Rechte eintreten, in diesem Bereich politische Unterstützung erhalten sollen. (siehe: https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2022-0243_DE.html). Als Menschenrechtsstadt muss Graz diese Resolution unterstützen und auch die Bundesregierung auf den Handlungsbedarf in Österreich aufmerksam machen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung:

Der Bundesgesetzgeber wird auf dem Petitionswege aufgefordert, im Sinne der EU-Resolution den niederschweligen Zugang zu sicheren, legalen und kostenlosen Abtreibungsdiensten flächendeckend zu ermöglichen sowie Schwangerschaftsabbrüche innerhalb der bestehenden Fristenlösung zu entkriminalisieren.

Bgm.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a **Schwentner**:

Ich übergebe den Vorsitz an Herrn StR Eber und darf Sie bitten, entsprechende Gemeinderatsstücke aus der Sitzung abzugeben, hier links von mir, wer das bisher vergessen hat.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (16.38 Uhr).

GRⁱⁿ **Hopper**:

Geschätzte Stadtsenatsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen im Livestream, vielen liebe Dank für diesen Antrag. Mir ist es ein ganz besonderes Anliegen, bei dieser sensiblen Thematik auch die angebrachte Sachlichkeit hier auch einzubringen und gehe davon aus und es ist gleichzeitig mit einem Appell verbunden, dass die anderen Fraktionen dem nachkommen werden und nach Möglichkeit bei etwaigen moralischen Analysen zu unterschiedlichen Ansichten vielleicht zurückhalten oder Zurückhaltung üben mögen. Das würde ich total toll finden. Für meine Fraktion ist dieser vorliegende Antrag, so wie du ihn gestellt hast, in dieser Form nicht dringlich. Ich möchte das auch noch ein wenig ausführen. Ja, ich glaube, wir sind alle einer Meinung, dass die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika mehr als beängstigend sind. Ich selber war in Kontakt mit einer guten Bekannten von mir, die zwischenzeitlich sich nicht sicher war, ob die aktuell sich in ihrem Körper befindende Spirale, die sie eingesetzt hatte, sie in dem Moment zur Straftäterin macht oder nicht und ich glaube, da sind wir uns alle in diesem Raum einig, dass das auf keinen Fall etwas ist, was wir hier im Gemeinderat gutheißen oder in irgendeiner Form tolerieren würden. Gleichzeitig ist es, glaube ich auch, und das hat auch unsere Jugendgeneralsekretärin Claudia Plakolm ganz klar gesagt, ein Rückschritt ins Zeitalter der Engelmacherinnen und ja, wir teilen auch zutiefst die Betroffenheit, was die Verschärfungen in den von dir angesprochenen Ländern, die sehr nahe sind, wesentlich näher als das die Vereinigten Staaten von Amerika sind, wo der Zugang zu

einer Abtreibung beinahe verunmöglicht wird und enorm verschärft wird. Ja, ich glaube auch, dass es wichtig ist, dass wir hier höchst kritisch sind und nach Möglichkeit man bei den verschiedenen Ländern und auch in den notwendigen Gremien darauf einwirkt und das wieder rückgängig macht.

Gleichzeitig glaube ich aber auch, dass die Möglichkeiten dieser Einwirkungsmöglichkeiten, Wortwiederholung, aber dennoch die Fähigkeiten des Gemeinderates der Stadt Graz ein wenig übersteigen und außerdem geht es in deinem eigentlichen Forderungspunkt auch nicht wirklich darum. In Österreich, und das ist der Hauptgrund auch für unsere Feststellung, dass für uns dieser Antrag nicht dringlich ist, gilt die Fristenlösung. Du hast sie auch angesprochen als Grundkonsens. Seit geraumer Zeit wird sie auch nicht angefochten, es gibt auch keine Bewegungen in irgendeiner Art und Weise, das irgendwie in Frage zu stellen oder gar zu verschärfen. Die sichere Abtreibung ist in Österreich möglich und mehrheitlich zugänglich. Es gibt da auch schon Bemühungen unserer Frauenministerin, du hast den Westen von Graz, ich weiß nicht ob du es nicht schon angesprochen hast, oder ob ich es mir nur dazu gedacht habe bei deiner Wortmeldung, angesprochen, auch da wird geschaut, dass Frauen nicht irgendwo hinpendeln müssen und diese Wahlmöglichkeit gewährleistet wird. Die Wahlmöglichkeit ist auf alle Fälle für jede Frau in Österreich gewährleistet und auch die finanzielle Komponente, die ja auch Essenz deines Antrages ist, ist aktuell durch Vereine und Organisationen, die wiederum durch Steuergelder, durch verschiedene Institutionen auch gefördert, werden auch abgesichert. Auch Informationen sind breit zugänglich und auch da ist dankenswerter Weise unsere Bundesministerin drauf und dran, noch weiter und einfacher die Informationen zu den Wahlmöglichkeiten für Frauen zu verteilen und zugänglicher zu machen. Einen Halbsatz darf ich noch anhängen, aus diesem Grund ist es eben für uns nicht dringlich und ich darf vielleicht auch vorweg sagen, dass auch dem Inhalt von unserer Seite nicht zugestimmt wird und darf in diesem Zusammenhang aus zeitökonomischen Gründen auf das Protokoll der Sitzung des Europäischen Parlaments verweisen, in der auch unsere Fraktion, der wir auch angehören, einige Kritikpunkte vorgebracht hat, denen auch unsere Funktionäre und Mandatäre im Europäischen Parlament zum Großteil zugestimmt haben und

deswegen dieser Resolution in der vorliegenden Form nicht zugestimmt haben. Vielen Dank für die Aufmerksamkeit und ich entschuldige mich fürs Überziehen. Danke (*Appl. ÖVP*).

GRⁱⁿ Wutte:

Liebe Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste. Danke für den Antrag. Ich sage gleich am Anfang, für die Grüne Fraktion ist dieser Antrag schon dringlich. Wir werden der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Warum ist er dringlich? In einigen Teilen teile ich auch die Befunde der Anna Hopper und ich möchte mich auch bedanken, dass wir einfach sehr sachlich und sehr konstruktiv über dieses Thema sprechen können. Das Thema ist tatsächlich dringlich, weil wir einfach in diesem Bereich dieses sehr fundamentalen Frauenrechts weltweit massive Rückschritte beobachten mussten in den letzten Jahren. Ich bin ja eigentlich ein optimistischer Mensch und war und bin jetzt auch schon lange Frauensprecherin und war eigentlich immer der Meinung, dass so in gewissen Demokratien bestimmte fundamentale Frauenrechte vielleicht in Frage gestellt werden, aber nicht mehr völlig zurückgenommen werden können. Aber eben, die USA belehren einen da wirklich eines Besseren. Fundamentalste Frauenrechte können einfach mehr oder weniger von einem Tag auf den anderen vom obersten Verfassungsgerichtshof gekippt werden und das, denke ich, ist uns allen eine Mahnung. Allen Frauen, allen Menschen eine Mahnung, dass es eben darum geht, immer wieder dafür einzustehen für diese fundamentalen Frauenrechte, weil sie eben nicht so selbstverständlich sind, wie man vielleicht hoffen würde oder meinen würde. Ja, ich freue mich, wenn das tatsächlich der Konsens ist, der, wie die Anna gesagt hat, die Fristenlösung in Österreich, ich teile den Befund nicht, dass ein niederschwelliger Zugang zum Schwangerschaftsabbruch in Österreich gegeben ist. Es ist so, dass es in etlichen Bundesländern in Österreich niemanden gibt, der Schwangerschaftsabbrüche durchführt, oder einen Gynäkologen, eine Gynäkologin im Westen von Österreich; das ist tatsächlich ein sehr kleines Angebot für die Menschen, die dort leben, die müssen teilweise weite Wege auf sich

nehmen, was mit großen Kosten verbunden ist und tatsächlich diese Frauen in sehr, sehr schwierige Situationen bringen kann. Gerade, wenn sie wenig Geld haben und sich das schwierig leisten können. Ich möchte auch unsere Grüne Frauensprecherin, die Meri Disoski, zitieren, die gesagt hat: „Abtreibungen können nicht verboten, nur sicherere Abtreibungen verhindert werden.“ Das, denke ich, bringt es auf den Punkt. In den Ländern, die Abtreibungen massiv einschränken, wird es weiterhin Frauen geben, die aus verschiedensten Gründen einen Schwangerschaftsabbruch durchführen wollen, nur sie können es nicht unter sicheren Umständen tun. Wie wir es vorher gehört haben, gefährden sie womöglich ihr Leben, geraten in wirklich prekärste Situationen, die einfach vermeidbar wären.

In diesem Sinne möchte ich wirklich noch einmal dafür plädieren, dass dieser Konsens in Österreich wirklich so weit getragen wird, wie du es gerade gesagt hast. Es würde noch ein bisschen mehr brauchen. Also ja, es würde eine Entkriminalisierung der Fristenlösung brauchen. Es würde diesen niederschweligen Zugang brauchen, es würde aber auch, damit es gar nicht so weit kommt, kostenlose Verhütungsmittel brauchen, auch mehr Sexualpädagogik, gute Sexualpädagogik an den Schulen, es gibt einfach ganz viele Bereiche, wo man ansetzen kann. Zusammenfassend muss man aber auch sagen, es wird immer verschiedenste Gründe geben, aus denen Frauen einen Schwangerschaftsabbruch in Erwägung ziehen und ich finde es auch ganz wichtig, dass wir als Gesellschaft nicht über diese Gründe urteilen. Das sind nämlich verschiedenste und mannigfaltige Gründe und ich denke, das ist das Grundrecht jeder Frau, über ihren Körper zu entscheiden, über ihr Leben zu entscheiden und gut, wenn wir diesen Konsens hier auch haben, danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren im Livestream oder hier vor Ort. Ich werde meine Wortmeldungen auftrennen in Dringlichkeitswortmeldung und dann inhaltliche Wortmeldung. Zur Dringlichkeit gibt es nur zu sagen, dieser Antrag ist politisch dringlich, weil es Menschen und Frauen gibt,

die tagtäglich an unsicheren Abtreibungen, an unsicheren Abbrüchen sterben oder massive gesundheitliche Beschwerden dadurch haben. Wenn das nicht dringlich ist, dann weiß ich auch nicht. Es ist auch in Österreich der Fall, dass durch die schlechte Zugänglichkeit von diesen Abbrüchen oder von medizinischer Versorgung in diesem Bereich es auch gesundheitliche Schäden für Frauen und für Menschen geben kann und deswegen kann ich diesen Antrag inhaltlich und dringlichkeitsmäßig nur befürworten und wir stimmen auf jeden Fall für die Dringlichkeit (*Appl.*).

StR Eber:

Danke, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen zur Dringlichkeit, dann stimmen wir darüber ab.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und ÖVP) angenommen.

GRⁱⁿ Reininghaus:

Hoher Stadtsenat, werte Kolleginnen und Kollegen, am Balkon ist kein Gast mehr, aber vielleicht noch der eine oder andere Gast am Livestream. Ich möchte auch ganz kurz Stellung nehmen zu diesem Stück, wobei ich betonen möchte zuvor, dass für mich ganz, ganz wichtig ist, dass der Zugang zu straffreien Abtreibungen als Frauenrecht extrem wichtig ist. Das steht wirklich außer Frage. Aber es ist doch hier ein so höchstpersönliches Thema, es geht um Geschlechtsverkehr, es geht um die Verhütung dazu, es geht um Schwangerschaft ja oder nein, und ich denke mir, wir müssen da schon auch ein bisschen auf Eigenverantwortung setzen. Die Position der Neos zu diesem Thema lautet ja so, wir sagen, ja es muss für die Minderjährigen einfach eine ausreichend gute Aufklärungsschulung geben oder einen Aufklärungsunterricht geben. Es sollen alle Minderjährigen einen Gratis-Zugang zu Verhütungsmitteln wie Kondomen erhalten, ja. Die sollten auch eine kostenlose Abtreibung bekommen, wenn

es dann doch passiert. Aber ich denke mir, oder wir Neos sind der Ansicht, dass so eine Abtreibung auf Krankenschein kostenlos, außer den Ausnahmen, die man sich vorstellen kann, eine Frau, die vergewaltigt wurde, schwanger wurde, das Kind nicht will, ok, die soll das bitte abtreiben können und das auch kostenlos. Oder medizinisch indizierte Abtreibungen, da bin ich voll dafür. Aber generell ein Abtreibungsrecht auf Krankenschein quasi zu verlangen, das geht uns zu weit, das geht auch mir persönlich zu weit und deswegen werden wir diesem dringlichen Antrag nicht zustimmen (*Appl.*).

GRⁱⁿ Slama:

Liebe Zuseherinnen im Livestream, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe zwei Menschen, die aktuell noch da oben stehen und zuhören. Ich fange einmal grundsätzlich an mit allem, was noch so zu den Vorrednerinnen gesagt werden muss. Grundsätzlich, wir haben jetzt schon über die Dringlichkeit abgestimmt, aber es laufen heute noch zu dieser Zeit noch Abtreibungsgegnerinnen regelmäßig durch Graz, Wien und andere große Städte. Abtreibung ist noch immer nicht legal, sie ist einfach nur straffrei. Das muss man sich allein auf der Zunge zergehen lassen. Sie ist noch immer kostspielig und immer noch stigmatisiert. Wir haben noch immer Nationalratsabgeordnete, die sehr laut und sehr öffentlich gegen Abtreibung diskutieren gehen. Eine Eigenverantwortung, auch in dieser Thematik, ist nur möglich, wenn eine Wahlmöglichkeit geboten wird. Wenn es möglich ist, und vor allem die Kosten spielen eine sehr große Rolle für den Zugang. Wir reden hier von Abtreibungen als eine der sichersten medizinischen Eingriffe, die wir derzeit haben in unserer Medizin. Dass trotzdem tagtäglich Menschen daran sterben, ist eine absolute Schweinerei und muss thematisiert werden. Denn jeder einzelne dieser Tode ist absolut verhinderbar mit einem Zugang zu dieser sehr, sehr sicheren Möglichkeit, das abubrechen. Außerdem diskutieren wir hier gerade und ich hoffe, dass wir nicht sonderlich viel weiter darüber diskutieren müssen, um ein Menschenrecht, über körperliche Autonomie und die steht uns allen zu. Wir würden über kein anderes Menschenrecht überhaupt nur diskutieren. Deswegen sollten wir es auch über dieses

nicht tun. Es sollte für uns alle absolut klar sein, dass es natürlich nötig ist und auch vor allem ein sehr wichtiger Schritt in Richtung Gleichberechtigung ist. Es ist eine riesige Entscheidung, ob man ein Kind haben möchte oder nicht und die darf nicht davon abhängen, ob ich die Möglichkeit habe, es zu tun oder nicht. Deswegen grundsätzlich es verliert ja niemand seine Wahlmöglichkeit, niemand verliert die Möglichkeit ein Kind zu bekommen durch ein Recht auf Abtreibung, aber es wäre ein absoluter Wahnsinn, es Leuten aufzuzwingen. Genau deswegen ist dieser Antrag inhaltlich unglaublich wichtig, auch unglaublich dringlich, aber das haben wir ja Gott sei Dank schon beschlossen. Deswegen wir werden natürlich mit vollem Herzen zustimmen und ich hoffe, Sie alle auch (*Appl.*).

StR Mag. **Krotzer:**

Werte Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtsenates, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Ich darf mich auch kurz zum Inhalt melden. Vieles ist ja von der Antragstellerin schon gesagt worden. Wir sind überzeugt davon, dass die mitunter sehr schwere Entscheidung über einen Schwangerschaftsabbruch ein höchst persönliches Recht von Frauen ist und ein solches ganz einfach bleiben muss. Ein Schwangerschaftsabbruch kann aus vielerlei Gründen erfolgen, niemals allerdings ist er ein leichtfertig gesetzter Schritt. Aber eben diese höchst persönliche und oft sehr schwierige Entscheidung über eine solche Situation kann und darf insbesondere oder ganz besonders Frauen nicht aufgezwungen oder abgenommen werden von einem Staat, von weit hergebrachten gesellschaftlichen Sitten, von religiösen Riten oder eben auch erzkonservativen Reaktionären, politischen Vorstellungen, wie wir das ja auch sozusagen federführend in den USA erlebt haben, was ja auch der Grund und der Anlass für diesen Antrag ist und um darüber auch zu diskutieren. Auf die medizinischen Gründe, die medizinischen Hintergründe ist die Gemeinderätin und Ärztin Maïke Manege ja schon sehr detailliert eingegangen. Letzt endlich kann man es in aller Kürze zusammenfassen: Die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung oder gar sozusagen, wie manchen ja vorschwebt, das überhaupt die Zeit zurückzudrängen, bedeutet nichts

anderes als die Gefährdung der Gesundheit von Frauen und ist vor dem Hintergrund von unserer Seite auf jeden Fall deutlich abzulehnen und zurückzuweisen. Und wir sind glücklicherweise in der Situation, dass es in Graz eben die Möglichkeit gibt, und wir werden natürlich auch seitens des Gesundheitsamtes weiterhin auch Einrichtungen, die Frauen, die in dieser schwierigen Situation sind, die vor dieser schwerwiegenden Entscheidung stehen, dass wir Einrichtungen, die hier Beratung, die hier Hilfe, die hier Unterstützung anbieten, dass wir die weiter unterstützen werden. Ganz egal, wie diese Entscheidung dann ausgeht. Hier geht es ja darum, sozusagen hier keinerlei moralische Wertungen zu treffen, sondern einfach dieses Grundrecht anzuerkennen. Dankeschön (Appl.).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, ich wundere mich bei manchen Wortmeldungen, bei den Rednern, ob die Realität von ihnen absichtlich ausgeblendet wird oder ob sie hier noch irgendwie in der Realität leben. Es wird so dargestellt, als wenn wir uns in Österreich bezüglich diesem Thema in einem völlig rechtsfreien Raum bewegen würden. Das ist nicht der Fall. Wir haben eine seit vielen Jahren existente Fristenregelung, auf die sich die Gesellschaft, der Bundesgesetzgeber geeinigt hat, um einen Kompromiss zu schließen. Es war immer wieder die Rede davon, Moralgesetz, es muss einen Einklang geben. Es muss zusammenhaften Gesetz und Moral. Für mich ist diese Diskussion und dieser Antrag auch ein Ausdruck einer Doppelmoral, die hier angestrebt wird. Wir alle sind hier für Menschenrechte, ja, aber das höchste Menschenrecht ist auch das Recht auf Leben. Das muss allen bewusst sein. Hier ist nie das Recht auf Leben erwähnt worden, hier ist immer nur das Recht, das Frauen haben sollen, nämlich abzutreiben. Das passt so nicht zusammen. Jede Abtreibung ist auch ein Verstoß gegen das Recht auf Leben. Das dürfen wir hier nicht vergessen und da hier wird leichtfertig geredet, das wäre ein großer Fortschritt für die Menschenrechte. Das ist ein massiver Einschnitt der Menschenrechte und ich glaube, in der rechtlichen Situation, wie sie jetzt gegeben ist, auf die sich die Gesellschaft geeinigt hat, im

Rahmen von dieser Fristenregelung ist ein Kompromiss geschlossen worden, über den wir weiter diskutieren können, aber der die Gesellschaft, so wie sie existiert, bis jetzt relativ zu diesem Thema befriedet hat. Genau aus diesem Standpunkt lehne ich den folgenden Antrag ab.

GRⁱⁿ Derler:

Geschätzte Damen und Herren, danke, das ist ein Thema, brennt natürlich. Ich bin Hebamme, hauptberuflich und natürlich Abtreibung, Schwangerschaftsabbruch ist immer ein Thema, vor allem wenn ich den Mutter-Kind-Pass aufmache. Es ist ja die Möglichkeit, dass man zwischen der 18. und 22. Woche eine ambulante Hebammenbetreuung in Anspruch nehmen kann und wenn ich diesen Mutter-Kind-Pass aufblättere, da gibt es die Seite 3, wo die vorangegangenen Schwangerschaften aufgelistet werden und ich bin eigentlich immer sehr erstaunt, dass da ganz viel Wahrheit drinnen steht. Prinzipiell ist es nicht so, dass der Schwangerschaftsabbruch in Österreich im Geheimen in irgendwelchen Kämmerchen gemacht wird. Das muss ich einmal ganz klar sagen, das ist nicht der Fall. Wenn eine Frau schwanger ist, sie ist bei ihrem Gynäkologen, die Schwangerschaft wird festgestellt, dann kommt es darauf an, in welcher Art die Patientin einen Versicherungsschutz hat. Da kann man jetzt wieder über die Zweiklassen-Medizin sprechen, aber Fakt ist, hat die Frau eine Zusatzversicherung, wird es die Möglichkeit geben, dass in einem Privathaus professionell der Abbruch gemacht wird. Wenn die Mutti keine Zusatzversicherung hat, ist es nicht so, dass die irgendwo auf der Straße überlassen wird, sondern sie bekommt einen Termin im LKH. Im LKH Graz gibt es die Familienplanungsstelle und in dieser Familienplanungsstelle ist ein Gynäkologe oder eine Gynäkologin, eine Psychotherapeutin, und da wird entschieden. In der Stadt Graz muss keine Frau, die die finanziellen Mittel nicht hat, irgendwo auf einen Fleischmarkt fahren, das ist wirklich Vergangenheit. Das will ich hier wirklich klarstellen, weil viele Menschen auch zuhören, und wenn wir über dieses Thema so sprechen, kommt es fast so rüber, als würden die Frauen hier keine Unterstützung bekommen. Zur anderen Sache, was jetzt

besprochen wird vom Kollegen der FPÖ, ganz wichtig natürlich Leben, keine Frage, aber ich glaube, das überschreitet jetzt ein wenig das Stück, um das es jetzt geht. Weil das ist auch eine moralische Diskussion, die ganz unterschiedlich gesehen wird. Zu meiner Sache nur, ja, unsere Fraktion sagt natürlich auch, es darf nicht alles zu niederschwellig sein und eines muss man auch ganz klar sagen, das habe ich auch sehr oft miterlebt, es wird leider auch, das muss man ganz ehrlich sagen, der Schwangerschaftsabbruch von gewissem Klientel als Verhütung gesehen. Ich würde es ganz sensibel sehen, da muss man aufpassen, wenn man da so entkriminalisiert (*Appl.*).

GRⁱⁿ Potzinger:

Geschätzte Damen und Herren, werte Antragstellerin. In aller Kürze, wir reden hier über eine Resolution und ich möchte den Vizepräsidenten des Europäischen Parlaments Dr. Othmar Karas zitieren: „Es gibt kein generelles Recht auf Abtreibung, kein Menschenrecht auf Abtreibung“, aber sehr wohl subsidiär dann die Angebote und in Österreich, wie schon dargelegt, haben wir die Fristenregelung, wo selbstverständlich auch die ÖVP-Frauen dazu stehen. Was wir aber brauchen, das wurde schon erwähnt, viel mehr Prävention, damit es nicht zu ungewollten Schwangerschaften kommt. Eben mehr Aufklärungsunterricht, aber auch Burschenarbeit und da wird in der Stadt Graz, auch dank Stadtrat Hohensinner, sehr viel angeboten. Das kann man immer noch ausweiten. Unser Ziel ist es, dass es möglichst nicht zu ungewollten Schwangerschaften kommt und dass Frauen, die im Schwangerschaftskonflikt sind, eben, wie es in der Stadt Graz vorbildlich ist, wie von der Kollegin Eva Derler erwähnt, die Beratung gibt, die umfassende Beratung, auch Zeit zu überlegen. Weil wir wissen natürlich auch von Frauen, die abgetrieben haben, die das später sehr bedauern und sie sagen, sie waren unter Zeitdruck. Sie sind vielleicht auch gedrängt worden von Freunden, Familie, was immer. Also einige Tage auch darüber nachzudenken, diese Bedenkzeit gibt es in Österreich noch nicht im Ärztegesetz, sehr wohl in den anderen Ländern in Europa, wo es eine Fristenregelung

gibt. Darüber könnte man nachdenken, um den Frauen ein bisschen Zeit zu geben, in aller Ruhe zu überlegen, auch welche Hilfsangebote es gibt, falls sie sich für das Kind entscheiden und wenn das nicht so ist, haben wir das generell so zu respektieren. Ich würde der Frau selbstverständlich, aber es geht auch um das menschliche Leben, ein ungeborenes Kind, ich zeige euch das (*hält einen Plastikfötus hoch*), das ist mein Pupperl, das ich immer bei mir habe, das ist in der 12 Schwangerschaftswoche. Es ist ein kleiner Mensch. Es ist keine kosmetische Korrektur, es geht um einen kleinen Menschen und ich sage noch dazu, mein Bruder ist Dermatologe, wenn der eine kosmetische Operation macht, ist er verpflichtet, zwei Wochen Bedenkzeit einzuhalten nach dem Ärztegesetz, sonst macht er sich strafbar. Man könnte überlegen, im Ärztegesetz auch hier eine kurze Bedenkzeit einzuführen. Aber last but not least, selbstverständlich stehen wir zur Fristenregelung, zur eigenständigen Eigenverantwortung der Frau und ihrer Entscheidung. Wir haben nicht zu moralisieren, wir haben uns zu bemühen, Hilfe möglichst effizient anzubieten, dass es möglichst nicht zu ungewollten Schwangerschaften kommt und dass es die medizinische sichere Abtreibung in Österreich gibt, glaube ich, ist nicht in Frage zu stellen und Graz ist hier vorbildlich, danke (*Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste, hallo Julian auf der Tribüne. Ich bin nach diesen Wortmeldungen, wo ich vorher gebeten habe die Moral wegzulassen, ein bisschen baff, ehrlicherweise. Weil Aussagen, die sagen im Endeffekt, im weitesten Sinne, das Recht auf Leben wird durch Abtreibungen nicht wahrgenommen. Also impliziert, Abtreibung sei Mord, oder das als Kind oder als kleinen Menschen zu bezeichnen, ist moralische Sprache. Es ist Moral, die man hier an den Tag legt, das ist aber nicht sachlich fundiert. Wir haben Aussagen, vor dem Kongress in den USA gehört, wo medizinisches Personal, medizinische Expert:innen davon sprechen, dass es nicht haltbar ist, diese Sachen als Menschen zu bezeichnen, es sind Föten und sie sind Embryos, aber sie sind noch kein Mensch. Auch im österreichischen Rechtsverständnis

sind sie noch kein Mensch und es ist immer auch eine moralische Konfliktsprache und eine Kampfsprache, wenn man Frauen und ihnen das Recht auf ihren eigenen Körper absprechen will, wenn man sie dann damit sprachlich zu Mörderinnen macht.

In Österreich war die österreichische Frauenbewegung sehr erfolgreich und hat auch mit der Kreisky-Dohnal-Regierung es geschafft 1975 erstmals die Abtreibung straffrei zu machen. Es ist eben immer noch im Strafgesetzbuch enthalten, aber es wird nicht strafrechtlich verfolgt, wie die Antragstellerin schon erwähnt hat. Aber dass Abtreibung generell schon immer da war und wahrscheinlich nicht weggehen wird, zeigt auch das, dass die ersten Frauen im Nationalrat schon 1925 ein Recht auf Abtreibung gefordert haben und schon damals die Fristenlösung als Antrag gestellt haben. Da sieht man eben auch, dass das ein Thema ist, das nicht weggehen wird und auch wenn wir das Recht auf Abtreibung oder die Fristenlösung oder diesen medizinischen Eingriff weiter einschränken, wird das nicht dazu führen, dass es weniger Abtreibungen geben wird. Es würde nur dazu führen, dass sich Frauen, die sich diesem Eingriff unterziehen wollen, weniger Zugang dazu haben und mehr angewiesen sind darauf, das in einer unsicheren, gefährlichen Art und Weise zu tun. Das kann nicht wirklich unser aller Wille sein, dass das weiterhin passiert und dass das wieder auf österreichischem Boden passiert. Wenn die Fristenlösung Konsens wäre, wie heute schon gesagt wurde, was ich auch nicht teile, dann hätten wir nicht ganze Bundesländer, wo es keinen Zugang zu Abtreibungen gibt, dann hätten wir nicht ganze Bundesländer, wo es nicht einmal einen Kassengynäkologen gibt, der die Beratung zur Verfügung stellt und dann hätten wir auch nicht im Westen von Österreich so eine prekäre Lage, wo Frauen, die eine Abtreibung machen wollen, kilometerweit in andere Bundesländer oder sogar nach Deutschland fahren müssen, um diese Abtreibungen durchzuführen. Wenn die Fristenlösung wirklich Konsens wäre, dann würden wir nicht immer wieder darüber diskutieren, die Fristenlösung wieder auszusetzen oder weitere Einschränkungen zu tun. Die letzte Initiative in diesem Bereich war ja auch mit sehr vielen Unterschriften sehr erfolgreich und trotzdem führt sie nicht dazu, dass es wirklich Konsens in Österreich ist, dass es diesen straffreien Schwangerschaftsabbruch innerhalb der ersten drei Monate gibt. In diesem Sinne kann ich nur hier noch einmal

sagen, wir haben keinen Konsens zu diesem Thema. Es wird immer wieder die Moral hervorgeholt, um die Kontrolle über den weiblichen Körper zu erlangen und es kann nicht sein, dass wir heute hier stehen und sagen, wir sind eh für die Fristenlösung oder wir sind eh für das Recht der Abtreibung, aber diesem Antrag können wir nicht zustimmen. Das ist ein wenig scheinheilig meiner Meinung nach und deswegen glaube ich, dass wir diesen Angriffen auf der anderen Seite entgegenwirken müssen und wirklich auch das Recht der Abtreibung in die Verfassung schreiben müssen, damit es einen stärkeren Schutz davor gibt, dass dieses Recht wieder gekippt wird wie in Polen oder wie in den USA. Vielen Dank für diesen Antrag und wir können dem nur zustimmen und es ist wirklich, ein Satz noch, Abtreibung ist kein Mord, aber Abtreibung zu verbieten, das wäre Mord (*Appl.*).

GRⁱⁿ Katzensteiner:

Ich möchte auf zwei Sachen kurz eingehen. Erstens sind wir nicht gegen die Fristenlösung per se, wir sehen das durchaus gut mit den 12 Wochen, so wie es jetzt ist. Was man natürlich aber natürlich kritisieren könnte, ist schon, dass es de facto eigentlich nicht legal ist einen Schwangerschaftsabbruch vorzunehmen, sondern nur strafrechtlich nicht verfolgt wird. Da könnte man auch darüber reden. Der andere Punkt ist, Entschuldigung, noch einmal zur Fristenregelung. Wir wollen diese nicht in Frage stellen, sondern eh, wie es die Kollegin vorher schon gesagt hat, geht es darum eigentlich, dass man dieses Recht auf Abtreibung festschreibt einfach. Wir haben es gesehen in vielen Ländern, dass man das leicht rückgängig machen kann und da geht es einfach darum, das noch mehr zu verankern, dass da eben keine Rückschritte passieren können. Der zweite Punkt ist, dass es schon einige Leute geben wird, die das als Verhütungsmethode sehen oder wie auch immer, kann ich mir aber nicht vorstellen, dass das irgendwie sozusagen eine größere Menge an Menschen tut, oder so, weil es ist ja, wie wir gehört haben, eine finanzielle Belastung, es ist ja nicht günstig, wir haben es gehört und es ist ja in der Regel selbst zu bezahlen und eine physische und psychische Belastung für die Frauen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass

sich da viele Frauen denken, ich mache aus Jux und Tollerei so vier Mal im Jahr irgendwie eine Abtreibung oder so, von dem her ...

GRⁱⁿ Wutte:

Ich halte mich jetzt kurz, weil einiges von meinen Vorrednerinnen schon gesagt wurde. Ich möchte mich bedanken für die im Großen und Ganzen sachliche und konstruktive Debatte. Ich weiß nicht, ob es in Österreich der Fall ist, aber hier in diesem Raum habe ich dann doch einen überraschend breiten Konsens, was die Fristenlösung betrifft, wahrgenommen; das finde ich erfreulich, das finde ich als gutes Zeichen für diesen Gemeinderat. Es ist schade, dass wir jetzt dem Antrag nicht einstimmig zustimmen können, aber trotzdem bin ich positiv überrascht von diesen Wortmeldungen und dass es doch diesen breiten gesellschaftlichen Konsens gibt, weil, wie ich vorher schon gesagt habe, es ist wirklich nichts Selbstverständliches, das kann uns einfach, wenn es blöd kommt, passieren, dass wir in ein paar Jahren womöglich in einer ähnlichen Situation sind wie in den USA oder dass irgendwie Kräfteverhältnisse sich dermaßen ändern. Deswegen ist es für uns alle wichtig, dass uns bewusst ist, dass das eine Errungenschaft ist für alle Frauen hier in Österreich und dass das hier von den Menschen im Gemeinderat, so wie ich es verstanden habe, getragen wird die Fristenlösung. Aus unserer Sicht, klar, bräuchte es die Entkriminalisierung. Es ist nicht einzusehen, dass etwas toleriert wird, aber eigentlich nach wie vor eine strafbare Handlung ist. Das ist eigentlich inkonsequent und ein seltsamer Kompromiss und klar, die Niederschwelligkeit muss es geben. Es wurde gerade gelobt, dass es in Graz möglich ist, einen Schwangerschaftsabbruch durchzuführen relativ unbürokratisch, aber die Kosten sind so bei um die 500 Euro, was ich jetzt gesehen habe bei der schnellen Recherche. Das ist nicht wenig Geld, das ist nicht für alle Menschen so einfach aufstellbar oder leistbar. Das möchte ich noch einmal betonen. Das Einzige, was mir jetzt einfach wirklich aufgestoßen ist, ist diese Annahme, dass es Frauen gibt, die das als Verhütungsmethode verwenden. Da möchte ich mich wirklich entschieden dagegen verwehren. Ich glaube oder ich bin mir ziemlich sicher, dass alle in diesem

Raum jemand kennen, der einmal in der Situation war, über einen Schwangerschaftsabbruch nachzudenken und kennt ihr wirklich jemanden, der da nicht lange darüber nachgedacht hat und sich wirklich gequält hat und überlegt hat, was jetzt das Richtige wäre zu tun? Niemand verwendet das als Verhütungsmethode und das finde ich einfach abwegig, das Leuten zu unterstellen, danke (*Appl.*).

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Auf zwei Punkte möchte ich noch eingehen. Einerseits, Frau Kollegin Katzensteiner, der Grundsatz unseres Rechtsstaates ist, alles was nicht verboten ist, ist erlaubt. Es besteht eine Rechtssicherheit bei uns aufgrund der gegebenen Regelung. Alles andere ist falsch. Der zweite Punkt, Kollegin Robosch, Sie zitieren und berufen sich hier auf irgendeinen Mediziner, der im Kongress ausgesagt haben soll, mag sein, und Sie zitieren ihn und unterstützen es, wenn ungeborenes Leben, ein ungeborener Mensch als Sache bezeichnet wird, wenn diesem Lebewesen die Eigenschaft eines Lebewesens abgesprochen wird und Sie bemühen gleichzeitig bei jeder Gelegenheit das Wort Menschenrechte. In nahezu jeder Wortmeldung von Ihnen fällt der Begriff Menschenrechte, wie wichtig, wie wichtig, völlig klar. Aber eine solche Doppelmoral, die stinkt zum Himmel und ich fordere Sie auf, ungeborenes Leben nicht mehr als Sache zu bezeichnen. Menschenverachtender geht es nicht.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, keine Sorge, ich werde keine lange Wortmeldung machen, aber eines war mir doch sehr wichtig zu betonen, weil der Vorredner gesagt hat, alles was nicht verboten ist, ist erlaubt. Es gibt aber meiner Meinung nach keine Situation, auf die so wenig der Gleichheitsgrundsatz, der auch im Gesetz verankert ist, eingehalten wird....

*Zwischenruf GR Mag. **Winter**: Männer können keine Kinder bekommen, das stimmt.*

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Ja, es gibt zu jedem Fötus eine biologische Mutter und einen biologischen Vater. Strafrechtlich relevant ist die Nicht-Legalisierung einer Abtreibung allerdings nicht für den Vater und nur für die Mutter. Das möchte ich allen Männern, die zum Thema reden und gesprochen haben, noch einmal zum Bedenken mitgeben.

StR **Eber**:

Wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, kommen wir schon zum Schlusswort der Antragstellerin.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Manecke**:

Es wurde jetzt viel gesagt, ich möchte jetzt auch gar nicht auf die teilweise sehr absurden Äußerungen, die jetzt getätigt wurden, eingehen. Ich möchte nur noch einmal sagen, es ist in Österreich nicht legal, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen. Wenn man sogar weiter schaut, in Deutschland wurde 2017 erst eine Ärztin angeklagt, weil sie seriöse Informationen auf ihrer Web-Seite geteilt hat und einfach Betroffene über Schwangerschaftsabbrüche informiert hat. Im Juni 2022 wurde dann dieses sogenannte Werbeverbot dann zum Glück auch vom Bundestag quasi aus dem Strafgesetzbuch entfernt, aber es ist nicht weit weg und da werden sogar Ärzte einfach nur, weil sie über diese Information sprechen oder Informationen teilen, verurteilt. Wichtig ist mir noch einmal zu sagen, ein sicherer Schwangerschaftsabbruch gehört zu einer Gesundheitsversorgung und Frauen sollten immer das Recht haben zu entscheiden, wenn es um ihren Körper und ihre Gesundheit geht. Was wir auch schon öfter gehört haben, der Zugang zu

Schwangerschaftsabbrüchen ist auch in Österreich nicht niederschwellig und überall gegeben und ich denke, das muss man dringend ändern. Danke (*Appl.*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen NEOS, ÖVP, FPÖ und GR Wagner) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (17.20 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen dann zum nächsten dringlichen Antrag, von der ÖVP. Hier geht es um die thermische Instandsetzung der Grazer Gemeindewohnungen. Ich darf Herrn Markus Huber zum Rednerpult bitten.

Ich möchte Sie nur, vielleicht haben Sie es auch schon gelesen, aber ich möchte es einfach sagen, der Harry Krenn ist heute verstorben, ich weiß nicht, ob sie ihn alle gekannt haben. Er war jahrzehntelang Caritas-Mitarbeiter. Er ist im 89. Lebensjahr verstorben, aber er war eine ganz besondere Persönlichkeit, die sich wirklich für Menschen, denen es nicht gut gegangen ist, zuerst im Sportbereich und im Kulturbereich und später vor allem mit der Wohnungslosenhilfe seit 1994 beim Team ON, vielleicht sagt Ihnen das etwas, bei der Caritas. Er hat vielen Leuten zu einer Wohnung verholfen und zwar dauerhaft betreut und nicht nur in einer hohen sozialen Kompetenz, sondern wirklich auch als Freund zur Seite gestanden. Er war eng mit dem Otti Pfeiffer immer zusammen und er geht schwer ab. Es geht mich persönlich auch an, weil das ist ein wirklich wunderbarer Mensch gewesen. Er hat das Goldene Ehrenzeichen der Stadt Graz erhalten und er hat den Großen Menschenrechtspreis des Landes erhalten und es wäre jetzt gar nicht lange hin, dass wieder der Harry-Krenn-Preis von der Caritas ausgeschrieben worden wäre und ich denke, wir werden uns sehen, alle die ihn gekannt haben, bei der Verabschiedung.

Bitte Herr Gemeinderat, entschuldigen Sie, dass ich das jetzt gesagt habe, aber viele, die lange in dem Bereich tätig sind, kennen ihn ja gut und haben ihn gut gekannt.

8.2 Thermische Instandsetzung (Sanierung) der Grazer Gemeindewohnungen (GR Markus Huber, ÖVP)

GR Huber:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Ich darf heute einen dringlichen Antrag zu einem Thema einbringen, das ist ein sehr wichtiges für die Stadt Graz, nämlich die thermische Sanierung der Grazer Gemeindewohnungen. Die gegenwärtige Situation am Energiesektor und auch die Wetterextreme, mit denen wir konfrontiert sind, zeigen eindeutig, dass die Stadt Graz beim Klimawandel nicht mehr die Augen verschließen darf, sondern dass wir vor allem auch den Energiebedarf von Gebäuden extrem senken müssen, um das Klima auch aus städtebaulicher Sicht nachhaltig zu schützen.

Ein starker Schalthebel dabei ist die konsequente thermische Gebäudesanierung, die ökologisch als auch ökonomisch notwendig ist, wenn wir den Klimawandel als Stadt Graz ernst nehmen und wir als Kommunalpolitiker unsere klimapolitische Verantwortung für kommende Generationen ernst nehmen wollen. Die Stadt Graz selbst hat sich ja mit dem Grundsatzbeschluss klimaorientierte Stadtentwicklung ein ambitioniertes Programm auferlegt, das wir ja inhaltlich mittragen können. Wenn wir uns das aber genauer durchlesen, fehlt hier leider der Bereich der thermischen Wohnungssanierung völlig. Das ist schade, denn gerade hier könnte die Stadt Graz einiges tun und aus unserer Sicht müsste die Stadt Graz eine Vorreiterrolle einnehmen. Graz soll spätestens 2040 klimaneutral sein und genau deswegen dürfen wir den Wohnungssektor nicht ausklammern. Graz allein hat ca. 186.000 Wohnungen, von denen rund 60 % vor 1980 erbaut wurden. Wo man davon ausgehen kann, dass viele

dieser Wohnungen auch nicht dem thermischen Standard entsprechen, den wir brauchen, um unser Klima zu schützen. Allein der CO₂-Ausstoß von 428.500 Tonnen pro Jahr zeigt, wie groß hier das Potential ist, um wirklich CO₂ einzusparen.

Wenn man sich den Wohnungssektor weiter ansieht, dann sieht man, dass man einen Großteil der Energie für das Heizen benötigt, für die Wärmebereitstellung für Wohn- und Arbeitsräume und für die Warmwasserbereitstellung für Duschen und Kochen, und dieser hohe Energieverbrauch verweist auch eindeutig darauf hin, dass wir eine veraltete Heizungstechnik verwenden bzw. dass wir wirklich mangelhafte Wärmedämmung haben.

Graz braucht klimaneutrale Gebäude, die ihren Anteil zum Klimaschutz beitragen und diese klimaneutralen Gebäude müssen wir dementsprechend auf- und ausrüsten. Dazu zählen moderne Heizungsanlagen, der Austausch alter Fenster und Türen, Dämmung des Gebäudes vom Dach bis zum Keller und, wenn möglich, auch die PV-Anlagen-Installation auf Dächern. Neben der klimapolitischen Frage gibt es aber auch eine gesundheitspolitische Frage, denn die veraltete Heizungstechnik sowie die derzeitige Praxis, dass in Gemeindewohnungen wieder der Betrieb von Feststoffbrennöfen genehmigt wird, führt insgesamt dazu, dass die Feinstaubbelastung für die gesamte Bevölkerung in Graz enorm zunehmen wird in den Wintermonaten. Auch der soziale Aspekt darf hier nicht hintangestellt werden, denn gerade die Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeindewohnungen sind darauf angewiesen, dass sich die Energie- und Heizungskosten im Rahmen halten, denn irgendwann werden auch diese Wohnkosten an den Endverbraucher weitergegeben werden müssen und können nicht auf Dauer vom Staat getragen werden. Im Hinblick darauf, dass die Stadt Graz hier nicht nur eine ökologische Verantwortung hat, sondern auch eine sozialpolitische, gesundheitspolitische und ökonomische, stelle ich im Namen der Grazer Volkspartei folgenden

dringlichen Antrag:

Die ressortzuständige Stadträtin und Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, bis zur ersten Sitzung des Verwaltungsausschusses für den Eigenbetrieb WOHNEN GRAZ im kommenden Jahr einen konkreten Zeitplan über die Vornahme der ausständigen thermischen Sanierungen bei den in Frage kommenden Gemeindewohnungen vorzulegen.

Ebenso wird sie ersucht, gemeinsam mit Finanzstadtrat Manfred Eber zu prüfen, wie bei der angespannten Budgetsituation die dafür benötigten Mittel sichergestellt werden können.

Ich bitte um Annahme dieses dringlichen Antrages, denn der ist frei von politischem Kalkül. Es geht wirklich um eine klimapolitische Frage und ich hoffe hier auf breite Zustimmung. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die gegenwärtige Situation am Energiesektor und vermehrt auftretende Wetterextreme zeigen, wie wichtig es ist, den Energiebedarf von Gebäuden zu senken und, wo immer möglich, durch regionale Quellen abzudecken, um das Klima auch aus städtebaulicher Sicht nachhaltig zu schützen. Ein starker und wesentlicher Schalthebel dafür ist die konsequente thermische Gebäudesanierung. Diese ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch notwendig, wenn wir den Klimawandel als Stadt Graz ernst nehmen und wir als Kommunalpolitiker unsere klimapolitische Verantwortung für die kommenden Generationen wahrnehmen möchten.

Die Stadt Graz hat sich selbst, mit dem Grundsatzbeschluss „Klimaorientierte Stadtentwicklung“ ein ambitioniertes Programm auferlegt, um das Klima in Graz zu schützen. Leider fehlt in diesem Beschluss das Thema der thermischen Wohnungssanierung völlig. Speziell in diesem Bereich kann die Stadt Graz jedoch viel tun und muss sogar eine Vorreiterrolle einnehmen.

Graz soll spätestens 2040 klimaneutral sein, gab die Stadtregierung aus. In Graz gibt es ca. 186.000 Wohnungen (Kurier v. 17.3.2022), von denen rund 60 % vor dem Jahre 1980 errichtet wurden. Diese Haushalte haben einen CO₂-Ausstoß von 428.500 Tonnen pro Jahr. Alleine diese Zahl macht deutlich, wie wichtig es ist, diesen Hebel zu nutzen, um im Wohnungsbereich möglichst viele Tonnen CO₂ einzusparen. Berechnungen von Experten der Fa. Austrotherm in diesem Bereich ergeben zum Beispiel: Wenn man 1 m² Fassade thermisch-energetisch saniert, werden bis zu 24 kg CO₂ pro Jahr eingespart, das entspricht derselben Menge CO₂ wie zwei Bäume jährlich binden.

Sieht man im Wohnungssektor genauer hin, verbrauchen wir dort den größten Teil der Energie für das Heizen: Zum einen für das Beheizen unserer Wohn- und Arbeitsräume (Wärmebereitstellung), zum anderen für das Beheizen unseres Brauchwassers zum Waschen, Duschen, Baden und Kochen (Warmwasserbereitstellung). Das große Einsparpotential im Gebäudesektor resultiert jedoch nicht alleine aus einem zu hohen Energieverbrauch, weil wir es gerne warm haben. Es ist auch einer veralteten Heizungs-technik geschuldet, die in den Gebäuden steckt, sowie einer mangelnden Wärmedämmung der Gebäude selbst.

Klimaneutrale Gebäude tragen einen beachtlichen Anteil zum Klimaschutz bei. Um sie entsprechend auf- und auszurüsten, braucht es eine energetische Sanierung. Dazu gehören Maßnahmen, die zum effizienten Verbrauch von Energie beitragen. Dazu zählen zum Beispiel:

- Modernisierung der Heizungsanlage, wenn möglich Anschluss an das Fernwärmenetz,*
- Austausch alter Fenster und Türen,*
- Dämmung des Gebäudes vom Dach bis zum Keller,*
- Mögliche Nutzung von Photovoltaik*

Die veraltete Heizungstechnik in vielen Gemeindewohnungen sowie die derzeitige Praxis, dass in Gemeindewohnungen wieder der Betrieb von Feststoffbrennöfen genehmigt wird, führt insgesamt dazu, dass die Feinstaubbelastung für die gesamte

Bevölkerung in Graz enorm zunimmt. Deshalb ist es hier unbedingt erforderlich, alte Heizungs-öfen aus den Wohnungen zu entfernen und mit moderneren Heizmöglichkeiten, wenn möglich, mit Fernwärmeanschlüssen, auszustatten. Gerade Bewohnerinnen und Bewohner von Gemeindewohnungen sind darauf angewiesen, dass sich Energie- und Heizungskosten im Rahmen halten. Deshalb ist die Stadt Graz und die zuständige Stadträtin für Wohnungsangelegenheiten gefordert, hier nicht nur klimabezogen sondern auch sozialpolitisch aktiv zu werden und die in Frage kommenden Gemeindewohnungen nachhaltig zu sanieren.

In Hinblick darauf, dass die Stadt Graz in diesem Bereich nicht nur eine ökologische Verantwortung hat, sondern auch eine sozialpolitische und ökonomische, stelle ich im Namen der Grazer Volkspartei folgenden

dringlichen Antrag:

Die ressortzuständige Stadträtin und Bürgermeisterin Elke Kahr wird aufgefordert, bis zur ersten Sitzung des Verwaltungsausschusses für den Eigenbetrieb WOHNEN GRAZ im kommenden Jahr einen konkreten Zeitplan über die Vornahme der ausständigen thermischen Sanierungen bei den in Frage kommenden Gemeindewohnungen vorzulegen.

Ebenso wird sie ersucht, gemeinsam mit Finanzstadtrat Manfred Eber zu prüfen, wie bei der angespannten Budgetsituation die dafür benötigten Mittel sichergestellt werden können.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher:innen über den Livestream. Vielen Dank für den Antrag. Ich halte die Dringlichkeit für enorm wichtig, die werden wir mit Sicherheit auch unterstützen, weil die thermische Sanierung ist

eigentlich eine grundlegende Voraussetzung zur Energieeffizienz im Gebäudebereich. Der Gebäudebereich insgesamt ist ja für einen erheblichen Gesamtanteil am Energie- und Wärmeverbrauch verantwortlich als Sektor, der liegt, je nachdem wie immer man die Dinge berechnet, die Baustoffe der Industrie zuordnet oder dem Gebäudesektor, liegt der bei 25 bis 35 %. Das heißt, es ist ein absolut wichtiger Ansatz, dort anzugreifen, vor allem deshalb, weil die Betriebsenergie einen wesentlichen Anteil daran ausmacht. Die Betriebsenergie heißt eben das Heizen selbst. Die Gemeinde muss natürlich mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben derzeit eine Sanierungsrate von 1,5 % österreichweit, also im Jahr werden 1,5 % des Gebäudebestandes saniert. Ziel wäre schon seit mindestens 20 Jahren 3 %. Bis vor einiger Zeit waren wir bei wackeren 1 %. Das heißt, es hat sich verbessert, aber Sie sehen schon, das Unternehmen ist ein sehr großes. Ich möchte aber jetzt doch aus einer Erfahrung aus einem Projekt berichten, das sehr interessante Daten ergeben hat hinsichtlich des Energieaufwandes und des Energieverbrauchs, also des Bedarfs als auch des Verbrauches in einzelnen Siedlungen, wo Gemeindewohnungen untergebracht sind. Was nicht bedacht wird in diesem Zusammenhang ist, dass die Größe von Wohnungen einen wesentlichen Aspekt ausmacht, wieviel Energie tatsächlich aufgewandt wird. Es ist hauptsächlich die Wohnungsgröße und wenn, wie in so vielen Fällen, Heizungssysteme saniert werden, dann wird das oftmals, oder auch thermisch saniert wird, das wird in diesem Fall nicht der Fall sein, werden Wohnungsgrößen erweitert und damit oftmals der Sanierungseffekt wettgemacht. Und zum Zweiten, oftmals werden durch bessere Heizsysteme dann auch die Temperaturen in dem guten Wissen, dass man jetzt sauberer quasi Energie verbraucht, werden Heizungen aufgedreht. Das nur als Nebensatz, dass nicht immer automatisch diese Sanierungsgewinne so eindeutig umzusetzen sind oder sich niederschlagen. Dennoch ist es ein ganz wichtiges Thema aus meiner Sicht. Vielleicht noch ein Hinweis, soweit ich das erkennen konnte aus einzelnen Forschungsprojekten war, da die Gemeinde eigentlich schon sehr aktiv in der Sanierungsrate (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zum Antragsteller mit seinem Schlusswort.

GR **Huber:**

Vielen Dank, ich glaube, meine Vorrednerin hat es richtig angesprochen, der Weg ist ein sehr weiter, bis wir hier wirklich am Ziel sind, daher hoffe ich wirklich auf breite Zustimmung, damit wir das über alle Parteigrenzen hinweg schaffen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Schwentner übernimmt den Vorsitz (17.30 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir haben der Dringlichkeit zugestimmt, natürlich, weil das Thema, nanetnana, eines der wichtigsten ist, aber nicht erst seit gestern, schon seit Jahrzehnten. Ich möchte hier einfach für jene, die vielleicht die Chronologie unserer städtischen Gemeindewohnhäuser nicht so kennen, 1998, als wir das städtische Wohnungsamt übernommen haben, war jede vierte Gemeindewohnung noch Substandard. Da waren wir nicht nur weit weg von irgendwelchen thermischen Sanierungen, sondern da haben die Leute nicht einmal Wasser oder eine Toilette drinnen gehabt. 2010 waren wir so weit, dass wir den Substandard beendet haben, weil wir ein umfassendes Sanierungsprogramm Jahr für Jahr, die Gemeinderätin Potzinger war dabei, weil sie damals schon im Ausschuss war und das war keine Kleinigkeit. Die Stadt Graz hat eines der größten Sanierungsprogramme über die ganzen Perioden hindurch gemacht und gleichzeitig auch begonnen, Wohnhausanlagen, die Heizungsanlagen schon drinnen hatten, oder wo sie früher, das muss man ja auch wissen, dass große Mieter und

Mieterinnen, die Gott sei Dank ein Einkommen hatten, ein besseres, sich die Heizungsanlagen selber eingebaut haben, weil es die Stadt früher nicht gemacht hat. Man muss also schlichtweg sagen, nicht immer haben alle die Gemeindewohnungen interessiert. Das muss man schon sagen, denn sonst wären sie nicht in diesem Zustand gewesen. Wir haben da aber immer auf Freiwilligkeit gesetzt, da Sie das kritisieren, dass dort die eine oder andere mit festen Brennstoffen heizt. Das tut eh keiner aus Mutwilligkeit, aber das hat schon auch ein wenig damit zu tun, dass in dieser Situation, wie sie jetzt ist, manche gar keinen anderen Ausweg, und wir reden da größtenteils von älteren Damen und Herren, und zwingen tun wir niemanden, weil die Situation jetzt einkommensmäßig wirklich nicht rosig ist und auf die leichte Schulter zu nehmen ist. Die paar wenigen Einzelöfen, die bei uns hier noch sind, die machen die Feinstaubproblematik in Graz nicht aus. Ich bitte wirklich, die Kirche im Dorf zu lassen. Worauf wir sehr stolz sind, dass unsere städtischen Gemeindewohnungen nicht nur, was Photovoltaikanlagen betrifft, sondern auch beim Neubau wir das auch immer automatisch drinnen haben, weil das auch eine Auflage der Förderungen vom Land Steiermark ist. Wenn etwas vom ökologischen Gesichtspunkt her wirklich top, nicht nur saniert wird, sondern auch ein Neubau ist, dann sind das unsere Übertragungswohnungen und unsere Gemeindewohnungen. Die weisen den höheren Standard auf. Besser als die meisten frei finanzierten Wohnhäuser, das muss ich wirklich sagen und ich denke, dass das, Herr Kollege Winter, Ihr Stadtrat, der in der letzten Periode zuständig war, bestätigen kann. Auch wenn es jetzt nicht mehr so ist, aber fünf Jahre haben Sie ja doch die Verantwortung für dieses Ressort gehabt. Ich möchte Ihnen nur zur Information sagen, allein bei den thermischen Sanierungen 2015 bis 2021 sind 952 Wohneinheiten thermisch saniert worden, mit einem Gesamtvolumen von 32 Mio. Euro. Und jetzt in dem Doppelbudget haben wir allein 240 Wohneinheiten, das ist ein Großteil jetzt in der zweiten Hälfte und im nächsten Jahr mit über 18 Mio. Euro und das ist natürlich und selbstverständlich im Doppelbudget auch bedeckt. Alles andere wäre ja seltsam, wenn wir diese Planungen und in Bau befindlichen thermischen Sanierungen nicht auch budgetär abdecken. Was sein kann, dass nächstes Jahr die Baukosten noch einmal steigen und dass das eine

oder andere Wohnhaus sich dann nicht mehr mit dieser Summe ausgeht. Das wäre denk möglich, aber ansonsten sind genau diese Wohnobjekte, die wir Ihnen gerne nicht im nächsten Jahr, das können wir im nächsten Wohnen Graz Verwaltungsausschuss auch präsentieren, damit Sie sehen, welche Wohnobjekte werden thermisch saniert. Das haben wir seit Jahrzehnten in Wirklichkeit so gehandhabt. Sind Sie im Ausschuss? Dann müssten Sie das eigentlich auch wissen, dass wir das immer belegen und eigentlich auch immer genauestens aufzeigen. Auch was den Heizwärmebedarf und natürlich so gesehen den Co₂-Mehrwert schaffen, aber die Kollegin Würz-Stalder hat natürlich in ihrer Wortmeldung Recht, wenn es oft, wir haben z.B. auch Wohnhäuser, die in Passivhausweise errichtet wurden und wenn die von den Mietern her nicht richtig genutzt wird, dann ist oft der vermeintliche Effekt oder der erwünschte Effekt oft auch nicht eingetreten. Aber in der Tendenz kann man sagen, dass natürlich die Bewohner und Bewohnerinnen sich bei der thermischen Sanierung bei den Heizkosten einiges ersparen. Der soziale Aspekt wird im Übrigen bei den Heizkosten Gott sei Dank durch die Mietzinszahlung bei uns auch aufgefangen. In diesem Sinn Dringlichkeit, weil es insgesamt ein wichtiges Thema ist, aber beim Inhalt da würde ich meinen Kollegen und Kolleginnen im Wohnungsamt sagen, sie tun ja nichts. Deshalb stimmen wir dem Inhalt nicht zu (*Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (17.35 Uhr).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgermeisterin. Ich würde gerne deinen letzten Satz aufgreifen und würde damit nicht meinen, dass du deinen Mitarbeiter:innen in dieser Abteilung ausrichtest, sie würden nichts tun. Sie können einfach nichts tun, weil das Budget nicht freigegeben ist, würde ich sagen. Ich behaupte auch, das ist in Wetzelsdorf in einer Siedlung heuer im Frühling von der Hausverwaltung auch ein Rundgang bei den Bewohnerinnen und Bewohnern gewesen

mit dem Hinweis, dass sie an den Hauswänden für jene Wohnungen mit kleinem Gartenbereich keine Blumen aufstellen sollen in diesem Sommer, weil das Haus eingerüstet wird, weil die thermische Sanierung und auch die neuen Fenster kämen. Bis heute steht kein Gerüst an diesen Häusern, die Bewohnerinnen und Bewohner haben auch keine Information warum, das heuer nicht gemacht wird. Jetzt kann man natürlich sagen, aus budgetären Gründen, aber ...

Zwischenruf Bgm.ⁱⁿ Kahr: Das hat damit zu tun, dass es sich um ein parifiziertes Haus handelt und wir die Zustimmung auch der Eigentümer in dem Haus brauchen. Weil dort sind nicht nur Mieter, früher war es ja Praxis, dass man Gemeindewohnungen auch kaufen konnte und da braucht man dann die Zustimmung der Eigentümer.

CO GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Aber das sollte man dann den Mietern irgendwo einmal erklären.

Zwischenruf Kahr:

Ich weiß nicht, du sagst das jetzt so allgemein. Wenn du jetzt konkret eine Hausnummer weißt, dann sag sie bitte, dann kann man das den Kolleg:innen sagen, damit diese Information stattfindet. Ich weiß nicht, von welchem Haus du sprichst.

CO GRⁱⁿ Gmeinbauer:

Das gebe ich dir nachher gerne bekannt, aber ich möchte das einfach da lassen, dass dahingehend etwas in Aussicht gestellt wurde, das die Stadt Graz als Eigentümer betrifft und nicht gemacht wurde. Wenn wir eben von thermischer Sanierung sprechen, sollten wir bei unseren Häusern als Erstes anfangen, um diesen Menschen

den zukünftigen Heizkostenzuschuss bzw. auch die erhöhten Heizkosten und Stromkosten in weiterer Folge einsparen zu helfen. Danke (*Appl.*).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr**:

Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, dann bitte der Antragsteller zum Schlusswort.

GR **Huber**:

Vielen Dank, ich bin wieder im Ausschuss und das soll ja auch nicht heißen unser Antrag, dass bis jetzt nichts getan wurde, sondern wir müssen als Stadt Graz jetzt richtig Fahrt aufnehmen in diesem Bereich und das möchten wir mit diesem Antrag....

*Bgm.ⁱⁿ **Kahr** lächelt.*

GR **Huber**:

... so witzig finde ich das gar nicht, Frau Bürgermeisterin, aber wie gesagt, ihr stimmt nicht zu, ich hoffe, dass die Grünen dabei sind und die anderen Parteien, dann werden wir das hoffentlich noch durchbringen. Danke (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Neos, ÖVP und FPÖ) abgelehnt.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wir kommen nun zum nächsten dringlichen Antrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Sissi Potzinger. Hier geht es um die frei werdende Mittel auf Grund der Maßnahmen des Landes Steiermark im Zusammenhang mit den Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen.

8.3 Frei werdende Mittel auf Grund der Maßnahmen des Landes Steiermark sollen in Graz im Kinderbildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen verbleiben (GRⁱⁿ Elisabeth Potzinger, ÖVP)

GRⁱⁿ **Potzinger:**

Ich danke für das Wort, Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren im Livestream und auf der Galerie. Es geht um den Anfang des Lebens, um die Betreuung unserer größten Schätze, der Kinder. Wir haben früher über die brisante Personalsituation im Geriatriischen und Pflegebereich gesprochen, genauso brisant ist die Personalsituation in der Kinderbetreuung. Herr Stadtrat Hohensinner hat am Dienstag eingeladen zum Pflegegipfel, vielen Dank. Auch Bürgermeisterin und Herr Finanzstadtrat waren anwesend. Frau Sonja Punkenhofer hat seitens des Amtes sehr anschaulich und ausführlich dargestellt, wie brisant die Personalsituation jetzt schon ist und wie sie sich auch in den nächsten Jahren aufgrund der demografischen Entwicklung weiter verschärfen wird. Nun wissen wir, erfreulicherweise, vom Herrn Bildungsstadtrat Amon, dass es mehr Mittel seitens des Landes geben wird, um Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen zu unterstützen, konkret geht es um die Sozialstaffelung in den Kindergruppen, die derzeit eine freiwillige Leistung der Stadt Graz ist. Das wird vom Land übernommen und auch die überschneidenden Zeiten zur Mittagszeit. Daher mein dringlicher Antrag, diese dadurch frei werdenden Mittel aufgrund der Maßnahmen des Landes Steiermark sollen in Graz in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen verbleiben. Damit habe ich zusammengefasst, worum es in meinem Antrag geht, der bekannt ist.

Es geht um diese 5 bis 7 Millionen Euro, die dann seitens des Landes zusätzlich in den Stadtsäckel fließen und wir wollen, dass jedenfalls diese Mittel im Bereich der Kinderbildung und -betreuung eingesetzt werden. Daher darf ich namens des ÖVP Gemeinderatsclubs den

dringlichen Antrag stellen:

Herr Finanzstadtrat Manfred Eber wird dringend ersucht, sämtliche Möglichkeiten zu prüfen, die im Motivenbericht genannten freiwerdenden Mittel dem Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung zuzuordnen, insbesondere für eine Gehaltserhöhung der Pädagog:innen und Betreuer:innen, so wie in der Pflege auch hier in der Kinderbetreuung, die Personalnot hat kein parteipolitisches Mascherl, deshalb ersuche ich um möglichst breite Zustimmung. Danke (Appl.).

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrter Frau Bürgermeisterin!

Die Personalknappheit, die inzwischen zahlreiche Branchen erfasst hat, wird zunehmend auch im Kinderbildungs-und -betreuungsbereich zu einem großen Problem. Zu Beginn des heurigen Arbeitsjahres mussten private Betreiber einigen Gruppen wegen Personalmangels schließen oder auf Halbtagsbetrieb umstellen. Dies traf natürlich auch einige Familien in denen beide Elternteile berufstätig sind. Dank der erfolgreichen Bemühungen von Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner und der Abteilung für Bildung und Integration konnte zwar den meisten Familien geholfen werden, doch die Lage bleibt weiterhin angespannt. Es ist daher dringend erforderlich, mit entsprechenden Maßnahmen Anreize zu schaffen, damit die Versorgungssicherheit bei der Kinderbetreuung auch im kommenden Kindergartenjahr und in weiterer Zukunft gewährleistet ist. Bildungsstadtrat Kurt Hohensinner hat ja bereits im März 2022 ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt, von dem einige Teile bereits umgesetzt

sind – Stichwort Überschneidungsstunde. Ein wesentlicher Teil, nämlich die der Lohnerhöhung für Pädagog:innen und Betreuer:innen, wartet aber noch auf eine Umsetzung. Eine Forderung, die die ÖVP im Übrigen bereits im Dezember des letzten Jahres per dringlichem Antrag gestellt hat.

Erfreulicherweise hat das Land Steiermark dank der Initiative von Bildungslandesrat Werner Amon ein Entlastungspaket für die Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen geschnürt, wodurch es zu einer wesentlichen Entlastung für die Gemeinden kommt. Das Land übernimmt die Kosten für die Sozialstaffel in den Kinderkrippen. Auch die Kosten für die Überschneidungszeiten werden vom Land Steiermark übernommen. Dadurch werden im Budget der Stadt Graz jährlich 5 bis 7 Millionen Euro frei. Diese Mittel dürfen nicht im allgemeinen Budget versickern, sondern sind Geldmittel, die unbedingt in den Kinderbildungs- und Betreuungsbereich zurückfließen müssen!

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Herr Finanzstadtrat Manfred Eber wird dringend ersucht, sämtliche Möglichkeiten zu prüfen, die im Motivenbericht genannten freiwerdenden Mittel dem Bereich der Kinderbildung und Kinderbetreuung zuzuordnen, insbesondere für eine Gehaltserhöhung der Pädagoginnen und Betreuerinnen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Liebe Zuhörer:innen, lieber Stadtsenat, lieber Gemeinderat, liebe Gemeinderätin Potzinger, liebe Sissi. Ich glaube, wir kämpfen hier ja immer auf der gleichen Seite und auch in diesem Fall findet ihr uns als Mitstreiter:innen. Ich glaube, für die Dringlichkeit brauchen wir jetzt keine Lanze mehr brechen, das ist eh klar. Was ich auf jeden Fall

spoilern kann, wir kämpfen zwar auf der gleichen Seite, aber mit unterschiedlichen Ansätzen. Deswegen wird es dann seitens der SPÖ, Grünen und KPÖ auch einen und das wird dich jetzt freuen, Zusatzantrag geben. Auch als Zeichen, dass wir auf der gleichen Seite ohne parteipolitisches Mascherl kämpfen. Ich glaube einfach nur, das braucht es und zur Dringlichkeit, da sind wir uns eh einig.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Wünscht zur Dringlichkeit noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung der Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

StR **Hohensinner:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Ich möchte mich bei allen Ausschussmitgliedern bedanken. Wir hatten am vergangenen Dienstag eine Ausschusssitzung bzw. einen KIBET-Gipfel, wo wir noch einmal alles diskutiert haben, wo jeder von uns auch Ideen einbringen konnte, und ich habe das äußerst konstruktiv empfunden und ich glaube, das ist jetzt das ganz wichtige Zeichen, das wir an alle Pädagog:innen und Betreuer:innen senden müssen. Es ist sehr lange diskutiert worden. In der Steiermark, im Bund, eigentlich europaweit. Ich habe unlängst einmal eine Bekannte bei mir im Büro gehabt, die hat gesagt, auch in Deutschland ist es ähnlich, dass es leider kein Personal mehr gibt, und bei dieser Ausschusssitzung haben wir noch einmal die Gründe diskutiert. Das ist zum einen, dass wir sehr stark ausgebaut haben in Graz. Wir haben zum anderen auch die Ausbildung wahrscheinlich nicht zeitgerecht angepasst, das trifft aber nicht nur uns in Graz, sondern da sind andere zuständig, und die Rahmenbedingungen im Allgemeinen sind auch nicht optimal gewesen. Da hat es doch einige in andere Bereiche dann quasi gebracht. Mich freut es, dass wir im März ein Grazer Paket beschließen konnten, wo wir doch einige

Maßnahmen bereits umgesetzt haben. Weil das die Übergangsstunden sind oder diverse Ressourcen, die wir zusätzlich den Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen bereitgestellt haben. Ein Punkt ist eben noch nicht umgesetzt, das ist die Erhöhung der Gehälter, und mich freut es, dass wir jetzt einen gemeinsamen Weg gewählt haben. Danke auch an die Frau Gemeinderätin Schlüsselberger, dass wir jetzt keinen Abänderungsantrag wieder hier eingebracht bekommen haben, weil sonst hätten wir wieder herumdiskutiert. So gibt es den Auftrag an den Finanzstadtrat zu prüfen, ob wir diese Mittel, wenn sie frei werden, durch die Übernahme der Kinderkrippensozialstaffel für den Elementarpädagogikbereich verwenden können und meine Abteilung wird alle anderen Fragen klären und wenn es gut geht, und das ist wirklich mein Wunsch und ich glaube das werden wir hinbekommen, dann könnten wir spätestens im September 2023 den Betreuer:innen und Pädagog:innen mehr bezahlen, das haben sie sich verdient. Das wird nicht alle Probleme lösen, aber es ist eine Stellschraube, die dringend gedreht gehört, und ich möchte mich wirklich bei allen Mitgliedern im Gemeinderat bedanken, dass wir hier eine Einstimmigkeit erzielen. Vielen Dank (*Appl.*).

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Aygan-Romaner:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, sehr geehrte Stadtregierung, niemand mehr auf der Galerie, hoffentlich jemand online. Ich war am Dienstag tatsächlich auch auf diesem Kinderbildungs- und Betreuungsgipfel. War wirklich eine konstruktive Atmosphäre, wo wir wieder einmal gesehen haben, dass es unglaublich viele Stellschrauben braucht, die man gleichzeitig drehen muss und deswegen bin ich sehr froh, dass auch Mittel frei werden durch die Übernahme von Kosten durch das Land. Ich würde mich freuen, wenn da mehr Mittel frei werden können durch mehr Übernahme durch das Land bzw. durch den Bund, und wir reden hier jetzt über 5 bis 7 Mio. Euro, das ist nicht wenig, deswegen muss man schon sehr behutsam damit umgehen und wirklich auch prüfen, welche Maßnahmen wir einfach fördern wollen bzw. finanzieren wollen. Wir wissen einfach, dass der akute Personalmangel das vorrangigste Problem in der

Elementarbildung ist. Da braucht es einfach eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und die Pädagog:innen nennen als aller Erstes eben die besseren Arbeitsbedingungen, nämlich die Rahmenbedingungen, dass weniger Kinder pro Gruppe sind, dass einfach der Betreuungsschlüssel angepasst wird und da wird es natürlich Finanzierungen brauchen, weil einfach noch viel mehr Betreuer:innen notwendig sein werden. Es wird Pensionierungswellen geben und und und. Da gib es sehr viele Stellschrauben, deswegen müssen wir wirklich schauen, dass wir hier immer in Rücksprache auch mit dem Bildungsausschuss bzw. im Gemeinderat, in der Regierung über diese Mittel bleiben und nicht uns auf diese Erhöhung der Bezüge auf 200 Euro nur festlegen, sondern wirklich breit das ansehen. Deswegen die Dringlichkeit ist sowieso gegeben und im Inhalt eben diese Kommentare von mir und ich glaube, die Daniela bringt dann auch noch etwas ein.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ (FH) **Schlüsselberger:**

Dankeschön, noch einmal. Was bleibt noch zu sagen, wenn schon alles gesagt ist? Eigentlich eh nicht mehr viel. Unsererseits gibt es eben, wie angekündigt, einen Zusatzantrag aus dem ganz pragmatischen Grund, dass es einfach unserer Meinung nach einfach einer strukturierteren Vorgangsweise bedarf, als einfach nur das Geld zu fixieren. Sondern, wie unser Stadtrat Hohensinner gesagt hat, wir werden uns das ein bisschen genauer anschauen müssen, wir werden ein wenig vorplanen müssen, um dann das Bestmögliche rauszuholen, weil es eben eigentlich nur nichts Geringeres als das Bestmögliche für unsere Pädagoginnen und Pädagogen braucht. Deswegen freut es mich heute, dass wir mit breiter Mehrheit folgenden Zusatzantrag einbringen dürfen, dass eben im Namen der KPÖ, Grünen und des SPÖ-Gemeinderatsklubs gemäß dem Motivenbericht einfach der Grundantrag um die Prüfung der budgetären Mittel, um eine strukturierte Vorgehensweise der Zuteilung und auch Evaluierung, wie viel es denn wohl in welchem Bereich jetzt wofür braucht. Er soll einfach ergänzt werden, und wir bitten und hoffen und denken, es wird eine breite Annahme im Sinne der

Pädagog:innen und am Ende des Tages im Sinne und im besten Sinne für unsere Liebsten, für unsere Kinder. Dankeschön (Appl.).

Originaltext des Zusatzantrages:

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Absicherung einer qualitativ wie auch quantitativ bestmöglichen Kinderbildung und –betreuung. Insofern gilt es, sich auf die Herausforderungen, die kurz-, mittel- und langfristig auf die Kinderbildung und -betreuung unter anderem durch die aufgrund der Teuerung notwendigen Gehaltssteigerungen, auf die vom Land beschlossene schrittweise Reduzierung der Gruppengrößen sowie auf die notwendige Attraktivierung der Rahmenbedingungen als Antwort auf bevorstehende Pensionierungswellen zukommen, vorzubereiten. In diesem Sinne wird daher die zuständige Abteilung beauftragt,

- 1. als Grundlage für eine Berücksichtigung der budgetären Erfordernisse des kommenden Jahres sowie für eine seriöse Einpreisung in die Mittelfristplanung die Mehrkostenentwicklung
 - a) in Hinblick auf die seitens des Landes festgelegte schrittweise Reduktion der Gruppengrößen bis 2027/28 von 25 auf 20 im Personalbereich*
 - b) sowie in Hinblick auf die zu erwartenden Gehaltssteigerungen für 2023 und 2024 (auf Basis des Bundesabschlusses für den öffentlichen Dienst) zu berechnen, sowie**
- 2. eine Vorschau betreffend Entwicklung des Personalstandes in Hinblick auf zu erwartende Pensionierungen bis 2027/28 auszuarbeiten.*
- 3. Anhand dieser Ergebnisse wird die Finanzdirektion ersucht zu prüfen, für welche Leistungen die im Motivenbericht genannten freiwerdenden Mittel im Bereich der Kinderbildung und –betreuung Verwendung finden können.*

Dem Gemeinderat sind bis zur Dezembersitzung die entsprechenden Berichte vorzulegen.

StR Hohensinner:

Ich möchte mich auch an dieser Stelle bei der Abteilung bedanken. Die Sonja Punkenhofer war mit dabei bei der Sitzung, Günter Fürntratt, und möchte nur sagen, dass diese Fragen, die jetzt im Zusatzantrag formuliert sind, zum Teil auch, oder zum großen Teil auch, schon vergangenen Dienstag beantwortet wurden. Der Vortrag der Abteilung, der war sehr umfangreich. Wir haben die Auswirkungen gehört, was passiert, wenn wir von 25 auf 20 Kinder zurückgehen, wie viele Plätze fallen weg, wie viele Plätze müssen wir kompensieren, wie ist die Kostenentwicklung und vieles mehr. Ich möchte schon sagen, wenn man das nur so dastehen lässt, würde man den Glauben erwecken, dass wir im Ausschuss diese Detailfragen nicht vorgetragen bekommen haben, und da hat die Abteilung wirklich sehr umfangreich berichtet und dafür ein großes Danke an die Abteilung (*Appl.*).

GRⁱⁿ Naghibi:

Guten Tag allerseits. Seit bald einem Jahrzehnt bin ich selbst im Arbeitssektor der Elementar- und Hortpädagogik tätig und ich liebe diesen Beruf nach wie vor. Wieso? Wegen dem Kinderdienst natürlich an erster Stelle, wegen der Kooperationen der Partizipation bei Eltern, wegen der Teamarbeit mit engagierten, kompetenten, empathischen und sehr solidarischen Kolleginnen und Kollegen, gerade in der Krisenzeit jetzt zeigt sich das tagtäglich. Wieso sage ich das gerade jetzt hier? Weil mir diese Tatsache als Richtschnur dient in meiner Arbeit als Gemeinderätin der KPÖ und auch als Bildungssprecherin und es war und ist uns in der KPÖ immer schon ein sehr großes Anliegen gewesen, gemeinsam mit politisch Verantwortlichen der diversen zuständigen Abteilungen an Problemlösungsstrategien für Verbesserungen der Rahmenbedingungen zu arbeiten. In diesem Sinne begrüßt und unterstützt die KPÖ den dringlichen Antrag zum Erhalt finanzieller Mittel für die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, so wie wir uns das als Oppositionspartei im Steiermärkischen Landtag auch wünschen und seit langem schon anstreben. Dieser dringliche Antrag zeigt auch von der Einsicht, dass getan werden muss, was getan

werden kann, um Rahmenbedingungen zu verbessern, denn nur das sichert eine qualitativ hochwertige Bildungs- und Beziehungsarbeitsplätze und ein Ende der Personalfucht. Bitter ist aber, dass diese Einsicht erst dann kommt, wenn die ÖVP nach mehreren Regierungsperioden keinen Finanzstadtrat mehr stellt und das Budget quasi ausgeblutet ist. Das muss man auch einmal an dieser Stelle anmerken. Seit Jahrzehnten kommunizieren nämlich das pädagogische Personal und auch Experten auf dem Gebiet und genauso lange haben politisch Verantwortliche das ignoriert und ja, jetzt haben wir den Salat. Im Gegensatz zu anderen Parteien hatte bzw. hat die KPÖ keine Bundespartei, die in dieser sehr wichtigen sozialen und bildungspolitischen Agenda entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip ihre Verantwortung übernehmen und auch von dort aus unterstützen und arbeiten kann. Oder etwa eine Landespartei, die in der Regierung sitzt. Hierbei bleibt unser Appell, die Zusammenarbeit zwischen dem bildungspolitischen Amt der Stadt Graz und dem Land Steiermark im Sinne des Wohles der Kinder, ihrer Familien und auch der Angestellten in diesem Bereich fortzuführen. Im Grazer Gemeinderat können wir erfreulicherweise gemeinsam mit unseren Koalitionspartner:innen so wirken und unterstützen, dass wir konstruktive effiziente und gerechte Lösungen mitfinanzieren, sodass sich die Rahmenbedingungen für alle, die einen Tag in so einer Kinderbildungs- und Betreuungsstätte verbringen, verbessern und Eltern sich auch eines Platzes sicher sein können. Daher bitte ich auch um breite Unterstützung und danke Ihnen (Appl.).

GRⁱⁿ Potzinger:

Kurz und bündig. Danke für den breiten Konsens. Danke dem Stadtrat und der Abteilung für die wirklich großartige Arbeit, damit unsere Kinder bestmöglich betreut und gefördert werden können und bitte um Annahme.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

8.4 Genehmigungsverfahren für PV-Anlagen im Altstadtbereich (GRⁱⁿ DIⁱⁿ Alexandra Würz-Stalder, Grüne)

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Liebe Anwesende, liebe Anwesende am Livestream. Wir haben heute schon des Öfteren über Energie gesprochen und wir wissen, dass die Klimakrise, Energieversorgungskrise, aber auch Energiepreiskrise im Moment viele Bürgerinnen und Bürger beschäftigt und betrifft. Das Erneuerbare-Ausbau-Gesetz vom Juli 2021 sieht vor, dass Österreich bis 2040 klimaneutral ist. Es sieht auch vor, dass bis 2030 der gesamte Stromverbrauch zu 100 % von erneuerbaren Energien gedeckt wird. Das heißt, in Österreich geht es hierbei um eine jährliche Stromerzeugung von 27 TWh. Das heißt aber auch, z.B. in dem Plan ist vorgesehen, eine Million Dächer mit Klein-Photovoltaikanlagen zu versehen. Für die Steiermark bedeutet das 157.000 Photovoltaik-Kleinanlagen.

Damit sagt der Gesetzgeber, dass es wichtig ist, Flächen zu schonen, wenn diese z.B. auf Dächern aufgebracht wird, denn damit werden Boden und Agrarflächen geschont und auch damit die Lebensmittelversorgung und die Freiraumnutzung für uns alle gesichert. Zur Deckung des jährlichen Strombedarfs in Graz benötigen wir 2000, oder der Stromverbrauch beträgt 2000 GWh, und zur Deckung dieses Strombedarfs über Photovoltaikanlagen würde eine Fläche benötigt von etwa 2400 ha. Interessant dabei ist, dass dem eine Dachfläche gesamtheitlich in Graz von 1700 ha gegenübersteht. Das heißt, eine Dachfläche, die zu einem beträchtlichen Teil genutzt werden könnte oder kann. Diese Zahlen veranschaulichen, dass die Dachflächen bestmöglich für die Energiegewinnung genutzt werden müssen. Das bringt zum einen Versorgungs-, aber auch Kostensicherheit für die Stromkonsument:innen und bewahrt eben, wie schon gesagt, gleichzeitig wertvolle Bodenflächen in Graz. Aber sie schont auch Bodenflächen im Umland von Graz. Sie wissen, dass die Steirische Landesregierung sich kürzlich entschlossen hat, etwa 970 ha Energiegewinnung durch Photovoltaikanlagen am Boden sich zu erschließen. Das Interesse an der Stromgewinnung über Dachflächen ist extrem gestiegen, ist mehr oder weniger explodiert.

Auch in Graz ist das Interesse sehr hoch, das kann man erkennen an vielen Anträgen, Fragestellungen, Informationseinholungen. In Graz gibt es auch einen sehr großen Gebäudebestand mit geneigten Dachflächen, die vor allem typischerweise im gründerzeitlichen Stadterweiterungsgebiet zu finden sind. Die sind im Besonderen geeignet für die Errichtung von Photovoltaikanlagen. Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz sichert aber im Interesse der Öffentlichkeit die Erhaltung dieses schützenswerten Gebäudebestandes mit besonderem Augenmerk auf die Dachlandschaft. Dabei nimmt eine besondere Rolle das Weltkulturerbe ein, dieses wird im Besonderen geschützt. Es ist absolut sozusagen nicht erlaubt, dort bauliche Änderungen, oder so wie die Errichtung einer PV-Anlage, vorzunehmen. Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs allerdings, wie eingangs schon beschrieben, führt dies zu einem Interessenskonflikt, der bei vielen Bürger:innen, die PV-Anlagen errichten wollen, auf Unverständnis stößt. Das Verfahren zur Abklärung, ob PV-Anlagen in den jeweiligen Schutzzonen errichtet werden können oder nicht, sind oft sehr langwierig und oftmals für Antragsteller:innen schwer nachvollziehbar. Gleichzeitig gibt es ziemlich interessante technologische Entwicklungen, die eigentlich eine ortsbildverträgliche Ausführung von Photovoltaikanlagen zulässt. Es lässt auf eine Entschärfung dieses Interessenskonflikts hoffen. Die Stadt Graz arbeitet auch an der Aktualisierung des Photovoltaikkatasters. Die Stadt Graz verfügt über einen solchen. Sie arbeitet daran, die Informationstiefe zur Frage der Nutzung von Dächern über PV-Anlagen zu vertiefen. Will sie verbinden mit Aussagen zur Förderfähigkeit und natürlich wird auch das Altstadterhaltungsgesetz in diesen Plan einbezogen werden. Dies alles spricht dafür, dass man Erleichterungen schafft von Seiten des Gesetzgebers, des Landesgesetzgebers, um Anlagen im urbanen Raum auf Dächern, Fassaden, aber auch auf bei Parkplätzen oder Wartehäuschen zu vereinfachen und damit auch zu fördern.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Steiermärkische Landtag wird auf dem Petitionswege ersucht, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die der Stadt Graz die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren von Photovoltaik-Anlagen im geschützten Altstadtbereich ermöglichen. Die Schutzzone zum Erhalt des UNESCO-Weltkulturerbes ist hiervon jedenfalls auszunehmen.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Klimakrise, Energieversorgungskrise und die stark steigenden Energiepreise führen uns deutlich vor Augen, wie dringend der Umstieg auf erneuerbare Energie ist.

Das Erneuerbare-Ausbau-Gesetz vom Juli 2021 ist der Beitrag Österreichs, um die Klimaschutzziele des Pariser Klimaschutzabkommens 2015 sowie der Europäischen Union umzusetzen und legt so den Grundstein zur Klimaneutralität Österreichs bis 2040. Ziel ist es, den gesamten Stromverbrauch Österreichs ab dem Jahr 2030 zu 100% aus erneuerbaren Energien zu decken und die jährliche Stromerzeugung durch Erneuerbare um 27 TWh zu steigern. Bundesweit sollen Photovoltaikflächen für 11TWh errichtet werden oder anders beschrieben: eine Million Dächer sollen mit Photovoltaikflächen ausgestattet und damit solare, also erneuerbare Energie, gewonnen werden. Für die Steiermark sieht der Ausbauplan 157.000 Photovoltaik-Kleinanlagen vor.

Damit bringt der Gesetzgeber zum Ausdruck, dass durch die bevorzugte Nutzung von Dächern unversehrte Boden- und Agrarflächen geschont und die Lebensmittelversorgung aber auch Freiraumnutzung gesichert werden soll.

Laut dem Klimaschutzplan Graz, Teil 1 Eröffnungsbilanz (Gemeinderatsbeschluss vom 24.02.2022), lag der Gesamtenergieverbrauch der Grazer Bevölkerung im Jahr 2019 bei 5.554 GWh Energie. Der aktuelle Bericht des Stadtrechnungshofes „Was geht Graz das Klima an“ zeigt, dass eine Fläche von rund 6.664 ha für Photovoltaikanlagen benötigt würde, um diesen Verbrauch zu decken. Dies entspricht etwas mehr als der Hälfte der Grazer Stadtfläche. Zur Deckung des jährlichen Strombedarfs in Graz von 2.000 GWh hingegen bedarf es einer Photovoltaikfläche von 2.400 ha. Dem gegenüber stehen

Dachflächen von derzeit etwa 1.700 ha im Grazer Stadtraum, von der ein beträchtlicher Teil auch genutzt werden könnte.

Diese Zahlen veranschaulichen, dass die Dachflächen bestmöglich zur Energiegewinnung genutzt werden müssen, um die Deckung des Grazer Strombedarfs durch erneuerbare Energie bis 2030 zu erreichen. Das bringt Versorgungs- aber auch Kostensicherheit für die Stromkonsument:innen und bewahrt gleichzeitig die wertvolle Bodenflächen in Graz. Damit schont Graz aber auch die wertvollen Boden- und Ackerflächen im steirischen Umland, zu deren Nutzung zur Energiegewinnung sich die steirische Landesregierung kürzlich entschlossen hat.

Das Interesse an der Stromgewinnung durch Photovoltaikanlagen steigt besonders in diesem Jahr: Die Energie Agentur Steiermark berichtet von einer landesweit explodierenden Nachfrage: Bis Ende April wurden heuer bereits so viele Anträge zur Errichtung von PV-Anlagen eingebracht, wie davor im Zeitraum eines ganzen Jahres. Das gesteigerte Interesse ist also auch in Graz wahrnehmbar. Besonders im Gebäudebestand mit geneigten Dachflächen, vor allem typisch für die historische, gründerzeitliche Stadterweiterung, bietet sich die Errichtung von Photovoltaikanlagen an.

Das Grazer Altstadterhaltungsgesetz sichert im Interesse der Öffentlichkeit die Erhaltung von schützenswertem Gebäudebestand mit besonderem Augenmerk auf die Dachlandschaft. Es definiert die Schutzzone zum Erhalt des Weltkulturerbes, für die bauliche Änderungen wie die Errichtung einer herkömmlichen PV-Anlage weitgehend ausgeschlossen sind. Die „Pufferzone“ sowie die weiteren Schutzzonen zur Altstadterhaltung lassen unter bestimmten Bedingungen die Errichtung von PV-Anlagen aus Sicht des Ortsbildschutzes, d.h. des Grazer Altstadterhaltungsgesetzes zu, sind aber durch ein gutachterliches Verfahren genehmigungspflichtig.

Angesichts des dringenden Handlungsbedarfs, wie eingangs beschriebenen, führt dies zu einem Interessenskonflikt, der bei vielen Bürger:innen, die PV-Anlagen errichten wollen, auf Unverständnis stößt. Das Verfahren ist langwierig und komplex, die Gründe für die Untersagung der Errichtung einer PV-Anlage sind für die Antragsteller:innen oft nur schwer nachvollziehbar.

Gleichzeitig lassen neue technologische Entwicklungen zur ortsbildverträglichen Gestaltung und Ausführung von Photovoltaikanlagen auf eine Entschärfung dieses Interessenskonflikts hoffen. Derzeit arbeitet die Stadt Graz an der Aktualisierung des Photovoltaikkatasters, um vertiefende Informationen zur förderfähigen Nutzung von Dächern für PV-Anlagen im Grazer Stadtgebiet abrufbar zu machen. Dabei werden auch die verschiedenen Schutzzonen und ihre Schutzarten Berücksichtigung finden. Von einem höheren Maß an Planungssicherheit durch diese Informationsebene kann ausgegangen werden.

Dies alles spricht dafür, die landesgesetzlichen Grundlagen anzupassen, um die Errichtung von PV-Anlagen im urbanen Raum, wie auf Dächern, Fassaden, aber auch bei Parkplätzen oder Wartehäuschen zu vereinfachen und damit auch zu fördern. Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

dringlichen Antrag:

Der Steiermärkische Landtag wird auf dem Petitionswege ersucht, die entsprechenden gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, die der Stadt Graz die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren von Photovoltaik-Anlagen im geschützten Altstadtbereich ermöglichen. Die Schutzzone zum Erhalt des UNESCO-Weltkulturerbes ist hiervon jedenfalls auszunehmen.

GR Huber:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Alexandra. Zuerst einmal Entschuldigung, wir haben deinen Namen falsch geschrieben beim Antrag, das war keine Absicht.

Zwischenruf GRⁱⁿ DIⁱⁿ Würz-Stalder: Das ist keine Seltenheit.

GR Huber:

Aber jetzt gleich die offizielle Entschuldigung dafür.

Danke für deinen Antrag, den wir als sehr wichtig empfinden und daher auch unterstützen. Wir werden auch einen Zusatzantrag einbringen, den ich jetzt einbringen darf. Auf die Nutzung von Sonnenenergie für die Bereitung von Warmwasser darf bei zukünftigen Überlegungen des Klimaschutzes nicht vergessen werden. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs zum angeführten dringlichen Antrag den

Zusatzantrag:

Die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren im geschützten Altstadtbereich soll auch auf Solarthermie-Anlagen erweitert werden.

Vielen Dank (Appl.).

Originaltext des Zusatzantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Auf die Nutzung von Sonnenenergie für die Bereitung von Warmwasser darf bei zukünftigen Überlegungen des Klimaschutzes nicht vergessen werden. Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs zum angeführten Dringlichen Antrag den Zusatzantrag: Die Vereinfachung der Genehmigungsverfahren im geschützten Altstadtbereich soll auch auf Solarthermie-Anlagen erweitert werden.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Sehr geehrte Kolleg:innen, dass wir für die Dringlichkeit des Antrages sind, dem haben wir gerade Ausdruck gegeben. Der Antrag ist meiner Meinungen nach nicht einmal dringlich, sondern eigentlich überfällig. Dass es erleichtert wird, Solaranlagen auf Dächern anzubringen, das ist ein Wunsch, den ich schon lange habe, vor allen Dingen, der immer dann wieder verstärkt wird, wenn ich über die österreichische Grenze in mein Heimatbundesland nach Bayern fahre. Ich habe das letztens von anderer Seite, von Vorarlberg aus, über die Landstraße getan, wo man immer wieder die Grenze hin und zurück überquert und man sieht da ganz deutlich, wo man gerade ist. Auch wenn keine Grenzschilder stehen; denn die Dächer in Bayern sind alle, nicht nur auf dem Land, sondern auch in den Städten, mit Solaranlagen bedeckt und auch mit Warmwasseraufbereitungsanlagen. Was daran liegt, dass es dort nicht nur ermöglicht wird, was auch einen langen Prozess gebraucht hat, denn auch in Bayern wurde lange mit Ortsbildschutz argumentiert, um das zu verhindern, dass Solaranlagen auf Dächern angebracht werden. Das weiß ich aus meinem Heimatort, da hat mein Vater im Gemeinderat dafür gekämpft, dass das geändert wird, sondern es wurde dann auch stark gefördert. Ich glaube, es ist allerhöchste Zeit, dass wir da auch hinkommen, denn wie schon vorher richtig gesagt wurde, Solarenergiegewinnung ist ein Zukunftsmodell der Energiegewinnung und es ist nicht sinnvoll, dafür wertvolle landwirtschaftliche Flächen einzutauschen für Energiegewinnung, sondern wir müssen die bereits versiegelten Flächen nutzen, um dort diese Energie zu fördern und deswegen stimmen wir natürlich in Dringlichkeit und Inhalt zu und wir werden natürlich auch gerne, Herr Huber, Ihrem Zusatzantrag zustimmen, der das auf Solarthermieranlagen erweitert, wie ich das ja vorher schon gesagt habe. Leider können wir dem Zusatzantrag der Neos...

*Zwischenruf GR Mag. **Pointner:** Der ist zurückgenommen.*

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther:**

Der ist zurückgenommen? Ok. Gut, dann hat sich das damit eh erledigt. Ich bin fertig mit meiner Wortmeldung. Danke.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Herzlichen Dank für die Erweiterung des Antrages, für den Zusatzantrag. Natürlich ist das auch ein Thema. Es freut mich, dass das auf so breite Zustimmung stößt und hoffe, dass wir das einstimmig annehmen. Danke.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag wurde einstimmig angenommen.

8.5 Inklusive Werbung – Initiative im Grazer Handel (GR Tristan Ammerer, Grüne)

GR Ammerer:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseher:innen im Livestream. Graz ist ja schon seit geraumer Zeit eine Musterstadt, wenn es um Inklusion geht. Wir haben ein äußerst gutes und produktives Verhältnis von der Politik in Graz mit den erstaunlichen, wirklich bewundernswerten Selbstvertreter:innen der Szene in unserer Stadt und hier gibt es eine extrem fruchtbare Zusammenarbeit. In vielen Bereichen sind wir weltweit Vorreiterstadt. Wir haben auch einen, der ist jetzt gerade nicht da, aber sehr engagierten Stadtrat, der dafür zuständig ist, der mein Kompliment jetzt nicht hört, aber man mag es ihm bitte ausrichten. Heuer gab es im Rahmen der Inklusionswoche in Graz ein ganz tolles Projekt. Dieses Projekt hieß „Inklusive Schaufenster“ und da ging es im Grunde darum,

dass Schaufenster in Grazer Innenstadtbetrieben so gestaltet werden, dass sie inklusiv sind. Dass Schaufensterpuppen mit sichtbaren Behinderungen in den Schaufenstern, nicht in einem Extraschaufenster, sondern ganz normal als Teil der Schaufenstergruppe dargestellt wurden. Das ist ein wunderbares Projekt, da darf man nur dem Herrn Behindertenbeauftragten von Herzen danken, der die Inklusionswoche so toll vorantreibt und auch den Vertreter:innen der Szene, die im Behindertenbeirat tolle, wichtige Arbeit leisten. Es war aber auch so, und das ist berichtet worden im Behindertenbeirat, dass es nicht ganz mühelos vonstatten gegangen ist, dass man Betriebe dazubekommen hat. Das hat verschiedene Gründe gehabt. Zum einen, wenn es Kaufhausketten sind, dann müssen die bis zur Konzernzentrale durchtelefonieren, bis sie ein Ok bekommen für eine Schaufensterumgestaltung, bei anderen war schlicht die Lust nicht allzu groß und sie haben einen Stups gebraucht, um da mitzumachen. Bei diesem Stups möchte ich einhaken, denn die Inklusionswoche ist etwas Wunderbares, aber diese Projekte und Inklusion in unserer Gesellschaft müssten an 365 Tagen im Jahr geschehen. Darum geht es ja in einer inklusiven Gesellschaft und die Projekte, die wir in dieser Woche gesehen haben, können nur Anstoß sein, das im restlichen Jahr genauso zu machen. Deshalb wäre es eine ganz wunderbare Geschichte, wenn unser zuständiger Wirtschaftsstadtrat und eben auch der Behindertenstadtrat gemeinsam mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt Graz eine Art Projekt entwickeln, wo Innenstadtbetriebe hergeholt werden und ihnen umfassendes Informationsmaterial geboten wird und Anstöße, ihre Schaufenster, aber auch ihr Werbematerial inklusiv zu gestalten. Für dieses Projekt, das kann man dann genau anschauen, wichtig ist, dass es in Zusammenarbeit mit dem Herrn Behindertenbeauftragten passiert, damit das in jeder Form passt und auch gut läuft, aber auch mit dem Herrn Wirtschaftsstadtrat, der den Kontakt zu den Betrieben hat und dort die zuständige Person ist. Ein solches Projekt würde ich mir wünschen, dann hätten wir diesen wunderbaren Moment der Inklusion eben in die dauerhafte Tat umgesetzt und daher stelle ich namens der grünen Fraktion im Gemeinderat folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stadträte für Wirtschaft sowie für Menschen mit Behinderung werden ersucht, in Kooperation mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt Graz und den zuständigen Abteilungen ein Konzept zur dauerhaften inklusiven Gestaltung von Werbematerialien und Schaufenstern für Grazer Betriebe zu erstellen. Die Ergebnisse sollen den Unternehmen in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Die Stadt Graz nimmt bei der Inklusion von Menschen mit Behinderung eine Vorreiterrolle ein und ist stets darum bemüht, Inklusion in allen Facetten zu leben und zu fördern. Graz soll auch weiter in dieser Vorreiterrolle bleiben und durch Projekte, die unsere inklusive Gesellschaft fördern, beispielgebend für andere Städte sein.

Mit Projekten wie der Grazer Inklusionswoche wird eine inklusive Gesellschaft zusätzlich gefördert. Selbstvertreter:innenorganisationen wird die Möglichkeit zur Präsentation und zum Dialog mit der Öffentlichkeit geboten. So wurde, neben zahlreichen anderen Aktivitäten, im Rahmen der diesjährigen Inklusionswoche eine Aktion durchgeführt, bei der die Schaufenster von Betrieben in der Innenstadt auch mit Schaufensterpuppen mit sichtbarer Behinderung gestaltet wurden. Diese Aktion könnte eine weitere Facette von Graz als Inklusionsmusterstadt werden, wenn man sie über die Inklusionswoche hinaus etabliert.

Inklusion ist nur dann wirkliche Inklusion, wenn sie als Selbstverständlichkeit ständig etabliert ist. Inklusion muss an 365 Tagen im Jahr stattfinden und in allen öffentlichen Bereichen gelebt werden, um als wahre Inklusion erfahren werden zu können.

Um Menschen mit Behinderung als den sichtbaren und selbstverständlichen Teil unserer Gesellschaft darzustellen, der sie sind, bedarf es auch einer Berücksichtigung dieses Umstands in der Werbebranche bzw. im Handel. Die Schaufenster-Aktion der Inklusionswoche hat gezeigt, wie es gut ginge, die Erkenntnisse daraus gilt es permanent umzusetzen. Die Stadt Graz sollte daher Grazer Betrieben umfangreiche Informationen und Beratung bieten, damit diese ihre Werbematerialien und

Schaufenster dauerhaft inklusiv gestalten können. Ebenso sollte die Stadt Graz aktiv auf ihre Unternehmer:innen zugehen, auf diese Möglichkeiten aufmerksam machen und zum Mitmachen ermuntern.

Daher stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stadträte für Wirtschaft sowie für Menschen mit Behinderung werden ersucht, in Kooperation mit dem Behindertenbeauftragten der Stadt Graz und den zuständigen Abteilungen ein Konzept zur dauerhaften inklusiven Gestaltung von Werbematerialien und Schaufenstern für Grazer Betriebe zu erstellen. Die Ergebnisse sollen den Unternehmen in geeigneter Form zur Verfügung gestellt werden.

GRⁱⁿ Leban-Ibrakovic:

Wertes Auditorium, sehr geehrter Herr Kollege. Ich kann dem Inhalt nur voll zustimmen, das heißt, das ist unbestritten. Inklusion muss 365 Tage im Jahr gelebt werden und Graz ist eine Vorreiterstadt, das haben Sie ja auch schon erwähnt. Ich sehe das auch so, dass natürlich die Stadt Graz die Aufgabe hat, innovative Ideen zu fördern. Was mich allerdings ein wenig irritiert und wundert, ist jetzt das Mittel, das sie gerade gewählt haben, eines dringlichen Antrages, weil wir ja beide bei der letzten Beiratssitzung anwesend waren am 21. 9.2022 und dort eben die Woche der Inklusion, wie Sie gerade beschrieben haben, nachbesprochen wurde, und es wurde auch die Schaufensteraktion nachbesprochen, die von der Celina Schenkel ins Leben gerufen wurde, mit der ich eben schon seit längerer Zeit in Kontakt stehe. Wir haben da auch ein erweitertes Konzept schon erarbeitet, es ist mehr oder weniger schon fertig. Auch im Prinzip schon dem Wirtschaftsstadtrat sozusagen vorgestellt, auch dem Stadtrat Kurt Hohensinner schon vorgestellt, und wir sind dort bei dieser Sitzung übereingekommen, dass ich das Konzept gemeinsam mit der Celina Schenkel einmal

dem Beirat für Menschen mit Behinderungen vorstellen darf, um das dort zur Diskussion zu geben. Wir haben uns jetzt hauptsächlich damit beschäftigt, was würde Unternehmen anreizen, inklusive Werbung überhaupt einzubinden dauerhaft, weil eben das ein schwieriges Thema ist, wie macht man das schmackhaft? Wie stellt man Mittel zur Verfügung? Sie haben es schon angesprochen, es geht vom Konzern bis zu Lokalunternehmen, verschiedene Schaufenstergrößen, verschiedene Werbemöglichkeiten, da gibt es ganz viel zu beachten. Aber was uns besonders wichtig ist, dass die Selbstvertreter einmal miteinbezogen werden und zuerst diskutiert wird, inwieweit sie das gut finden. Weil unser Ansatz ist, dass das erst eigentlich in den Beirat sollte, bevor es in den Gemeinderat kommen sollte und deswegen wurde dieses Prozedere eigentlich auch schon beschlossen.

Ich freue mich, wenn dann auch Ihre Ideen miteinfließen, denn es wäre natürlich toll, wenn es da eine parteiübergreifende Initiative, ein parteiübergreifendes Bekenntnis dazu gibt, dass wenn das Projekt dann ausgereift ist, würde ich mich auch freuen, wenn ich das dem Finanzstadtrat vorstellen darf, was es dann auch benötigt, um das dann umzusetzen und wenn das Bekenntnis dann parteiübergreifend ist, toll, freuen wir uns, weil dann kann Graz noch in dieser Vorreiterrolle auch gestärkt werden, also inhaltlich bin ich voll bei Ihnen. Deswegen lehnen wir eigentlich die Dringlichkeit ab, weil es ja schon im Passieren ist. Das heißt, es ist schon auf Schiene, es passiert schon, deswegen sehen wir die Dringlichkeit nicht.

GR Ulrich:

Sehr geehrte Kolleginnen, liebe Kollegen, Zuseherinnen und Zuseher am Livestream. Wir haben heute einmal die Chance, dass wir eventuell einmal eine Spur früher rauskommen, deswegen halte ich mich auch kurz. Das, was hier entwickelt wurde im Behindertenbeirat, ist ja nichts anderes als eine Bewusstseinskampagne, eine Sichtbarmachung, um die neue Normalität widerzuspiegeln. Ich möchte mich hier im Namen von uns allen beim Herrn Wolfgang Palle auch ganz herzlich bedanken, der solche Sachen immer großartig vorantreibt (*Appl.*). Wie meine liebe Vorrednerin und

Kollegin, die Conny Leban-Ibrakovic, schon gesagt hat, existiert bereits die erste Idee bezüglich auch einer Agentur und wie ich das mitbekommen habe, wurde auch im Behindertenbeirat mehrheitlich angenommen und ist auch gut rübergekommen, und ich möchte mich auch bei dir recht herzlich dafür bedanken, liebe Conny. Wichtig ist in diesem Punkt nämlich, dass man die Unternehmen dafür gewinnt, und zwar muss es ein bisschen ein Imagegewinn für die Unternehmen sein, das ist kein Zynismus, sondern spiegelt einfach die ökonomische Realität wider, in der wir uns halt bewegen, und für die Gewerbetreibenden müssen halt die Vorteile sichtbar sein. Deshalb sehen wir das auch so, dass mit einer Agentur das gut geregelt werden kann, aber das heißt ja nicht, wenn wir heute die Broschüren beschließen, dass das andere ad acta gelegt wird. Du hast natürlich Recht, zuerst gilt es, das natürlich immer im Beirat mit den Selbstvertreter:innen zu beschließen. Aber wieder einmal, und darauf bin ich sehr stolz und das möchte ich zum Abschluss auch sagen, wieder einmal zeigt sich, dass die Inklusion für die wir alle kämpfen, die ist nicht links, rechts, liberal oder konservativ. In der Inklusion, gibt es nur zwei Wege, vorwärts oder stehenbleiben und heute bewegen wir uns wieder einen Schritt vorwärts, vielen Dank (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

GR Ammerer:

Nur ein ganz kurzes Schlusswort. Ich freue mich sehr über die Einstimmigkeit, die sich abzeichnet. Es ist ein wichtiges und gutes Zeichen, dass der Gemeinderat voll und ganz hinter der Inklusion steht und da voll und ganz dabei ist. Nur kurz, um zu replizieren, Frau Kollegin: Natürlich soll dieser Antrag hier nicht der Meinungsbildung im Behindertenbeirat vorgehen, ganz und gar nicht. Es wird schlicht der Auftrag vergeben, diese Aktion zu beginnen und die in Kooperation mit dem Behindertenbeirat überhaupt erst weiterzuentwickeln. Das ist ganz klar, dass die Vertreter:innen solche Projekte maßgeblich bestimmen und ich sage bewusst bestimmen und nicht mitbestimmen, weil sie, die Selbstvertreter:innen dieser Szene, natürlich am

Wichtigsten sind hier. Im Gemeinderat sitze nun mal ich, ich bin kein Selbstvertreter der Szene, aber ein Fürsprecher und als solcher bringe ich den dringlichen Antrag hier ein und als solcher bitte ich auch um die Zustimmung.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Die Reihenfolge der Dringlichkeitsanträge geht nach der Stärke der Parteien. Nachdem der Herr Wagner jetzt sozusagen nicht mehr Teil der Fraktion ist, ist er somit an elften Stelle.

8.6 Task Force Wohnbau
(GR Mag. Michael Winter, FPÖ)

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung. Zur Erinnerung, in der letzten Gemeinderatssitzung wurde die Gemeindebau-Tour der FPÖ Graz angesprochen, und es ist von uns mehr als deutlich klar gemacht worden, dass wir eine Vielzahl von Gesprächen mit Bürgern, mit Bewohnern des Grazer Gemeindebaus geführt haben. Fakt ist auch, jeder von uns hat mit Sicherheit in den letzten Wochen, in den letzten Monaten viele Gespräche mit Bürgern geführt und hinsichtlich der Probleme, die angesprochen wurden, ist natürlich eine Müllproblematik, die vielfach besteht, es ist eine Sauberkeitsproblematik, die vielfach besteht, es gibt Lärmerregungen, es gibt viele andere Konflikte und es gibt viele andere Probleme. Als Reaktion auf meinen Antrag der letzten Sitzung hat die Frau Bürgermeisterin Kahr die Stellungnahme abgegeben, solche Probleme, die existieren nicht nur im Gemeindebau und sie hat das inhaltlich so verstanden, dass es ein Widerspruch mit meinem letzten Antrag gewesen wäre, was in diesem Sinne so nicht richtig ist. Ja, es existieren natürlich auch in anderen Mehrparteienhäusern, in anderen Wohnverhältnissen sehr ähnliche Probleme, das ist, so glaube ich, nicht zu bestreiten. Die große Problematik, wir wissen, es gibt mehr und verschiedene Institutionen, die solche Probleme, die solche Konflikte lösen können.

Wir haben auf der einen Seite natürlich die Exekutive, die dann einschreiten muss, wenn in einer Form gegen das Gesetz verstoßen wird und die auch, so gibt es das Sicherheitspolizeigesetz her, streitschlichtend tätig werden müssen. Gleichzeitig haben wir in Graz eine Ordnungswache, die auch bis zu einem gewissen Grad schlichtend eingreifen kann und muss. Wir haben aber auch Institutionen wie ein Friedensbüro, was sehr gute Arbeit leistet in diesem Bereich, und es ist mir auch immer wieder aufgefallen in verschiedenen Gesprächen, es gibt in Mehrparteienhäusern, teilweise formell im Sinne von Vereinen organisiert, teilweise nicht formell, Personen und Personengruppen, die die Aufgabe haben und sich die Aufgabe auch selbst gestellt

haben, in ihrem eigenen Mehrparteienhaus, in ihren eigenen Wohnverhältnissen streitschlichtend unverbindlich tätig zu werden. Das ist eine sehr gute Situation und ist sehr begrüßenswert. Gleichzeitig, nachdem so viele Institutionen und Varianten existieren, ist es für viele Bürger auch unübersichtlich und kompliziert geworden, an welche Gruppe sie sich jetzt wenden sollen, um einen Streit schlichten zu können, und ich glaube, die Politik ist angehalten, dass wir die Bürger nicht im Stich lassen und dass wir hier auch eine Vereinfachung durchführen. Wir brauchen, und das ist auch der inhaltliche Kern dieses Antrages, eine Stelle, eine zentrale Stelle, an die sich die Bürger wenden können, um zu erfahren, in welchen Bereichen ist welche Institution zuständig und bietet die besten Möglichkeiten. Ich glaube, die Politik ist immer dann erfolgreich, sie muss erfolgreich sein, wenn sie Teil der Problemlösung ist und nicht Teil des Problems ist. In Folge dessen wäre es im Sinne einer Bürgerfreundlichkeit wünschenswert, wenn wir eine dementsprechende zentrale Stelle errichten könnten bzw. die Stadt Graz in erster Linie prüfen soll, ob wir so eine zentrale Stelle schaffen können. Daher der vorliegende

dringliche Antrag:

Die Stadt Graz möge prüfen, ob und bis wann eine zentrale Meldestelle laut Motiventext eingeführt und entsprechend beworben werden kann.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Im Rahmen der sogenannten „Gemeindebau-Tour“ der FPÖ Graz wurden eine Vielzahl von Gesprächen mit Bürgern geführt, die im Gemeindebau beheimatet sind. Sie wurden nach Problemfeldern befragt, die ihrer Meinung nach in den Gemeindebau-Wohnhäusern akut bzw. aktuell existent sind.

Zudem erreichen uns auf Grund unseres Engagements immer mehr Meldungen von Missständen von Mietern und auch Eigentümern außerhalb des Gemeindebaus.

Die Gründe für Konflikte, Missstände und Probleme sind vielfältig. Daher ist es kaum möglich, dass eine Anlaufstelle alle Anliegen alleine abarbeiten kann. Jede Einrichtung für sich – sei es das Friedensbüro, die Ordnungswache, die Polizei oder andere betreuende bzw. moderierende Stellen – leisten ohne Zweifel in Ihrem Wirkungsbereich sehr gute Arbeit.

Eine derart umfangreiche Aufgabe sollte jedoch immer in einem Prozess festgehalten und immer wieder abgestimmt werden. Damit sich Bürger bei ihren Anliegen nicht in einem „Anfragendschubel“ an diverse Stellen verlaufen, sollen Bürgeranliegen in Bezug auf das Zusammenleben künftig zentral bearbeitet werden. Hierzu kann zum Beispiel zusätzlich eine Task Force ins Leben gerufen werden, die bei sich überschneidenden Fällen gemeinsam agieren und helfen kann.

Diese zentrale Meldestelle soll dann das Anliegen bewerten und dementsprechend den Auftrag an die richtige Stelle weiterleiten. Der Vorteil ist jedenfalls eine schnelle abgestimmte Problemlösung und die Gewissheit, dass das Bürgeranliegen an die richtige Stelle weitergeleitet wird und eventuelles Konfliktpotential schon frühzeitig moderiert wird.

Namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

dringliche Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Stadt Graz möge prüfen, ob und bis wann eine zentrale Meldestelle laut Motiventext eingeführt und entsprechend beworben werden kann.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.28 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Ich sage nur, dass der Herr Stadtrat Riegler sich gerade entschuldigt hat, weil er muss zu einer Veranstaltung seiner Zuständigkeit als Kulturstadtrat. Dasselbe gilt für die Frau Vizebürgermeisterin Judith Schwentner. Nur für die Zuseher:innen, damit sie sich nicht wundern, dass Kolleginnen an der Regierungsbank das eine oder andere Mal weg müssen und an der Stelle möchte ich heute auch erwähnen, wir haben den ganzen Tag während des Gemeinderates, was den Livestream betrifft, ein Standbild, das ist ja sonst nicht üblich, das heißt, wir sehen uns die ganze Zeit nur in der Stadtregierung und von hinten die erste Reihe, das ist sonst nicht so üblich, aber das ist ein Fehler der Technik und wir hoffen, dass wir das bis zur nächsten Gemeinderatssitzung behoben haben.

Aber nun zur Dringlichkeit des Antrages von Herrn Gemeinderat Winter. Ich gehe davon aus, dass Sie das einfach wohlmeinend und wirklich im besten Sinne sich überlegt haben, wie man unbürokratisch Leute, wenn ein Problem in einer Wohnhausanlage oder in Nachbarschaften auftaucht, wohin wende ich mich dann, wie erfahre ich das, wie kann man das Problem lösen? Das ist so alt wie ich in der Kommunalpolitik hier tätig bin, glauben Sie mir das, und wenn ich irgendetwas, ich bin nicht perfekt, wer ist das schon, wer weiß schon alles, aber wenn ich etwas wirklich begriffen habe, wie die Mechanismen der Menschen sind, wie das Zusammenleben von Menschen funktioniert, dann ist es wirklich das beim Wohnen. Weil ich gemeinsam mit vielen Einrichtungen, aber auch ganz persönlich, mich auch diesen Sachen angenommen haben. Früher habe ich noch mehr Zeit gehabt, jetzt habe ich mehr Aufgaben, jetzt geht das nicht, und manchmal liegt die Wahrheit oft gerade bei Nachbarschaften in der Mitte. Das ist tatsächlich etwas, weil Sie erwähnt haben, Sie haben eine Gemeinderatstour gemacht, du kannst das durch jede private Wohnhausanlage machen, du wirst ähnlich gelagerte Problemstellungen haben. Am Ärmsten sind die Eigentümer in diesem Fall, weil wenn du einen blöden Nachbarn hast,

der sich gar nichts pfeift, da kannst du nicht gleich ausziehen, sondern bei einer Eigentumswohnung ist man echt aufgeschmissen, und wenn du es nicht so schnell verkaufen kannst, und eine Garantie auf gute Nachbarn hast du nirgends. Was wir uns bemühen müssen, Nachbarschaften zu pflegen, zu hegen, schauen, dass die Leute in ihrer Wohnhausanlage oder in ihrem Gebiet, wo sie leben, gute Infrastruktur vorfinden, mithelfen und schauen, dass sich keiner über den anderen erhebt, dass Spielregeln des Zusammenlebens eingehalten werden. Und da sind wir, finde ich, recht gut auch in der Koalition aufgestellt, weil wir eben die Stadtteilarbeit nicht nur, so wie sie ist, gestärkt haben und stärken wollen, sondern auch hier noch einiges vorhaben. Denn genau darum geht es. Die Leute brauchen Angebote und das als infrastrukturell, diese Probleme mit Mülltrennung habe ich in meinem Haus genauso und ich bin mir nicht einmal sicher, ob ich selbst eine sichere Sortimententrennerin selbst bin. Ich weiß natürlich, wo man den Restmüll, Papier, Dosen, Plastik usw. hineintut und natürlich in Bio, aber dann gibt es noch unheimlich viele Spitzfindigkeiten. Und wir haben viele Müllworkshops gemeinsam mit dem Umweltamt durchgeführt und die beste Schulung ist da immer mit den Kindern, weil die lernen das, die zeigen den Eltern eigentlich, wie man richtig trennt und was vor allem die Menschen begreifen müssen, dass der Restmüll genau das ist, was ihnen kostet und das wissen noch immer viele Leute nicht. Deshalb haben wir und setzen wir nicht nur auf die Gemeindewohnungen, natürlich auf unsere Hausverwaltungen selbst, die ist die beste Task Force. Wir können stolz sein auf unsere Hausverwalter und Hausverwalterinnen, weil die sind sehr nahe an unseren Mieter:innen. Das ist auch der große Vorteil zu großen Genossenschaften oder riesigen Wohnhausanlagen, wo ja oft der Hausverwalter in Deutschland, in Wien oder irgendwo anders sitzt und du ja keinen mehr greifbar hast und deshalb werden wir bei unseren gemeindeeigenen Wohnungen, wo wir noch die Zuständigkeit haben, auch schauen, weil ich glaube, dass es tatsächlich klasse wäre, wenn uns das gelänge, ähnlich wie früher die Hausbesorger waren, hier ein Modell zu finden. Wir sind gerade am Tüfteln und ich hoffe, dass wir nächstes Jahr im Frühjahr, spätestens, weil wir loten da gerade viele Sachen aus, wir müssen ja aufpassen, dass wir das nicht teurer machen für unsere Mieter, aber das, glaube ich, dass das zusätzlich noch wichtig wäre.

Ansonsten haben wir in der Stadt Graz wirklich gute Einrichtungen, da bin ich vielleicht bei Ihnen, wir müssen es noch bekannter machen. Von der Wohnungsinformationsstelle, die ja für alle Bewohner unserer Stadt Graz da ist, vom Eigentümer, Mieter, in rechtlichen Fragen, aber auch bei Beratungssachen als Information, alles, was sozialpolitisch ist, bewerben wir ja gerade. „Für Sie da“, weil ich eben glaube, dass das tatsächlich wichtig ist, dass die Leute in ihrem Bezirk wissen müssen, wenn ich nicht weiter weiß, wohin ruf ich an. Das Gleiche gilt auch für die Holding und alle ihre Bereiche, dass man hier auch eine Nummer hat. Ich glaube, dass man eher überlegen muss, wie können wir das, was es ja an Positivem gibt, nur mit Nummern, so ähnlich wie unser KPÖ Mieternotruf, den wissen die Leute auswendig, du musst einfach Nummern und Telefonnummern von Serviceeinrichtungen der Stadt Graz, die es ja in bewährter und guter Weise gibt, bekanntmachen. Also nicht abschotten, sondern bekanntmachen. Insofern bin ich bei Ihnen, dass die Leute wissen müssen, wohin wende ich mich, aber deswegen brauchen wir jetzt nicht eine eigene Task Force. Ich bin aber gerne bereit, hier mitzuüberlegen und vielleicht auch im nächsten Ausschuss Wohnen Graz, weil es ist jetzt irgendwie zum Wohnen zugeteilt worden, dass man hier vielleicht Anfang nächsten Jahres etwas vorlegen, was wir diskutieren können. Weil an sich bin ich durchaus bei Ihnen, dass man dort oder da noch unsere Serviceeinrichtungen verbessern können. Aber so kann ich es nicht akzeptieren und würde ich jetzt einmal vorderhand die Dringlichkeit und auch den Inhalt, das habe ich zumindest mit meiner Fraktion so abgesprochen, ablehnen.

Vorsitzwechsel – Bgm.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (18.35 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ Kahr:

Entschuldigung, ich habe die Redezeit überschritten, es war nichts mehr eingeblendet, ich glaube, das ist ausgefallen wieder einmal. Ich bitte um weitere Wortmeldungen. Wenn das nicht der Fall ist, dann kommen wir zum Schlusswort.

GR Mag. **Winter:**

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Frau Bürgermeisterin. Genau das, was Sie gesagt haben in vielen Bereichen, kann ich unterstützen. Wir haben gute Institutionen, wir haben gute Vereine und wir haben sehr, sehr viele engagierte Menschen, die an der Problemlösung arbeiten, die an den Konflikten arbeiten und dementsprechend hier einen konstruktiven Beitrag leisten. Genau in diese Richtung geht diese Meldestelle. Auch wie Sie vorher gesagt haben, eine Stelle, wo der Bürger unbürokratisch erfahren kann, wer ist für dieses Problem konkret zuständig. Es geht hier nicht um die Schaffung einer neuen Institution, die sich um die Probleme kümmert, sondern es geht darum, unbürokratisch möglichst rasch hier eine Anlaufstelle für den Bürger zu bilden. Ich glaube, dass dieser Antrag eine Chance ist in diese Richtung, dem ganz normalen Bürger, egal ob im Gemeindebau oder in sonstigen Mehrparteienhäusern oder in welchen Wohnverhältnissen auch immer, wie ausgeführt im Motiventext zu unterstützen. Nichts anderes ist das Vorhaben dieses Antrages und ich bitte dennoch um die Zustimmung sowohl in Dringlichkeit wie auch im Inhalt.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und GR Wagner) abgelehnt.

8.7 Modell „Nette Toilette“/Prüfung der Umsetzungsmöglichkeit (GR Manuel Lenartitsch, SPÖ)

GR **Lenartitsch:**

Geschätzte Frau Bürgermeisterin, liebe Anwesenden der Stadtregierung, liebe noch verbleibenden Gemeinderatskolleg:innen, liebe Zuseher:innen zu Hause. Fast hätte ich es jetzt nicht rechtzeitig hierher geschafft, weil irgendwann muss man einmal seinen Sitzplatz verlassen und auch einmal aufs Klo. Wir sind in der glücklichen Lage, in

diesem Haus in jedem Stockwerk eines vorzufinden, recht ausführlich ausgebaut, wunderbar. Wo es aber ein wenig hapert, ist draußen im Freien. Jetzt haben wir anfangs schon, am Anfang der Gemeinderatssitzung schon gehört, dass wir so viele Sportstätten in dieser Stadt haben. Aber wenn wir Sportstätten und Spielplätze planen, planen wir zwar Spielgeräte, jetzt sind wir schon so weit, dass wir auch den Wasserbrunnen dort planen, aber aufs Klo vergessen wir noch überall. Jetzt ist mir schon klar, dass das nicht überall machbar ist, eine Toilette hinzustellen, vor allem eine so genannte Wassertoilette, aber es muss für unsere Stadt einfach total im Vordergrund stehen, dieses Bedürfnis für unsere Bevölkerung zu stillen. Wer von euch kennt es nicht, irgendwann wird es einmal so dringend, weil wenn man einen Termin vergisst oder man schiebt etwas hinaus, dass man aufs Klo muss und noch viel spezieller, wenn man mit Kindern oder mit Kleinkindern unterwegs ist, da muss man einfach jetzt. Wenn das nicht geht, hat man ein Problem. Jetzt sagt man vielleicht noch bei den Kindern, ok, ein Gebüsch ist vielleicht noch eine Möglichkeit, weil es sind ja Kinder, aber bei einem Erwachsenen sieht das schon ein wenig traurig aus. Daher hat es auch schon im Vorjahr einen dringlichen Antrag von Michi Ehmann gegeben nämlich zu dem Thema die „Nette Toilette“. Das ist der springende Punkt. Wir wissen, dass unser Budget ein wenig knapp ist, wir wissen, dass unsere Ressourcen für das Aufstellen oder Bauen von Toilettenanlagen etwas knapp sind, aber was wir tun können, ist, als Stadt Kooperationspartner zu finden in Form von Gewerbetreibenden und Gaststätten, von Cafés, die so quasi ein flächendeckendes Netz aufbauen wie in anderen großen Städten, vor allem in Deutschland und in der Schweiz, wo einfach mittels eines Piktogramms die „Nette Toilette“ angepriesen wird und wo ich aufs Klo gehen kann, ohne dass mich der Wirt oder das Geschäft schief anschaut, der kommt ja nur aufs Klo und nutzt sonst meine Einrichtung nicht. Das Modell in Deutschland ist schon sehr vorangeschritten und dort gibt es über 300 Städte, die da schon mitmachen. In unterschiedlichen Größen und in einer unterschiedlichen Intensität. Es gibt Städte, die ungefähr dieselbe Größe haben und wir sind ungefähr mit 40 bis 80 derartigen Kooperationspartnern im Einklang. Was würde das für die Stadt bedeuten? Wir würden mit einem kleinen Beitrag, den wir so quasi als Entschädigung dem Wirt

oder der Gaststätte oder der Institution zahlen, ich sage jetzt einmal zwischen 50 und 100 Euro, je nachdem, wie die Verfügbarkeit ist, dem so quasi ein Entgelt zahlen, weil er das zur Verfügung stellt, weil er natürlich auch Reinigungsarbeiten hat bzw. die Infrastruktur und für die Hygieneartikel sorgt, dafür zu entschädigen. Und im Gegenzug kann jeder, nicht nur ich, auch wenn man mit Kleinkindern unterwegs ist oder wenn man ein Tourist ist in dieser Stadt, auch dort mittels eines einfachen Piktogramms einfach überall aufs Klo gehen. Das funktioniert mittels einer App ganz gut, wer Lust hat, kann sich das herunterladen, und zwar steht dort auch im Hintergrund die Öffnungszeiten der Gaststätte oder was auch immer und auch eine Wegbeschreibung, quasi ein Routenplaner. Jetzt weiß ich schon auch, wenn es notwendig ist, fängt man nicht an, im Telefon zu suchen, aber als Elternteil weiß ich auch, gehe ich nicht zuerst auf einen Spielplatz, bevor ich mich nicht erkundige, was alles dort ist. Das heißt, es ist ein Ding, das schaut man sich in der Straßenbahn an, das schaut man sich auf dem Weg an, wie ist das vernetzt, wo kann ich hingehen. In diesem Fall wäre es einfach eine flächendeckende Geschichte, wo wir sagen, wir sind als Stadt Graz dafür, dass unsere Leute auch, wenn sie momentan dringend müssen, einfach aufs Klo gehen können. In erster Linie natürlich in der Nähe von Spielplätzen und Sportstätten. Jetzt weiß ich auch, hie und da steht ein Dixi-Klo, das mag man oder mag man nicht, wir haben auch schon Öko-Klos, die sind vielleicht ein wenig geruchsneutraler vielleicht, aber nicht so sauber, weil man vielleicht mit den Sägespänen spielt, und dort hat man einfach die Gewerbetreibenden mit im Boot. Es gibt, und Sie werden es vielleicht verfolgt haben, wie man in den letzten Tagen viel in den Zeitungen lesen kann, was ein jeder macht immer so in der Gemeinderatswoche, dass wir auch schon unterwegs sind und mit Wirten einfach reden, ob sie sich das vorstellen können. Die sind durchaus bereit, hier mitzumachen. Also würde ich sagen, können wir diesen Ball aufnehmen, wenn es schon Betriebe gibt, die mitmachen wollen und wir als Stadt dann nur schauen müssen, dass wir das flächendeckend unseren Leuten zur Verfügung stellen. Damit ich die Zeit nicht überstrapaziere, stelle ich im Namen des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Möglichkeiten der Umsetzung eines vergleichbaren Modells gemäß Motivenberichtes zu überprüfen. Dem Gemeinderat ist bis Jänner nächsten Jahres ein entsprechender Bericht zur weiteren Beratung bzw. Entscheidung vorzulegen.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die „Nette Toilette“ ist nicht bloß ein wohlklingendes Wortspiel, es geht dabei um viel mehr, weil es sich hier um Bedürfnisse dreht, die nur allzu menschlich sind. Wer von uns kennt diese Situation nicht, dass man plötzlich die Notwendigkeit verspürt, eine Toilette aufsuchen zu müssen. Ganz besonders drängend und dringend ist es, wenn unsere Kinder und vor allem Kleinkinder dieses Bedürfnis spüren. Dann muss es oft sehr rasch gehen und braucht eine entsprechende Einrichtung in unmittelbarer Nähe – doch eine solche ist oft genug leider nicht so rasch zu finden. Dass in diesem Zusammenhang besonders auf Spielplätzen, Sportstätten, in Parks oder an Knotenpunkten des öffentlichen Verkehrs Handlungsbedarf ist, wird wohl niemand bestreiten können.

Fakt ist natürlich, dass die Errichtung der erforderlichen WC-Anlagen nicht nur enorm teuer ist, weswegen eine eigentlich notwendige flächendeckende Versorgung nicht so rasch wie notwendig und wünschenswert umgesetzt werden kann, sondern es auch Bereiche gibt, in denen das bautechnisch gar nicht möglich ist. In vielen Städten Deutschlands und in der Schweiz hat man auf diesen Umstand bereits reagiert und ein international vielbeachtetes Modell entwickelt: Die „Nette Toilette“.

Das Modell ist verblüffend einfach: Besucher:innen von vielen öffentlichen Spiel- oder Sportplätzen oder Parks ohne eigene WC-Anlagen können dort kostenlos in

nahegelegene Gastronomie- und Einzelhandelsbetriebe oder andere Institutionen ausweichen, müssen sich dabei aber nicht als Bittsteller fühlen bzw. zwangsweise etwas konsumieren. Denn die jeweiligen Städte und Gemeinden zahlen den betreffenden Kooperationspartnern dafür, dass sie sich an einem der „Netten Toilette“ vergleichbaren Modell beteiligen, dies mit einem entsprechenden Piktogramm ausweisen und die auch via App aufzufinden sind, eine kleine Monats- oder Jahrespauschale. Ein Gewinn für alle, für die Kommune, die Bevölkerung und natürlich auch für die Teilnehmenden, denn viele Gastrobetriebe können über diesen Weg häufig auch noch neue Gäste gewinnen. Ein solches Modell, würde sich natürlich auch für das Umfeld von Öffi-Haltestellen eignen. Insofern wäre es auch für Graz eine überlegenswerte Initiative.

Bereitschaft von zumindest der Gastronomie dürfte jedenfalls bestehen – gemeinsam mit unserer Wetzelsdorfer Bezirksrätin Belinda Walkner habe ich bei einigen Gaststätten angefragt, die sich an einer solchen Initiative sofort beteiligen würden, so wie wir auch von Seiten vieler Eltern gehört haben, dass sie ein derartiges Modell in Graz begrüßen würden.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher

den dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, die Möglichkeiten der Umsetzung eines vergleichbaren Modells gemäß Motivenberichtes zu überprüfen. Dem Gemeinderat ist bis Jänner nächsten Jahres ein entsprechender Bericht zur weiteren Beratung bzw. Entscheidung vorzulegen.

GR Günter **Wagner**:

Werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller. Die „Nette Toilette“, wirklich ein netter Antrag. Ich will hier nicht zu viel Zeit hineinspenden für so ein dringliches Problem, dass manchmal sehr dringlich werden kann. Ich glaube, in diesem Antrag gibt es nur Gewinner an der ganzen Sache, das muss man würdigen und daher werde ich der Dringlichkeit und dem Inhalt dieses Antrages zustimmen.

GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Unger**:

Sehr geehrte Damen und Herren, lieber Antragsteller. Ich glaube, bei diesem Thema sind wir uns alle einig, es ist ein vornehmlich vielleicht klein ausschauendes Problem, das aber eine große Hilfe sein kann, wenn es in irgendeiner Form bewältigbar ist bei Ausflügen aller Art. Insofern werden wir dem natürlich zustimmen. Es hat vor einem Jahr schon einen ähnlich lautenden Antrag gegeben. Daraufhin hat das Sportamt eben die bereits erwähnten Öko-Toiletten auf mehreren Bezirkssportplätzen umgesetzt. Die Geruchsarmut wurde bereits erwähnt. All diese Dinge sind ein wichtiges Thema, könnte man weiterhin forcieren, und es hat vor vielen Jahren eine Initiative mit dem Jugendamt gegeben, da ging es um das Wickeln, also um diese Möglichkeiten. Es ist, so glaube ich, schon in unserem Bewusstsein, dass für Familien gerade mit Kindern, aber auch für ältere Menschen die Möglichkeit, eine Toilette aufzusuchen, extrem wichtig ist. Das ist erstens einmal dem Komfort geschuldet und hat auch natürlich gewissermaßen etwas mit Würde zu tun. Es gibt also bereits Erfahrungswerte aus Deutschland, das ist durchaus beeindruckend. Ich darf trotzdem darauf verweisen, dass es in Graz auch ein Beispiel aus Eggenberg gibt, wo es so einen Versuch schon gegeben hat, der dann eben nicht so erfolgreich geendet ist. Deswegen möchte ich hier dringend anraten, dass man mit den Gewerbetreibenden und Gastronomen und Gastronominnen, die sich hier beteiligen, natürlich auch so im Kontakt bleiben soll, dass das auch für alle Seiten eine zufriedenstellende Lösung ist. Ich kann mir vorstellen, in Einzelfällen wird es nicht mit einer kleinen finanziellen Zuwendung getan

sein, sondern eventuell muss man vielleicht auch immer wieder überprüfen oder direkt eingreifen, was auch immer notwendig ist, damit so etwas langfristig funktioniert, das ist, so glaube ich, in unser aller Sinne. Letztendlich wird es vielleicht auf eine Kombination der Angebote hinauslaufen, denn in gewissen Situationen ist vielleicht der Weg zum nächsten Gasthaus ein weiter und das gilt es auch zu berücksichtigen, aber zum heutigen Antrag von uns die Zustimmung. Danke.

GR Lenartitsch:

Danke, nur noch ganz kurz wegen der Dringlichkeit. Es sind jetzt einmal Sportstätten und Spielplätze natürlich das Dringlichste, aber es geht auch um unsere Öffi-Verbindungsknoten. Wenn man daran denkt, an Don Bosco, da gibt es einen großen Umsteigeplatz, wo einfach keine öffentliche Toilette ist, da muss man schon schauen, damit man einfach als Stadt auf seine Leute schaut. Danke aber für die Bereitschaft, hier zuzustimmen.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

8.8 Mehr Wertschätzung für Fachkräfte von morgen (GRⁱⁿ Anna Robosch, SPÖ)

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste auf der Tribüne und im Livestream. Wir kommen von einem dringlichen Thema zum anderen, natürlich in einer anderen Natur, aber der Fachkräftemangel ist trotzdem uns allen bekannt. Ein drängendes politisches Thema, dem wir alle zustimmen würden, und obwohl wir

eigentlich mit der dualen Ausbildung ein weltweit einzigartiges System haben, das sehr gut funktioniert und sehr anerkannt ist, haben wir trotzdem das Problem, dass die Lehrlinge zwar die Fachkräfte von morgen sind, aber wir trotzdem einen Fachkräftemangel haben. Sehr oft kommt mir auch vor, dass ein Mitgrund dafür, die Mitgründe dafür sind sicher vielfältig, aber ein Mitgrund dafür ist sicher auch das Ansehen von der Lehrausbildung und das Ansehen und die Wertschätzung der Lehre. Die Lehre im Allgemeinen, wir wissen, dass das Ansehen sehr gelitten hat und ich kann mich noch sehr gut erinnern, in meiner Schullaufbahn in der AHS Oberstufe, oder in der Pflichtschullaufbahn, war sehr oft die Aussage, naja, wenn du nicht gescheit genug bist, dann gehst halt lernen und das zeugt schon davon, dass man die Lehre nicht als das wertschätzt, was sie ist. Nämlich gut ausgebildete junge Fachkräfte und auch die Ausbildung an sich eine sehr großartige ist. Ich glaube, dass wir auch in der Vergangenheit sehr oft den Fokus verloren haben. Wenn man sich überlegt, wie viele junge Menschen eigentlich in die Berufsschule gehen und wie viele junge Menschen die AHS-Oberstufe besuchen, dann ist sehr vielen nicht bewusst, dass eigentlich viel mehr in die Berufsschule gehen. Im Coronajahr 2020 bis 2021 waren das 116.000 Berufsschulschüler:innen, wenn man noch die berufliche mittlere Schule dazuzählt, sind es noch viel mehr und dem gegenüber stehen im Endeffekt 90.000 AHS Oberstufenschüler:innen. Da sieht man auch, dass in Zeiten von der Pandemie und in Coronazeiten sehr oft medial und auch politisch diskutiert wurde, wie die Situationen gerade in der AHS ist, wie gerade die Maturanten und die Maturant:innen leiden und wie viele Maturabälle abgesagt werden haben müssen. Ich möchte diese quasi Nöte nicht kleinreden, aber auf der anderen Seite stehen sehr wohl die Bedürfnisse und auch die Bildung der Lehre gegenüber, die einfach politisch und medial komplett vergessen wurden. In den Zeiten, in denen wir leben, haben wir sehr oft darüber diskutiert, was wir an der AHS Oberstufe ändern müssen und nicht so oft darüber diskutiert, was wir eigentlich in der Berufsschule und in der Lehre ändern sollten. Ich glaube, dass sehr viele Lehrlinge erleben, dass die Aufmerksamkeit für die ganzen Rituale, die es in der AHS-Oberstufe gibt, wenn wir überlegen, Bildungsreisen, Maturabälle, sehr viele Rituale, die der Matura an sich sehr viel Wert beimessen und

der Matura an sich sehr viel Wertschätzung gegenüber bringen, die gleichen Rituale gibt es aber für Lehrlinge eben nicht. Und in diese Kerbe möchte ich mit meinem Antrag ein wenig schlagen um eben für uns ganz klar darzustellen, dass die Lehre mehr Wertschätzung und mehr Respekt verdient, dass auch die Lehrabschlussprüfung gleichermaßen einer Matura gleichgestellt ist und dass es nicht so ist, dass Meister:innen Titel einem Studien Titel minderwertig gegenübergestellt wird. Eines dieser Zeichen einer Wertschätzung könnte für uns auch sein, diese Rituale, die eben Maturant:innen so oft erfahren, indem dass sie sich vorbereiten auf die Matura, dem gegenüberstellen mit einem Ritual von der Stadt Graz als öffentliches Zeichen für die Lehrlinge, eben einen Lehrlingsball zu organisieren. Das könnte natürlich auch in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftskammer, die da natürlich die Hoheit über die Lehre hat und auch über die Lehrabschlussprüfungen, und aber in Zusammenarbeit mit der Österreichischen Gewerkschaftsjugend organisiert werden und es dient eigentlich nur einem Anstoß dessen, dass man sagt, wir wollen hier ein öffentliches Zeichen setzen. Wir wollen den Lehrlingen in Graz mehr Wertschätzung gegenüber bringen, aber eigentlich wollen wir einen Anstoß dahingehend geben zu sagen, dass man irgendwann einmal die gleiche Struktur zur Verfügung stellen würden, dass es von den Berufsschulen oder der ÖGJ oder der Wirtschaftskammer selbst organisierte Lehrlingsbälle gibt. Aber ich glaube, dass wir trotzdem als Stadt Graz eben diesen ersten Schritt, dieses erste öffentliche Zeichen setzen müssen, damit das überhaupt passiert und damit man auch das überhaupt in den Fokus der Aufmerksamkeit rückt. Dem ist nichts mehr hinzuzufügen außer, dass ich eben im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag

stelle:

- Die Stadt Graz bekennt sich dazu, Lehrlingen und Fachkräften den Respekt zu zeigen, den sie verdienen.

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit in Zusammenwirken mit Wirtschaftskammer und ÖGJ ein öffentlicher Lehrlingsball organisiert werden kann, analog zu den Maturabällen. Dieser Ball kann auch für Lehrlinge und Maturant:innen gemeinsam organisiert werden, um zu symbolisieren, dass diese Bildungsformen für uns gleichwertig sind.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin! Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Fachkräftemangel ist ein sehr aktuelles und drängendes politisches Thema. So gut wie alle politischen Kräfte in Österreich haben erkannt, dass hier unbedingt Handlungsbedarf besteht, denn unsere Volkswirtschaft ist auf gut ausgebildete Fachkräfte angewiesen. Wir haben die besten Voraussetzungen dafür: die duale Ausbildung der Lehre ist weltweit einzigartig und etwas, worauf wir kollektiv stolz sein können. Denn Lehrlinge sind die gut ausgebildeten Fachkräfte von morgen.

Dennoch hat das Ansehen und die Wertschätzung dieses Bildungsweges in der Vergangenheit sehr gelitten. Die Lehre wird gegenüber der AHS-Oberstufe oft als minderwertig wahrgenommen. Und obwohl im Schuljahr 2020/21 mehr junge Menschen die Berufsschule (116.759 Schüler:innen) oder eine Berufsbildende Mittlere Schule (42.679 Schüler:innen) besucht haben als eine AHS-Oberstufe (93.436 Schüler:innen), hörten wir medial immer wieder den Aufschrei der AHS-Maturant:innen und auf Lehrlinge wurde sehr oft medial und auch politisch völlig vergessen.

Nicht nur in der Pandemie-Zeit wurden Missstände im Bereich der AHS-Oberstufe oder Reifeprüfung aufgezeigt, während die Herausforderungen an Berufsschulen oder in der gesamten Lehrausbildung sowohl medial als auch politisch eher ein Randthema darstellen. Während über abgesagte Maturabälle oder coronabedingt adaptierte Maturafeiern diskutiert wurde, erleben Lehrlinge in der Berufsschule seit jeher nicht die

gleichen Rituale und die gleiche Wertschätzung wie Schüler:innen in anderen Bildungswegen.

In unserer Gesellschaft bekommen Lehrlinge oft nicht den Respekt, den sie verdienen und vielfach werden eine Matura im Vergleich zu einer Lehrabschlussprüfung und ein Studium im Vergleich zu einem Meister:innentitel als wichtiger oder „höherwertiger“ empfunden. Eine Möglichkeit, diese Wahrnehmung zu ändern, ist ein öffentliches Zeichen der Wertschätzung für Lehrlinge seitens der Stadt Graz. Die Maturabälle haben eine große Tradition in Graz und sie sind ein deutlich sichtbares Zeichen des Stolzes auf die Maturant:innen. Es ist daher an der Zeit, einen vergleichbaren öffentlichen Ball auch für Lehrlinge zu organisieren.

Daher stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag:

- *Die Stadt Graz bekennt sich dazu, Lehrlingen und Fachkräften den Respekt zu zeigen, den sie verdienen.*
- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht zu prüfen, inwieweit in Zusammenarbeit mit Wirtschaftskammer und ÖGJ ein öffentlicher Lehrlingsball organisiert werden kann, analog zu den Maturabällen. Dieser Ball kann auch für Lehrlinge und Maturant:innen gemeinsam organisiert werden, um zu symbolisieren, dass diese Bildungsformen für uns gleichwertig sind.*

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (18.54 Uhr).

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Anna. Ein guter Antrag, aber leider zu spät, muss ich in diesem Fall sagen. Zum einen darf ich schon in Erinnerung rufen, der Fachkräftemangel oder auch der Lehrlinge hat natürlich auch etwas mit unserem demografischen Wandel zu tun. Wir wissen, dass es immer mehr ältere Menschen gibt und bedauerlicher Weise immer weniger junge Menschen. Natürlich auch durch die steigende Lebenserwartung, niedrige Fertilität, zunehmende Immigration, wobei ich zur Immigration ergänzen darf, dass wir hauptsächlich auf einem positiven Zuwanderungssaldo sind und ohne diese Zuwanderung würde die österreichische Bevölkerung stagnieren bzw. mittel- und langfristig schrumpfen. Dieser Wandlungsprozess hat natürlich weitreichende Auswirkungen auf unsere Gesellschaft, unter anderem auf Wirtschaft, Unternehmen und Arbeitsmarkt, Politik und Sozialsysteme, die wir ja sowieso wöchentlich auf allen Ebenen und in allen Segmenten auch politisch diskutieren. Zu deinem Motivenbericht möchte ich nur in Erinnerung rufen, Maturabälle werden in der Gemeinschaft der Klassen organisiert. Man geht mehrere Jahre gemeinsam, wenn man Glück hat, in dieselbe Klasse und organisiert dann diesen Ball, und die Maturabälle sind natürlich ein großer Wirtschaftsfaktor, der schön langsam wieder in die Gänge kommt. Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass durch das Virusgeschehen Maturabälle von den Wintermonaten wegorganisiert werden in den Frühling bzw. nach der Matura zum Schulende, um diese auch durchführen zu können und man nicht ausgesetzt ist, auch auf die Gefahr hin, dass durch FFP2-Maskenpflicht es keinen Spaß macht, am Maturaball zu feiern. Das ist natürlich bei Lehrlingen etwas schwieriger. Es gibt unterschiedliche Berufsschulen und auch die Gemeinschaft in diesen Klassen ist natürlich auch unterschiedlich und von daher ist es natürlich schwierig, denen zu signalisieren, dass sie aus ihrer Mitte heraus einen Lehrlingsball organisieren sollen. Von daher ist es natürlich begrüßenswert, wenn von außen Unterstützung kommt, und dahingehend darf ich nur darauf hinweisen, dass ich in meiner Funktion als Wirtschaftsundobfrau Graz im Vorjahr im Frühling die Perspektiven 2027 erarbeitet habe mit meinem Team und da ist unter anderem, was Bildung, Fachkräftemangel, Lehrlingsausbildung betrifft, natürlich auch der

Lehrlingsball drinnen. Ich darf auch in Erinnerung rufen, dass es den Lehrlingsball bereits vor vielen Jahren gab. Zum fünften und letzten Mal ist er 2009 organisiert worden in der Stadthalle, nämlich damals von der zuständigen Landesrätin Edlinger-Ploder. Das heißt, vom Land Steiermark, war sehr erfolgreich. Im Rahmen dieses Balles wurden auch alle, mit ausgezeichnetem Erfolg, Damen und Herren Lehrlinge und zukünftige Fachkräfte ausgezeichnet. Das war ein sehr schöner Rahmen für die Lehrlinge und deren Familien. Bedauerlicherweise ist er dann auch aufgrund des Wechsels in der Politik wieder abgeschafft worden, oder es hat keiner mehr aufgenommen. Was du ansprichst, dass durch einen Ball, ich komme gleich zum Ende, aber es ist einfach ein wichtiges Thema, was du ansprichst, dass mit dem Ball mehr Respekt für Lehrlinge kommen soll, glaube ich nicht, denn der Respekt ist grundsätzlich schon da, und du hast mehrmals die Wirtschaftskammer angesprochen, da möchte ich nur in Erinnerung rufen, wir hatten im Vorjahr die EuroSkills sehr, sehr erfolgreich das erste Mal in Österreich. Viele hundert Lehrlinge aus verschiedenen Ländern haben teilgenommen. Es war ein toller Event, man hat solche Persönlichkeiten ausgezeichnet. Wir haben zusätzlich jährlich die Stars of Styria auch von der Wirtschaftskammer organisiert, wo Lehrlinge vor den Vorhang geholt werden mit ihren auszubildenden Vorgesetzten bzw. mit den Firmenchefs, die auch vor den Vorhang geholt werden im Rahmen dieser Veranstaltung. Und erst vor zwei Wochen hatten wir hier am Hauptplatz den Tag der Lehrberufe, wo wir mit Foldern in mehreren Sprachen erklärt haben, wie viel Spaß es machen kann, wenn man einen Lehrberuf ergreift.

*Zwischenruf StR **Eber**: Ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen. Sie sind fast 3 Minuten über der Zeit.*

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ja, das tut mir leid. Derzeit gibt es gerade, und das ist auch wichtig, wir reden über ein wichtiges Thema. die Berufsweltmeisterschaften bitte, die WorldSkills 2022, wo auch österreichische junge Fachkräfte bis 22 teilnehmen und auch Siege nach Österreich nach Hause holen. Von daher, und jetzt komme ich zum Schluss, obwohl ich noch etwas zum Sagen hätte, möchte ich hiermit kundtun, dass sowohl mit der Wirtschaftskammer als auch mit anderen Institutionen bereits über den zukünftigen Lehrlingsball in Graz gesprochen wurde. Die Verhandlungen laufen, ich lade die Stadt Graz gerne dazu ein, dass sie diesen Ball auch mitträgt und bedanke mich für die Überziehung, danke.

GR Günter **Wagner:**

Hoher Gemeinderat, werte Antragstellerin, ich glaube, aus schon einigen Wortmeldungen kannst du dir denken, dass du in Sachen Lehrlinge und Wertschätzung der Lehre hier Mitstreiter hast, auch wenn ich nicht vollinhaltlich überzeugt davon bin, dass der Fachkräftemangel jetzt direkt mit einem Ball gelöst wird, aber gut, ich glaube, das ist auch nicht der Grund für diesen Antrag. In deinem Motivenbericht hast du sehr viel Richtiges gesagt, es gibt nur einfach zwischen dem Schüler in der AHS und dem Lehrling in der Berufsschule sehr oft einen großen Unterschied und der Ball ist natürlich auch einer. Es ist ein Zeichen der Wertschätzung, so sehe ich das zumindest, und warum sollen wir das dann nicht versuchen zu unterstützen, das wird es auch brauchen, das hat die Kollegin Gmeinbauer auch richtig gesagt. Der Klassenzusammenhalt in der Berufsschule ist natürlich nicht derselbe wie an einer AHS, wo ich 5 Jahre lang fast tagein tagaus, bis auf die paar Ferien, die man so hat, in dieselbe Schule gehe, sondern dreimal oder viermal eine Berufsschulklasse besuche und womöglich dort dann nicht einmal immer dieselben Mitschüler vorfinde. Ich glaube, daher gehört das irgendwo übergeordnet organisiert. Schön, wenn du auch schon was auf die Bahn gebracht ist, kann allerdings nicht schaden, wenn die Stadt Graz sich da auch mit einschaltet. Dementsprechend werde ich der Dringlichkeit und

dem Antrag natürlich sehr gerne zustimmen und das werde ich weiterhin tun, wenn es gute Ideen gibt, die die Lehre weiter aufwerten und den Lehrberuf dann wieder als interessant auch in der Öffentlichkeit oder noch interessanter in der Öffentlichkeit wieder dastehen lassen. Danke.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen (gegen ÖVP und FPÖ).

GRⁱⁿ **Slama:**

Ich mache es mir jetzt einmal einfach und sage, liebe alle. Grundsätzlich hat es jetzt geheißen, ein Ball wird jetzt das Ansehen in unserer Gesellschaft nicht unbedingt verändern, aber was er sehr wohl tun wird, allein dieses Ansehen und diesen Stolz in den Familien ein bisschen anzuheben. Das ist nämlich ein bisschen die Geschichte. Ich war auch auf einem Gymnasium und ich habe einige Freundinnen aus meiner Gymnasiumklasse, die dann auch ein Studium begonnen haben und irgendwann während dem Studium draufgekommen sind, das ist gar nicht ihres und dann im Endeffekt zu einer Lehre gekommen sind. Die dann absolut super für sie gepasst hat, die jetzt alle super-happy sind mit ihrem Lehrberuf und selbst sagen, auf die Idee wären sie niemals gekommen, weil sie aus Akademikerinnenfamilien kamen, wo das überhaupt kein Thema gewesen wäre, dass da jemals eine Lehre gemacht wird. Das ist in Wirklichkeit eine große Einschränkung für sehr viele Jugendliche, weil sie ganz viele Berufsbilder, die vielleicht so gut zu ihnen passen würden, gar nicht in Betracht ziehen aufgrund von so etwas und zwar dem Ansehen, dass eine Familie von einem Beruf hat. Da ist es natürlich schon etwas, wo ein Ball sehr wohl etwas ausrichten kann und es einfach eine wunderschöne Endzeremonie ist in Wirklichkeit. Ein Tag, an dem man feiert, was man da geschafft hat, und man hat da etwas Großes geschafft. Man hat eine Ausbildung fertiggebracht und hat sich auf seine Zukunft vorbereitet und es ist unglaublich viel wert und da können dann natürlich dann Familien und auch die Absolventinnen und Absolventen einmal gescheit feiern, was sie da zu Ende gebracht

haben. Das wird natürlich dann im Endeffekt das Ansehen davon steigern und sobald das einmal aus dem Familienkontext hinauskommt, führt das in Wirklichkeit immer weiter dazu, dass es ein gesellschaftliches Umdenken gibt und es wird mehr passieren müssen als einen Abschlussball, aber es ist ein sehr guter erster Schritt und deswegen danke für den sehr guten Antrag. Ich freue mich schon sehr darauf, dort zu tanzen. Wir stimmen offensichtlich zu.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ich mach es jetzt kürzer, versprochen. Weil angesprochen wurde, dass das Ansehen bzw. für Lehrlinge oder die Lehrlingsausbildung so leidet. Ich habe selbst eine Lehre absolviert, ist schon einige Jahrzehnte her klarerweise, aber ich möchte nur sagen, es hat sich in den letzten Jahrzehnten dahingehend wirklich einiges getan. Wenn du jetzt bedenkst, wenn du die Möglichkeit hast, deine Lehre dann mit einer Höherqualifizierung weiterzuentwickeln und da darf ich dir, liebe Anna, auch eine Presseaussendung von der Wirtschaftskammer Österreich ans Herz legen vom Februar diesen Jahres, wo „Höhere Berufsbildung schafft neue Karrierechancen“ und als Untertitel „Künftig praxisnahe höhere Qualifizierung möglich“ und damit anerkannte Titel gleichwertig zu hochschulischen Abschlüssen in die Wege geleitet worden ist, dass natürlich erst jetzt sukzessive in diversesten Branchen, wo es auch möglich ist, auf den Boden gebracht werden. Da muss ich sagen, da hat sich schon einiges getan und da wird natürlich auch immer wieder weitergearbeitet und weiter evaluiert. Ich möchte das nicht so stehen lassen, dass die Lehrlingsausbildung nach wie vor der Spruch „Wenn du heute nichts lernst, dann gehst halt lernen“, den, glaube ich, gibt es dort und da sicherlich noch, aber nicht mehr so zu Hauf wie zu meiner Zeit. Ich würde bitten jetzt in der inhaltlichen Abstimmung, dass wir deine angeführten Punkte 1 und 2 getrennt abstimmen dürfen. Dankeschön.

GRⁱⁿ Robosch:

Jetzt kommt das bekannte Schlusswort. Ich möchte ein wenig dort anschließen, was die Anna gesagt hat. Da geht es um das Ansehen in der Familie und den Stolz in der Familie und diese Wertschätzung gemeinsam zu feiern. Weil ich glaube sehr wohl, dass ein Ball nicht nur etwas ist, was man gemeinsam organisiert und wo man dann hingeht feiern und Spaß hat, sondern das ist auch immer so ein riesiger Meilenstein für ganz viele, auf den sie hinarbeiten, wo die Familie sich freut, was eine riesige Familienfeier ist, wo man gemeinsam feiert, dass man etwas erreicht hat. Und wenn es so etwas für eine so wichtige Ausbildung und so einen so wichtigen Bildungsweg für uns wie für die Lehre nicht gibt, dann zeigt das schon einer Geringschätzung gegenüber der Lehre und das wollte ich damit ausdrücken. Weil ich gebe dir grundsätzlich Recht, liebe Frau Klubobfrau Gmeinbauer, dass sich viel getan hat, dass da viel passiert. Ich war selbst beim Tag der Lehrberufe, ich habe selbst mit sehr vielen dort gesprochen und auch mit der ehemaligen Gemeinderätin Kaufmann, jetzigen Nationalrätin Kaufmann, dass das schon so lange gefordert worden ist, dass es auch für die Klein- und Mittelbetriebe so einen Tag der Lehrberufe gibt, wo sich die Handwerksbetriebe und die verschiedensten Betriebe vorstellen. Erstens einmal habe ich noch nie so viele Jobangebote bekommen wie an diesem Tag, weil ich dort eben Sachen ausprobiert habe und zweitens sieht man da sehr wohl, dass man mit der Lehre so viel machen kann und dass da eine enorme Wertschätzung fachlicher Natur ist von den Betrieben, aber auch von den Lehrlingsausbildner:innen. Weil du auch die EuroSkills angesprochen hast, ich erlebe vor allem, seit die EuroSkills da sind, seit es diese Bewerbe gibt, als Erstes wir als österreichische Lehrlingsausbildungsnation dort alles abräumen, weil wir so gut ausgebildete Fachkräfte haben und zweitens auch, seit es mehr in der medialen Aufmerksamkeit ist, dass sehr wohl das quasi gesehen wird. Und es geht auch darum, dass nicht nur die Menschen, die in der Lehre sind, die Betriebe, die Lehrlinge ausbilden, diese Sachen sehen, die Wirtschaftskammer, die sowieso superviel in diesem Bereich macht, das sieht, sondern es geht darum, dass die gesamte Gesellschaft diesen Bereich mehr sieht, vor allem weil dort so viele junge Menschen drinnen sind und vor allem weil dort so viele junge Menschen Großartiges leisten.

Deswegen ich gebe dir grundsätzlich mit deiner Analyse sehr Recht, dass da sehr viel passiert ist, aber trotzdem glaube ich, dass diese weit verbreiteten Sager wie: „Wenn du nicht gescheit genug bist, dann gehst halt lernen“, leider immer noch zu weit verbreitet sind und dass sich die Gruppe an Maturant:innen und die Gruppe an Lehrlingen gegenseitig nicht sieht und ich glaube, dass so eine gemeinsame Veranstaltung eben, wo Maturant:innen auch sehr wohl feiern und auch die Lehrlinge auch, dass das dazu genutzt werden kann, sich gegenseitig zu sehen und die gegenseitigen Leistungen mehr zu sehen und deswegen danke für die Menschen, die zustimmen und danke für diesen wichtigen Antrag, der scheinbar eine Mehrheit findet.

Der Punkt 1 des Antrages wurde einstimmig und der Punkt 2 des Antrages mit Mehrheit (gegen ÖVP und Neos) angenommen.

8.9 Evaluierung und Weiterentwicklung des Grünen Netzes Graz (GR Mag. Philipp Pointner, Neos)

GR Mag. **Pointner:**

Sehr geehrter Herr Vorsitzende, sehr geehrte Stadtregierung, sehr geehrtes Plenum, so es noch eines ist. Ich fasse mich kurz, es geht wieder einmal ums Klima und um unsere ambitionierten Ziele in Richtung 2040. Es geht darum, ins Handeln zu kommen, wir haben viel Grundsätzliches schon beschlossen, aber wir haben auch schon viel Gutes eigentlich an der Hand. Da rede ich jetzt nicht von der Dekarbonisierung, auch nicht von den Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauches, sondern um den Grazer Grünraum. Der ist ein wesentlicher Faktor, der genutzt werden kann und verbunden werden muss und das passiert durch das Grüne Netz Graz. Das ist ein Strategiepapier aus dem Jahr 2006 für die Stadtentwicklung. Ich zitiere, dieses ist gleichzeitig „Arbeitsgrundlage für die Stadtplanung und für alle raumwirksamen agierenden Dienststellen der Stadtverwaltung“. An die adressiere ich auch in meinem

Antrag. Das ist eine fachliche und praxisorientierte Grundlage in Richtung Flächenwidmung und Bebauungsplanung, Freihalten von wichtigen Verbindungen und auch für diverse andere Behörden entscheidend bei Bauanträgen und ist natürlich auch in der Verkehrsplanung zu beachten, da es ja um Grünverbindungen und Korridore geht, die so entwickelt werden sollen, dass das 560 km umfassende Grüne Netz im besten Fall auch ausgebaut werden soll. Also ein Tool, das wir in der Hand haben, das aber in der letzten Zeit nicht einmal evaluiert wurde. Wir wissen darum nicht, wie das eigentlich in den 16 Jahren weiterentwickelt wurde. Daher ist es absolut notwendig, und das habe ich in den drei Punkten aufgelistet, auf die sich der Antrag bezieht,

- die bisherige Wirkung des „Grünen Netzes Graz“ in den Bereichen der Stadtplanung, Verkehrsplanung, Straßenbauten und Bebauungspläne zu analysieren und zu evaluieren.
- den Zielerreichungsgrad des „Grünen Netzes Graz“ zu bewerten.
- das „Grüne Netz Graz“ anzupassen, konsequent anzuwenden, denn ich befürchte, das ist bisher nicht passiert, und weiterzuentwickeln.

Wir bekennen uns im Stadtentwicklungskonzept zum Schutz unseres Grünraumes, wir müssen es in Richtung 2040 erweitern, dass wir auch unseren Grünraum möglichst erweitern, neue Korridore schaffen usw. Wir haben das Tool in der Hand, bewerten wir es jetzt, kommen wir ins Tun. Daher der dringliche Antrag von mir:

- Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen das „Grüne Netz Graz“ im Sinne der im Motiventext aufgezählten Punkte evaluieren und in Richtung Klimaneutralität 2040 weiterentwickeln.
- Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der November-Sitzung 2022 zu informieren.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Ende Juli dieses Jahres wurde vom Stadtrechnungshof ein Kontrollbericht mit dem Titel: „Was geht Graz das Klima an?“ veröffentlicht. Darin erinnert der Stadtrechnungshof an die ambitionierten Ziele, die sich die Stadt Graz in der Vergangenheit selbst gesetzt hat, um klimaneutral zu werden und weist auf äußerst dringenden Handlungsbedarf hin.

Um im Idealfall die Stadt bis 2040 klimaneutral zu machen, zählen neben der Dekarbonisierung der Energiegewinnung und Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs auch der Grazer Grünraum zu einem wesentlichen Faktor, der beachtet und genutzt werden muss. Bereits im Jahr 2006 beschloss der Grazer Gemeinderat deshalb das Stück "Grünes Netz Graz". Dieses Strategiepapier für die Stadtentwicklung ist gleichzeitig "Arbeitsgrundlage für die Stadtplanung und für alle raumwirksamen agierenden Dienststellen der Stadtverwaltung." Es dient als fachliche und praxisorientierte Grundlage für die Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung (Freihaltung wichtiger Verbindungen) wie auch für diverse Behördenentscheide (zB bei Bauanträgen). Es ist auch in der Verkehrsplanung zu beachten. Als Ziel wurde das Sichern und Gliedern sowie die Vernetzung und der Ausbau von bestehenden Grün- und Freiräumen angegeben. Auch die Stadtteile sind durch Grünkorridore zu vernetzen.

Schon damals war klar, dass das „Grüne Netz Graz“, wenn es von Politik und Verwaltung „gelebt“ wird, einen Dimensionssprung im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung darstellen würde.

Nun sind seit der Zielsetzung einige Jahre vergangen und Graz wurde immer weiter zubetoniert. Inwieweit das „Grüne Netz Graz“ mit Blick auf die städtische Klimabilanz beachtet, umgesetzt oder gar ausgebaut wurde, kann leider nicht beurteilt werden, da es keine Wirkungsanalyse gibt.

Daher ist es dringend notwendig:

- *die bisherige Wirkung des „Grünen Netzes Graz“ in den Bereichen der Stadtplanung, Verkehrsplanung, Straßenbauten und Bebauungspläne zu analysieren und zu evaluieren.*
- *den Zielerreichungsgrad des „Grünen Netzes Graz“ zu bewerten.*
- *das „Grüne Netz Graz“ anzupassen, konsequent anzuwenden und weiterzuentwickeln.*

Der Klimawandel stellt die Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger von Jahr zu Jahr vor noch größere Herausforderungen. Der Grazer Grünraum bietet auf der einen Seite das Potenzial für Abkühlung zu sorgen und beeinflusst auf der anderen Seite die städtische Klimabilanz positiv. Deshalb gilt es, das „Grüne Netz Graz“ auch für die Weiterentwicklung des städtischen Entwicklungskonzeptes zu beachten. Schließlich hat sich die Landeshauptstadt Graz im Stadtentwicklungskonzept zum Grundsatz „Graz bekennt sich zum Schutz seines Grünraumes“ bekannt. Und weil eine Weiterentwicklung laut Medienberichten gerade erfolgt, müssen auch die Veränderungsempfehlungen des Stadtrechnungshofes umgesetzt werden.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen das „Grüne Netz Graz“ im Sinne der im Motiventext aufgezählten Punkte evaluieren und in Richtung Klimaneutralität 2040 weiterentwickeln.*
- *Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der Jänner-Sitzung 2023 zu informieren.*

Quellen:

https://www.graz.at/cms/dokumente/10029027_7751115/d1213f76/Maßnahmen%20Abmilderung%20Klimaerwärmung_Endbericht_pdfa_signiert.pdf
https://www.graz.at/cms/dokumente/10295906_8115447/14fa83f7/GRAZ_Broschuere_Gruenes_Netz.pdf
https://www.graz.at/cms/beitrag/10295906/8115447/Online_Karte_Gruenes_Netz_Graz_GNG.html

KO GRⁱⁿ Dipl.-Museol.ⁱⁿ (FH) **Braunersreuther**:

Sehr geehrte Kolleg:innen, ich mache es ganz kurz. Vorweg will ich sagen, wir stimmen dem dringlichen Antrag gerne zu, denn man kann vielleicht, Sie haben das selbst gesagt, dieses Konzept ist von 2006, 2007, man mag vielleicht sagen, veraltet, aber Sie haben ja gesagt, evaluieren und anpassen, und es sind aber einige Sachen drinnen, die noch immer aktuell sind und sogar noch dringlicher sind. Denn in der Strategie für das vernetzte Grünsystem stand damals drinnen, während prominente Grünbereiche und Parkanlagen wie der Schloßberg oder der Burggarten weitestgehend abgesichert sind, sind Freiräume insbesondere an den Siedlungsrändern einem ständig steigenden Siedlungsdruck ausgesetzt und ich glaube, das haben wir in den letzten Jahren erlebt, wie viel im so genannten Grünen Gürtel gebaut wurde, wieviel da an Grünraum vernichtet wurde, aber leider sieht man das auch in der Innenstadt. In diesem Papier sind Bilder drinnen, die einen, wenn man sie so ansieht, fast zum Weinen bringen. Da ist nämlich von der Achse, der Grünachse der Mur die Rede, die zum Teil in diesem wertvollen Wildwuchs, wie er an den Ufern war, zerstört wurde oder auch Bilder vom Augarten, von großen intakten Bäumen im Augarten, die es heute nicht mehr gibt. Leider ist damals etwas passiert, wovor, oder eigentlich ist noch nicht einmal passiert, wovor hier in dieser Strategie gewarnt wurde. Ein Problem, mit dem sich fast jede größere Stadt auseinanderzusetzen hat, ist, dass eine Vielzahl an Studien und Sachprogrammen zur städtischen Grünraumpolitik vorliegen, deren Umsetzung jedoch schnell an der Dimension und den damit verbundenen Kosten scheitert. Das ist in Graz nicht passiert, denn dieses Konzept ist davor, bevor man das angehen konnte, schon in einer Schublade verschwunden und nicht mehr großartig behandelt worden und vor allem nicht in der Wichtigkeit gewürdigt worden, denn Grünflächen an sich, habe ich heute ja schon mehrmals betont, sind wertvoll. Ein grünes Netz ist aber umso wichtiger, denn wie hier steht: Es geht dabei um Lebensräume, es geht um Lebensräume für Tiere, die eben nicht mal schnell über eine Straße oder über einen Wohnblock hüpfen können, um in einen nahegelegenen weiteren Lebensraum zu kommen, sondern sie brauchen genau diese grünen Achsen, um sich ausleben zu können. Es geht auch darum, dass diese grünen Achsen wichtig sind für die Luftströme,

um zur Lufterneuerung in der Stadt beizutragen und genau das steht in diesem Konzept drinnen. Insofern sieht man, es ist inhaltlich nicht alles veraltet und es ist sehr viel wert, wieder aufgenommen zu werden und deswegen unterstützen wir die Dringlichkeit, damit das nicht wieder in Vergessenheit gerät, dass wir da ganz großen Wert darauf legen müssen.

GRⁱⁿ DIⁱⁿ **Würz-Stalder:**

Wir haben heute schon des Öfteren über Klimaschutz gesprochen. Wir haben auch über klimaorientierte Stadtplanung gesprochen. Wir haben heute einen Grundsatzbeschluss beschlossen und im Grunde genommen muss man sagen, dass natürlich das Grüne Netz mehr oder weniger eine Basis dafür ist, das leider nicht in dem Maße umgesetzt wurde, wie es ursprünglich empfohlen worden wäre; aber viele Dinge, wie meine Vorredner:innen das schon beschrieben haben, müssen wir natürlich weiter verfolgen. Es ist schon erwähnt worden, es ist für alle möglichen Arten, Lebensformen wichtige Achsen. Sie sind eigentlich Biotopverbundsysteme, die es ermöglichen, sozusagen Biodiversität zu wahren für Kleingetier, aber natürlich auch für Menschen, die sich entlang dieses Biotopverbundsystems bewegen, sich dort erholen und aktiv bewegen können. Deshalb ist ja diese Kombination ganz wichtig, Rad- und Fußwegeverbindungen mit dem Grünen Netz zu verbinden. Das liegt eigentlich auf der Hand. Es liegt nun schon 16 Jahre zurück, aber in der heute beschlossenen klimaorientierten Stadtplanung, die wir jetzt sukzessive angehen und umsetzen, ist das mehr oder weniger eine gute Form, überhaupt dieses Grüne Netz zu evaluieren, weil es wird Bestandteil sein müssen. Es ist eine ganz substanzielle Grundlage für diese Umlegung in der Stadtplanung. Ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen. Ich würde sagen, wir sollten dieses Netz weiter spannen, aber wir sollten letztlich einen grünen Teppich daraus weben für Graz. Danke.

GR DI Topf:

Verehrter Herr Vorsitzender, wertee Kolleginnen und Kollegen. Danke für den Antrag, lieber Philip. Es ist, so glaube ich, sehr wichtig, dass wir tatsächlich wieder hier einen neuen Schwung aufnehmen. Ich darf nur daran erinnern, dass wir bei der letzten Sitzung des Ausschusses für Verkehrsplanung und Grünraum durchaus die Ansätze gehört haben, die jetzt in der Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes, des Flächenwidmungsplanes und auch des Räumlichen Leitbildes, ich zitiere das ganz bewusst, weil dort natürlich jetzt die Notwendigkeit besteht, wenn man das weiter entwickeln wollte und da gibt es ja durchaus schon die Ansätze, die wir im Ausschuss besprochen haben, dann ist es umso wichtiger, dass wir zurückschauen, was ist bis jetzt passiert. So negativ, wie die Kollegin Braunersreuther das dargestellt hat, würde ich es eigentlich nicht sehen, weil wir uns immer wieder bemüht haben, in diesem Bereich das Grüne Netz zumindest in großen Bereichen aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Aber es gibt einen Anstoß, einen Schubser durch dich, durch diesen Antrag, dass wir jetzt in der Weiterentwicklung des Stadtentwicklungskonzeptes, da gibt es ja schon eine ganz klare Vorgangsweise und auch im Flächenwidmungsplan und natürlich auch im räumlichen Leitbild, die Weiterentwicklung und die Forcierung des Grünen Netzes natürlich vorantreiben wollen. Deshalb Zustimmung zur Dringlichkeit und dem Inhalt, danke für den Anstoß für die Weiterentwicklung dieser drei Raumordnungsinstrumente.

StR Eber:

Danke, es bahnt sich hier eine Zustimmung zur Dringlichkeit an, wollen Sie trotzdem ein Schlusswort?

GR Mag. Pointner:

Gibt es Wortmeldungen zur Sache?

StR Eber:

Danach gibt es so oder so ein Schlusswort. Gut, dann stimmen wir jetzt über die Dringlichkeit ab.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und GR Günter Wagner) angenommen.

GR Mag. Pointner:

Ein ganz kurzes Schlusswort. Danke für das schöne Bild vom grünen Teppich. Das hat mir sehr gut gefallen. Weben wir einen grünen Teppicheben auch in Richtung Photovoltaik, und auch Ihr Antrag, den wir dann noch weiterspinnen wollen, in andere Energieformen, bin gerne, sehr gerne immer dabei. Ein bisschen noch zur Illustration vielleicht, dass wir echt ins Tun kommen müssen. Ich habe mir hier die Morellenfeldgasse herausgesucht, die fahre ich oft mit dem Rad ab und da steht drinnen: 2005, Grünverbindung aufwerten. Das ist z.B. so ein Bereich, wo noch gar nichts passiert ist. Da ist nichts Grünes und daher noch einmal danke, dass das so breite Zustimmung finden wird und ich hoffe, dass wir hier schön ins Tun kommen, damit wir 2040 erreichen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen GR Wagner) angenommen.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ Kahr übernimmt den Vorsitz (19.25 Uhr).

**8.10 “Mietzinsrechner” nach Wiener Vorbild für Graz
(GRⁱⁿ Sabine Reininghaus, Neos)**

GRⁱⁿ Reininghaus:

Wir haben heute schon sehr oft darüber gesprochen, über die finanziellen Probleme der Österreicher und Österreicherinnen und ich möchte das Thema hier noch einmal abschließend aufgreifen. Wie Sie wissen, hat es dieses Jahr bereits zwei Erhöhungen des Kategoriemietzins gegeben und zwar jeweils um 5,5 %. Das macht 11 % am Ende, und nachdem die Inflation auch die Betriebskosten in die Höhe treibt, klarerweise, steht uns, sofern die Bundesregierung weiterhin untätig bleibt, im November gleich die dritte Kategoriemietzinserhöhung ins Haus. In Zahlen heißt das ausgedrückt, dass in Österreich rund 252.000 Mieter:innen direkt von diesen Mietpreiserhöhungen betroffen sind. Zuletzt im April hat auch die Statistik Austria ihre Daten zur Armutsgefährdung in Österreich präsentiert und wenn man sich fragt, wie kann man Armut messen, dann werden 13 Deprivationsmerkmale, so nennt sich das, so quasi Verzichtsmarkmale, herangezogen und wenn ein Haushalt oder eine Person nicht sieben von 13 Merkmalen finanziell packt oder stemmt, dann gilt dieser Haushalt, oder diese Person eben als erheblich materiell benachteiligt und armutsgefährdet. Wen betrifft das? Das hat die Statistik Austria auch aufgeschlüsselt. Das betrifft 15 % aller erwerbstätigen Haushalte. Das trifft auf 36 % der Alleinerziehenden zu, das trifft auf 24 % der alleinstehenden Frauen zu und etwa auf 26 % der allein lebenden Pensionist:innen. Ich finde, es brennt der Hut und ich denke, die Stadt Graz sollte neben all diesen finanziellen Unterstützungen, wir haben auch heute schon wieder von Unterstützungsmöglichkeiten in Form von Kautionsübernahmen in der Höhe von 1000 Euro gehört beispielsweise, also die Stadt Graz sollte für Bürgerinnen und Bürger auch einen Service anbieten, um die eigenen Wohnkosten in Zeiten der Teuerung auch besser zu überprüfen und vergleichen zu können. Da gibt es in Wien einen sogenannten Wiener Online-Mietzinsrechner. Der hat mir gut gefallen. Das wäre so ein Tool, das es in wenigen Schritten für die Mieter und Mieterinnen möglich macht, festzustellen, ob die Mietpreise, die sie zahlen, auch

tatsächlich angemessen sind. Auch dient so ein Tool den Wohnungssuchenden, die den Mietzins schon vor Vertragsabschluss prüfen möchten. Daher stelle ich den

Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen prüfen, wie ein "Online-Mietzinsrechner" nach Wiener Vorbild auf der Webseite der Stadt Graz als BürgerInnen-Service implementiert werden kann.

Und ersuche die Stadtregierung über das Ergebnis der Prüfung in der November-Gemeinderatssitzung zu informieren.

Ich denke, das ist eine notwendige und sehr brauchbare Sache für Mieter und Mieterinnen, eine Unterstützung, die auch über finanzielle Zuschüsse hinausreicht und ich ersuche um Zustimmung, danke.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Seit der Corona-Krise hat die Sorge der Bevölkerung vor finanziellen Problemen kontinuierlich zugenommen und heute machen wir uns zusätzlich finanzielle Sorgen wegen der Folgen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und wegen der Folgen der Inflation. Weil die Teuerung immer weiter galoppiert, stiegen die sogenannten Kategoriemieten mit Anfang Juni. Grund für den erneuten Preissprung ist eine im Mietrechtsgesetz verankerte Inflationsschwelle für Wohnungen, die unter den Kategoriemietzins fallen.

Am 28. April 2022 hat Statistik Austria Daten zur Armutsgefährdung¹ in Österreich präsentiert und auch diese Daten sind für sich besorgniserregend. Mithilfe von 13

¹ <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/gender-statistiken/armuts-oder-ausgrenzungsgefaehrung>

Deprivationsmerkmalen² auf Haushalts- und Personenebene wird ein Mindest-Lebens-Standard definierbar, wobei zumindest 7 von 13 Merkmalen vorliegen müssen. Kann sich ein Haushalt 7 von 13 Merkmalen finanziell nicht leisten, gelten diese Haushalte als erheblich materiell benachteiligt, als armutsgefährdet. Laut der Präsentation sind 15% aller erwerbstätigen Haushalte, 36 % der Alleinerziehenden, 24 % der alleinlebenden Frauen und etwa 26% der alleinlebenden Pensionist:innen in Österreich armutsgefährdet.

Deshalb sollte die Stadt Graz für Bürgerinnen und Bürger einen Service anbieten, um Wohnkosten in Zeiten der Teuerung besser abschätzen zu können, indem sie einfache Online-Tools für die Prüfung und den Vergleich von Marktpreisen zur Verfügung gestellt bekommen.

Der „Wiener Online-Mietzinsrechners“³ ist so ein Tool, wo Bürgerinnen und Bürger in wenigen Schritten feststellen können, ob Mieten angemessen sind.

Auch dient dieses Tool Wohnungssuchenden, die den Mietpreis schon vor Vertragsabschluss überprüfen möchten.

Daher stelle ich gemäß § 18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz sollen prüfen, wie ein „Online-Mietzinsrechner“ nach Wiener Vorbild auf der Webseite der Stadt Graz als BürgerInnen-Service implementiert werden kann.

² Im Rahmen der Europa 2030-Strategie festgelegte Mindestlebensstandards Erhebliche materielle und soziale Deprivation Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2021, erstellt am 28.04.2022

³ <https://www.wien.gv.at/wohnen/wohnbau technik/pruefen/mietzinsberechnung.html>

Über das Ergebnis der Prüfung ist der Gemeinderat in der November-Sitzung zu informieren.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

GR Dr. **Hackenberger:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Stadtregierung, sogar zu jemandem auf der Tribüne, auf dem Balkon und sofern noch am Bildschirm jemand ausharrt, liebe Zuseher. Die Idee finde ich wirklich gut und es wäre schön, leider fast zu schön, würde man einen Mietzinsrechner so hinbekommen, dass die Menschen, die daran interessiert sind, eine Wohnung zu mieten oder wissen möchten ob sie vielleicht zu viel Mietzins zahlen, eine Orientierung hätten, an der sie sich anhalten können und von der sie ausgehen können, dass das einigermaßen korrekt ist. In Wien gibt es das tatsächlich. Wir haben nur leider sehr, sehr schlechte Erfahrungen gemacht mit dem Wiener Mietzinsrechner. Er stimmt in den allermeisten Fällen nicht und zwar teilweise ist er so falsch, sind die Ergebnisse so falsch, weil, wenn man sie dann vergleicht mit Sachverständigengutachten bzw. Gerichtsentscheidungen über den Streit der Mieter mit den Vermietern, dass man sagen muss, besser ist es, man schaut nicht hinein, weil man wird sehr oft getäuscht und die Menschen werden dann in Verfahren hineingedrängt, wo sie dann sehr böse Überraschungen erleben. Das ist ursächlich bedingt vor allem davon, dass das Gesetz für den Richtwertmietzins sehr schwammig ist, und wir haben in der Kanzlei so eine Tabelle gemacht, die zählt 60 Kriterien auf, an denen man zu und Abschläge messen kann. Jetzt kann man sich vorstellen, das sind jeweils zwischen 2 und 10 % Zu- oder Abschläge. Jetzt kann man sich vorstellen, was das bedeutet, wenn das falsch eingeschätzt wird. Es gibt kein Formular, wo sie 60 Kriterien einfügen können und dazu kommt noch die Frage des Lagezuschlages, die hier grafisch so von der ganz individuellen Lage abhängig ist, dass man als Laie das

auch nicht durchschauen kann. Denken Sie beispielsweise, wenn Sie in der Humboldtstraße wohnen, das kann eine sehr nette Vorstadtstraße sein, relativ ruhig, ein bisschen weiter im Norden oder Osten und es kann, wenn es an der Kreuzung zur Bergmannsgasse ist, eine vom Verkehr und Abgasen sehr stark belastete Straße sein. Deswegen glaube ich, dass das kein hilfreiches Instrument ist, einen Rechner zu installieren. Würde man ihn so installieren, dass er einigermaßen passt, dann wäre das ganze Ding als Tool so aufwendig, dass es kein Mensch ausfüllen würde, und da wäre auch niemandem geholfen. Abgesehen davon, dass es ein erheblicher Aufwand wäre, so ein Tool hochzufahren. Ich will nur noch ganz kurz zur Frage der Wertsicherung etwas sagen. Es ist schon richtig, dass die Kategoriemietzinse zweimal angehoben wurden, aber die Mieter bei uns zahlen bei uns für den Altbau gerade nicht die Kategoriemietzinse, sondern den Richtwertmietzins, und der Richtwertmietzins ist zuletzt im Sommer 22 angehoben worden und davor im Jahr 2019. Die Anhebung war von 8,2 Euro auf 8,49 Euro, das ist eine sehr moderate Anhebung. Der Zins ist es eher nicht, der die Mieter belastet. Es werden wohl eher die Betriebskosten sein. Das heißt, wir werden dem Antrag inhaltlich nicht zustimmen können. Danke.

Vorsitzwechsel – StR Mag. Krotzer übernimmt den Vorsitz (19.35 Uhr).

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Liebe Frau Gemeinderätin Reininghaus. Ich melde mich jetzt eigentlich nur noch zu Wort, weil das Wichtigste hat eigentlich schon der Kollege Hackenberger gesagt. Genau das ist der Grund, warum die durchaus von dir gut gemeinte Überlegung, das wäre ja wirklich klasse und fein, wenn es so einen Rechner gäbe, wo man das eingibt, seine persönlichen Daten und die Größe der Wohnung und die Höhe die verlangt wird, und man bekommt dann herausgespuckt, ob das stimmt oder nicht. Der Grund ist schon seit vielen Jahren von Wohn- und Mietrechtsexperten, warum es diese Debatte

gibt um ein modernes und soziales Mietrechtsgesetz und das ist genau der Grund, den der Herr Gemeinderat gesagt hat, dass das Richtwertmietensystem, das die Kategoriemieten im Wesentlichen abgelöst hat, sehr undurchschaubar ist und nicht einmal für viele Mietrechtsjuristen oft so einfach zu handeln ist. Jetzt kann man sich aber vorstellen, wie man da, wenn jetzt ein Wohnungssuchender das eingibt, der denkt sich, ja klasse, das ist ja eigentlich viel zu viel, was der da verlangt, da könnte ich jetzt runterhandeln, der wird ja eigentlich ständig enttäuscht. Manchmal stimmt es, wir haben uns das selbst auch angeschaut, aber in den meisten Fällen eben weit nicht und so hilft man eigentlich den Wohnungssuchenden nicht. Wirklich geholfen wäre ihnen natürlich, wenn es einfach generell am Wohnungsmarkt mehr preiswerte Wohnungen gibt, da braucht es aber andere gesetzliche Maßnahmen als den Mietenrechner. Das ist mit ein Grund, warum wir z.B. keinen Sozialunterstützungsrechner offiziell mehr haben, weil der einfach auch für einen Neuen, der das eingibt, viel zu kompliziert ist mittlerweile, weil er so viele Ausnahmen kennt und Unterschiede kennt und ich kann eigentlich nur empfehlen, weil genau dafür, es war heute schon Thema, wir müssen unsere städtische Wohnungsinformationsstelle noch viel mehr bekannter machen offenbar, weil die ist genau dafür da. Nämlich kostenlos, für jeden Wohnungssuchenden oder für jeden Mieter, egal ob es hier um Eigentum geht, oder ob es um eine Wohnung in Miete geht, die genau sagen können, ob der Preis stimmt oder nicht. Da sind die Spezialist:innen, eben Jurist:innen, die das sagen können, und das halte ich für sinnvoller als einen Rechner, der letztendlich nicht wirklich hilft. Man kann Wien auch nicht mit Graz vergleichen, weil bei den Gemeindewohnungen und bei den Gemeinnützigen gibt es so und so klare Regelungen. Bei den Richtwertmieten trifft das zu, was der Herr Hackenberger genau ausgeführt hat. Der überwiegende Teil der Leute baut sowieso im frei finanzierten Wohnbau, da liegen wir ja weit über den Richtwertmieten drüber und insofern ist der wenig dienlich. Ich wollte mich einfach nur zu Wort melden, weil ich das Grundansinnen absolut verstehe, es wäre fein, wenn es so etwas gäbe, aber das Mietrechtsgesetz gibt es eigentlich derzeit nicht her, um den Wohnungssuchenden wirklich ein brauchbares Instrument zu geben.

Vorsitzwechsel – Bmg.ⁱⁿ-Kahr übernimmt den Vorsitz (19.40 Uhr).

GRⁱⁿ Reininghaus:

Wie gesagt, es war gut gemeint, habe aber auch erst jetzt erfahren, dass es über das Wohnungsinformationsamt auch zu eruieren ist, ob die Mietpreise stimmen.

*Zwischenruf **Kahr**: Ja, im städtischen Wohnungsamt und das ist für alle Grazer da.*

GRⁱⁿ Reininghaus:

Aha, da kann ich hingehen, so viele Quadratmeter hat die Wohnung, so sieht sie aus, passt die Miete so und insofern kann ich gut damit leben, dass ich hier mit dem Inhalt nicht durchgekommen bin. Zurückziehen werde ich jetzt auch nicht und bedanke mich.

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Neos und FPÖ) abgelehnt.

8.11 Lohn- bzw. Gehaltserhöhung für Magistratsmitarbeiter (GR Günter Wagner, parteilos)

GR Günter Wagner:

Hoher Gemeinderat, werte Kolleginnen und Kollegen. Der Grund für meinen dringlichen Antrag ist ein nicht sehr schöner. Wir stehen momentan mitten in einer extremen Teuerungswelle, die es so zumindest in meiner jungen Vergangenheit zum Glück noch nie gegeben hat. Grund dafür sind, um nur einige zu nennen, sicher nicht funktionierende Lieferketten, die extrem hohen Energiekosten, aber natürlich, und das

darf man auch nicht verschweigen, die Sanktionspolitik. Das ist grundsätzlich einfach so und genau deshalb hat am 14. Oktober die KPÖ auch zu einer Demonstration „Preise runter, Löhne rauf“ gerufen und ist so durch Graz marschiert. Um die KPÖ-Chefin Claudia Klimt-Weithaler zu zitieren: „Wenn die Preise massiv erhöht werden, müssen auch die Löhne, Gehälter und Pensionen entsprechend steigen, sonst geht sich die Rechnung am Ende des Monats bei den Menschen nicht mehr aus.“ Dem ist ja grundsätzlich nichts mehr hinzuzufügen. Diese Meinung teile ich absolut und es gibt leider schon viel zu viele Menschen, wo sich in den letzten Monaten diese Rechnung nicht mehr ausgeht. Genau deshalb sehe ich das auch so, dass man dort, wo man einen eigenen Wirkungsbereich hat, natürlich auch wirken muss und genau deshalb stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen, der zuständige Stadtrat Manfred Eber möge prüfen, ob und in welchem Umfang eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung für Grazer Magistratsmitarbeiter – angepasst an die aktuelle Inflationsentwicklung – ehestmöglich umsetzbar ist.

Originaltext des Dringlichkeitsantrages:

Am 14. Oktober hat die KPÖ zur Demonstration „Preise runter, Löhne rauf!“ gerufen und ist dabei durch Graz marschiert. Sie trat so ihrer Ansicht nach für weitreichende Maßnahmen gegen die Teuerungskrise auf.

Medienberichten zufolge hat KPÖ-Chefin Claudia Klimt-Weithaler erklärt: „Wenn die Preise massiv erhöht werden, müssen auch die Löhne, Gehälter und Pensionen entsprechend steigen, sonst geht sich die Rechnung am Ende des Monats bei den Menschen nicht mehr aus. Darum ist es wichtig, dass wir gemeinsam für reale

Lohnerhöhungen und weitreichende Maßnahmen gegen die Teuerung auf die Straße gehen“.

Die Freiheitliche Gemeinderatsklub teilt die Ansicht, die Grazer durch die aktuelle Teuerungswelle zu begleiten. Da die KPÖ im Magistrat in Personalverantwortung steht, wäre hier konsequenterweise der erste Schritt möglich und notwendig, die Löhne bzw. Gehälter entsprechend rasch anzupassen.

Daher ergeht nachfolgender

dringlicher Antrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Gemeinderat wolle prüfen, ob und in welchem Umfang eine Lohn- bzw. Gehaltserhöhung für Grazer Magistratsmitarbeiter – angepasst an die aktuelle Inflationsentwicklung – ehestmöglich umsetzbar ist.

CO GRⁱⁿ **Gmeinbauer:**

Ich fühle mich ein wenig zurückversetzt in die Fragestunde, wo ich mir erlaubt habe, den Herrn Finanzstadtrat zu fragen, ab welcher Gehaltsbruttogrenze es keine Lohnerhöhungen geben wird. Da ja auch später noch ein Abänderungsantrag von den Regierungsparteien vorgestellt wird, wo dezidiert drinnen steht, dass man sich zwar auf den Bundesabschluss verlassen wird und sich dahingehend orientieren wird, aber es steht auch drinnen, dass man nur niedrige und mittlere Einkommensgruppen weitestgehend übernehmen wird. Von daher darf ich jetzt gleich, um das Prozedere abzukürzen, bekanntgeben, dass wir sehr wohl den Antrag vom Herrn Wagner unterstützen werden, weil es nur mehr als gerecht ist, entweder alle oder niemand.

Und zum geforderten Wunsch auf der Straße von der KPÖ Steiermark möchte ich nur ergänzen, es ist schön, wenn man die Unternehmer und die Wirtschaft auffordert, eine Lohnerhöhung plus 10 %, aber dort, wo man selbst am Ruder ist, nämlich in der Stadtregierung, in der Stadt Graz, nicht mit gutem Beispiel vorangeht und die eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Haus Graz dahingehend bestmöglich serviciert und dahingehend auch im Budget die Mittel dafür aufwendet oder vorausschauend, wie wir es schon im Juni angesprochen haben, unterbringt und einfügt. Von daher werden wir den Abänderungsantrag, das darf ich auch gleich dalassen, keine Zustimmung geben. Dankeschön.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde einstimmig angenommen.

KO GR **Ehmann:**

Frau Bürgermeisterin, geschätzte Kolleg:innen im Stadtsenat, Kolleg:innen im Gemeinderat, Damen und Herren auf der Tribüne bzw. am Livestream, lieber Antragsteller. Ein berechtigtes Anliegen natürlich. Die Teuerung bekommen alle enorm zu spüren und natürlich ist es auch Teil der Gehaltsverhandlungen. Auch die Gehaltsverhandlungen werden spannend in diesem Bereich zu beobachten sein und ich wünsche jetzt schon an dieser Stelle den Verhandlern und Verhandlerinnen viel Glück und Erfolg. Das werden wir brauchen, nämlich für alle unsere Mitbürger und Mitbürgerinnen. Dass die Gehaltsanpassung unverzichtbar und dringlich ist, darüber sind wir uns einig und selbstverständlich gilt das auch, wie für viele andere Bereiche auch für den öffentlichen Dienst, der uns auch bekanntlicherweise in Krisenzeiten getragen hat, wie es in der Vergangenheit, vor allem in Zeiten der Pandemie, sehr stark zum Ausdruck gekommen ist, aber auch zukünftig uns durch härtere Zeiten tragen soll. Es ist aber auch gute und langjährige Sitte, das auf Bundesebene zu behandeln, wie schon ausgeführt wurde und dann eigentlich den Gehaltsabschluss des Bundes grundsätzlich zu übernehmen bzw. auch den Landesabschluss miteinzubeziehen. Ich glaube, dass diese Form bisher gut gelebt wurde und dass diese Praxis sich auch

bewährt hat und wir werden diesen konstruktiven Weg auch nicht verlassen wollen. Was noch dazukommt ist, weil immer diese Prozente herumgeistern und dann auch mit 10 % usw., man muss schon dazusagen, der Fairness halber, wer gewerkschaftliche Verhandlungen kennt, kennt auch die Berechnungen. Es geht um die rollierenden KV-Verhandlungen und um die rollierende Inflation und die ist natürlich nicht bei 10 %, sondern die ist bei 6,9 % in etwa momentan. Das ist der September bzw. der Oktober des Vorjahres bis zum heurigen September. Das heißt, das ist auch miteinzubeziehen und sich anzusehen. Das möchte ich nur seriöserweise an dieser Stelle anmerken. Aber ansonsten werden wir das natürlich so halten. Es kommt eh noch ein Abänderer vom Kollegen Dreisiebner, dem wir uns sehr gerne anschließen werden, und an dieser Stelle vielen Dank (*Appl.*).

KO GR Dreisiebner:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Frau Bürgermeisterin, werte Kollegen auf der Stadtregierungsbank, geschätzter Herr Antragsteller von der Liste Wagner, sage ich jetzt einmal. Der Antrag scheint mir ein Match zu sein zwischen der Partei für die du stehst oder zu stehen glaubst, und einer anderen, denn im Grunde ist der Motiventext nichts anderes als die Nacherzählung von abgelesenen Slogans bzw. Aussagen, die eben irgendwo zitiert worden sind. Worum es wirklich geht, das ist das Wichtige, deswegen haben wir der Dringlichkeit zugestimmt, worum es wirklich geht, und Michael Ehmann hat es ja auch gut ausgeführt, ist, dass wir unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Stadt Graz und des Weiteren im gesamten Haus Graz nicht nur beste Arbeitsbedingungen anbieten, die möglichst auch weiter verbessern mit guten Führungskräften und mit der entsprechenden kontrollierenden Begleitung durch uns als Gemeinderat selbstverständlich bzw. auch der politischen Verantwortung der Stadtregierer:innen, das ist unsere Verantwortung. Aber Dank und Anerkennung alleine zahlt keine Heizkosten, Dank und Anerkennung alleine zahlt keine Lebensmittel, keine Mieten usw. Wir müssen und wir werden natürlich das auch

dementsprechend den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Magistrats gegenüber darstellen. Wie es Michael Ehmann richtig gesagt hat, es geht einmal um den Wert der rollierenden Inflation, es geht darum, dass wir es seit Jahren aus guten Gründen so handhaben, den Bundesabschluss, die Verhandlungen beginnen meiner Information nach in diesen Tagen, den Bundesabschluss für Beamtinnen und Beamte bzw. auch dem, was das Land Steiermark dann in der Regel genauso übernimmt, auch in Graz mitzuübernehmen. Ich glaube, von dem her ist der Antrag im Motiventext nicht nachvollziehbar, aber natürlich ein wichtiger, weil wir heute hier im Gemeinderat auch das Signal an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aussenden, dass wir als Stadt Graz natürlich und als Koalition natürlich die entsprechende Anpassung, die aufgrund der hohen Inflation eine entsprechend hoch sein wird, erledigen werden. Aber es wird nicht so sein, denn die Inflation ist etwas, das einen jeden trifft, aber wenn ich ein sehr hohes Einkommen habe, dann ist es, und man denkt an die Pensionistinnen und Pensionisten, dann ist es nicht so, dass wir über alle Einkommensgruppen hinweg entsprechend linear prozentuell erhöht, sondern dass man entsprechend die mittleren, die kleineren vor allem und die mittleren, des Weiteren entsprechend gut ausstattet und dann auch natürlich eine Abflachung dieses Zuwachses hineinplant. Aber warten wir bitte auf den Bundesabschluss, dann sind wir klüger, und vom Zeitpunkt her brauchen wir uns auch keine Sorgen machen. Das ist allgemein immer so gehandhabt worden, dass man mit Jänner die Geschichte macht, manchmal ist es ein Monat später gewesen, wenn Wahljahre waren oder solche Dinge. Gut, in diesem Sinne der Abänderungsantrag, dem ich einlade zu folgen und damit ein gutes Signal nach innen zu unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Kollege hat ja nur Mitarbeiter gemeint, ich meine auch die Mitarbeiterinnen, dass wir dieses Signal senden, aber auch klar sagen, was ungefähr der Rahmen ist.

Der Abänderungsantrag lautet:

Der zuständige Stadtrat neben mir, Manfred Eber, möge - wie in den vergangenen Jahren gehandhabt, erfolgreich gehandhabt - die Gehaltsanpassungen angelehnt an den Bundesabschluss für Beamt:innen mit besonderem Augenmerk auf die niedrigeren

und die mittleren Einkommensgruppen weitestgehend übernehmen. Der Zeitpunkt der Anpassung soll sich ebenfalls an den Bundes- und Landesabschlüssen orientieren. Zu erwarten ist, das haben wir vorher auch schon besprochen, dass die angepassten Gehälter im Bund, im Land und somit auch im Einflussbereich der Stadt Graz im Jänner 2023 erstmalig zur Auszahlung gelangen werden. So wie es immer war bis jetzt, vielen Dank, ich ersuche um Annahme.

Originaltext des Abänderungsantrages:

Der Gemeinderat möge folgende Abänderung des dringlichen Antrags beschließen:

Der zuständige Stadtrat für Finanzen und Personal Manfred Eber möge - wie in den

vergangenen Jahren gehandhabt - die Gehaltsanpassungen angelehnt an den

Bundesabschluss für Beamt:innen mit besonderem Augenmerk auf die niedrigeren und

die mittleren Einkommensgruppen weitestgehend übernehmen. Der Zeitpunkt der

Anpassung soll sich ebenfalls an den Bundes- und Landesabschlüssen orientieren. Zu

erwarten ist, dass die angepassten Gehälter im Bund, im Land und somit auch im

Einflussbereich der Stadt Graz im Jänner 2023 erstmalig zur Auszahlung gelangen

werden.

StR Eber:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, lieber Herr Antragsteller, lieber Kollege. Ich möchte zunächst einmal festhalten, die Gehälter der städtischen Mitarbeiter in der städtischen Verwaltung sind ja, unterliegen ja einer gesetzlichen Regelung. Nämlich zum einen der Dienst- und Gehaltsordnung, was die städtischen Beamten anbelangt; was die Vertragsbediensteten anbelangt; gilt das Grazer Gemeindevertragsbedienstetengesetz. Das bedeutet zunächst schon einmal, dass wir hier keine Grazer Insellösungen machen können. Ich bin sehr dankbar dem Karl Dreisiebner für seinen Antrag. Ich glaube, das ist ein richtiges und wichtiges Signal, wie

du es auch schon gesagt hast, auch für unsere Beschäftigten. Ich bin der Meinung, dass wir mit dieser Vorgangsweise, die sich über viele Jahre bewährt hat, es uns auch diesmal gelingen wird, zu einem guten Abschluss für unsere Beschäftigten bei uns zu kommen. Das bedeutet, wir warten den Bundesabschluss ab, dann werden wir sehen, ob wir das sozusagen 1:1 übernehmen können. Je nachdem, wie der aussehen wird oder ob wir verstärkt im Bereich der niedrigeren Einkommen hier mehr drauflegen können sozusagen. Jedenfalls diese Regelung, die wir in Graz treffen, muss dann auch noch vom Steiermärkischen Landtag beschlossen werden, deswegen ist es eben so gewesen, dass in der Vergangenheit immer, wie es so schön heißt, zur vorschussweisen Anwendung kommt. Das bedeutet, dass mit 1. Jänner bereits diese Erhöhungen ausbezahlt werden, allerdings erst mit der Kundmachung im Steiermärkischen Landesgesetzblatt dann tatsächlich das in Rechtskraft tritt und sozusagen als genehmigt auch gilt. Was mir auch noch wichtig ist zu sagen, es ist schon mehrfach gesagt worden, im Regelfall ist die Bundesregelung in Graz übernommen worden. Es hat lediglich meines Wissens in den letzten Jahren, Jahrzehnten muss man schon fast sagen, zwei Ausnahmen gegeben, wo unter ÖVP-Dominanz, wenn man so sagen möchte, es zu einer de facto Nulllohnrunde gekommen ist. Dankeschön.

GR Günter **Wagner**:

In der Wirtschaft laufen die Verhandlungen gerade, ich hoffe, dass sie zu einem glücklichen Ende finden werden. Es gibt natürlich Wünsche, die sind da, da gibt es Möglichkeiten und ich hoffe, dass sie dort und da in der Privatwirtschaft einen gütlichen Weg finden, der für alle vertretbar ist. Am Tagesende gibt es ja nicht nur Mitarbeiter, die ein höheres Gehalt brauchen, sondern auch Unternehmen, die sich die Mitarbeiter leisten können. Aber ich bin hier ganz guter Dinge, ihr seid das nicht, deshalb geht man dann auf die Straße und sagt, gut, es laufen zwar Verhandlungen, aber jetzt schreien wir doch einmal hinein, weil vertrauen tun wir ihnen doch nicht

ganz, dass die das immer wieder zusammenbringen. Dort, wo der eigene Wirkungsbereich ist, dort jedoch vertrauen wir schon, dass es die anderen richten werden im Bund, so wie es früher auch war, das übernehmen wir dann, aber eben doch nicht ganz, weil wir tun dann doch vielleicht eben abändern. Den einen etwas wegnehmen, ich bin gespannt, ob wir vielleicht den anderen etwas mehr geben, man darf gespannt sein. Feststellen darf ich trotzdem, dass das Anliegen zumindest für alle dringlich war. Dafür trotz alledem danke und hoffen wir auf ein glückliches Ende für alle. Danke.

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, FPÖ und Wagner) angenommen.

Bgm.ⁱⁿ **Kahr:**

Ich darf mich ganz herzlich, weil wir sind am Ende der dringlichen Anträge und somit auch am Ende der öffentlichen Gemeinderatssitzung sind, bei allen die noch zuschauen, zuhören hier im Livestream recht herzlich bedanken. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Abend. Besonders bedanken möchte ich mich natürlich bei allen Kolleginnen und Mitarbeiterinnen bei der Stadt Graz und für die Vorbereitung zur heutigen Gemeinderatssitzung. Wir kommen nun zum nicht öffentlichen Teil. (*Appl.*).